



WERK und WIR
HOESCH HÜTTENWERKE AG

10
1974

Bundespräsidialamt bei Betriebsausflug in Dortmund

Bundespräsident besucht Hoesch

INHALT

- 254 Bundespräsident besucht Hoesch
- 256 Sinterband 4 in Betrieb
- 258 Jeder achte spielt Fußball bei den Hammer Röhrenwerken
- 260 1874-1974: Hundert Jahre BKK Hoesch Dortmund
- 264 11. Gewerkschaftstag der IG Metall
- 266 Holländische Wirtschaftsjournalisten bei Hoesch
- 266 WERK UND WIR in der Sowjetunion
- 267 Der Dortmunder Agent und seine Zeit (15): Ein Museumsdirektor, Mendes Leihbibliothek und der Mann im Havelock
- 270 75 Jahre Dortmunder Hafen
- 271 Binnenschiffahrt nach Dortmund muß wieder wettbewerbsfähig werden
- 273 Bildungschancen auch für Jugendliche ohne Schulabschluß
- 275 Wilhelmus Bunte gestorben
- 275 Helmut Buschmann Geschäftsführer der Hoesch Wohnungsgesellschaft mbH
- 275 Hoesch modernisiert Werkwohnungen
- 275 Export nach Jugoslawien wächst
- 276 Hobbies unserer Mitarbeiterinnen: Das grüne Paradies von Marie-Luise Fegel
- 277 Unsere Jubilare
- 278 Die Gesellschaften der Hoesch Werke AG
- 279 Der Fotowettbewerb

- 145 Hüttenkieber
- 146 WERK UND WIR sprach mit Dr.-Ing. Hans-Jürgen Därmann
- 148 Steuern sparen heute und morgen
- 150 Kundenberatung muß sein
- 152 Das Werk Union
- 154 Gebäudeverwaltung - was ist das?
- 156 Betriebsräte-Seminar an der Uni-Bochum
- 156 Tag der offenen Tür
- 157 Der kluge Mann
- 158 Stopp den Unfall
- 159 Aufgespießtes
- 160 In Dortmund beheimatet

Titelseite: 100 Jahre alt ist die Hoesch-Betriebskrankenkasse, deren Mitgliederzahl inzwischen auf über 56 000 gestiegen ist und die 1974 nicht weniger als 110 Millionen DM für die Versicherten ausgegeben hat. Unser Bild zeigt Versicherte der BKK Hoesch Dortmund bei einem Kuraufenthalt in Bad Waldliesborn.

Rückseite: Das ist das grüne Paradies von Marie-Luise Fegel, ein Kleingarten, dem ihre ganze Liebe gilt.

Walter Scheel - und mit ihm Staatssekretär Dr. Paul Frank - folgte 85 seiner Mitarbeiter, die zwei Stunden zuvor nach Dortmund gekommen waren. Sie hatten die Westfalenmetropole zum Ziel eines Betriebsausflugs gewählt und bei der Ankunft des Bundespräsidenten bereits eine Besichtigung des Hochofens 4, des Siemens-Martin-Stahlwerkes 3 und des Kaltwalzwerkes 2 hinter sich.

Im Hoesch-Gästehaus stellte Josef Fischer dem Bundespräsidenten seine Vorstandskollegen und die Vertreter des Gesamtbetriebsrates vor. Auch Oberbürgermeister Samtlebe hatte sich zur Begrüßung eingefunden.

Josef Fischer, der seiner Freude Ausdruck gab, daß der Bundespräsident und seine Mitarbeiter für den Betriebsausflug gerade Dortmund ausgewählt hatten, nutzte die Gelegenheit für gute Worte über die Stadt, in der Hoesch zu Hause ist. So stellte er fest, was vielen Bundesbürgern nicht bekannt sei, daß Dortmund eine alte Hansestadt sei. Für viele liege Dortmund abseits des großen Geschehens; das habe allerdings nichts damit zu tun, daß Borussia Dortmund - hoffentlich nur temporär! - aus der Bundesliga abgestiegen sei. Bei vielen verbinde sich mit dem Namen Dortmund fälschlicherweise die Vorstellung von einer ruhigen, von Kohle und Stahl geprägten Industriestadt. Positiv in Erinnerung aber hätten wohl alle Bundesbürger und viele Bürger in der weiten Welt ein Erzeugnis, das aus dieser Stadt komme und das sich eines hervorragenden Rufes erfreue, vor allem an warmen Tagen: die Dortmunder Biere. Dortmund sei in der Tat eine Stadt der Arbeit, aber Dortmund sei auch - und das wußten nur wenige - eine Stadt im Grünen.

Josef Fischer betonte, daß Hoesch - das größte industrielle Unternehmen im Raum Dortmund - nichts unterlassen habe, um die Vorstellung von Dortmund als einer ruhigen Stadt Lügen zu strafen: Hoesch habe unermüdlich mit großem Aufwand alles getan, um den Himmel blau und das Gras grün bleiben zu lassen. Er erinnerte, daß Hoesch als Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie mit gro-

Zu einem privaten Besuch kam Bundespräsident Walter Scheel am 3. Oktober 1974 nach Dortmund und dabei zu Hoesch. Um 12.38 Uhr stieg er vor dem Hoesch-Gästehaus an der Springorumstraße aus seinem Wagen - herzlich begrüßt von Josef Fischer, dem Vorsitzenden des Hoesch-Vorstandes.



▲ 3. Oktober 1974, 12.45 Uhr: Bundespräsident Walter Scheel (links) dankt für die herzliche Begrüßung durch Josef Fischer, den Vorsitzenden des Hoesch-Vorstandes (rechts)

ßen Beteiligungen in der Verarbeitung von Stahl und mit vielen Handelsaktivitäten im europäischen Raum zusammen mit Hoogovens das drittgrößte Eisen- und Stahlunternehmen sei. Beschäftigt würden heute bei Hoesch allein rund 50 000 Mitarbeiter. Josef Fischer sagte abschließend: „Sie werden sich erinnern, daß Hoesch vor einigen Jahren in aller Munde war, als Hoesch einen mutigen Schritt tat, indem das Unternehmen eine Ehe einging mit Hoogovens, dem großen holländischen Stahlunternehmen an der Nordseeküste. Dieses neue Ge-



▲ 85 Mitarbeiter des Bundespräsidialamtes besichtigten Hochofen 4, SM-Stahlwerk 3 und Kaltwalzwerk 2 auf dem Gelände der Westfalenhütte

Im Gespräch: Walter Scheel, Walter Hölkeskamp und Josef Fischer



◀ 13.00 Uhr: Im Hoesch-Gästehaus stellten sich den Fotografen (v. l. n. r.): Werner Willutzki vom Gesamtbetriebsrat, Oberbürgermeister Samtlebe, Bundespräsident Walter Scheel, Josef Fischer, Vorstandsmitglied Friedrich-Wilhelm Hümme (Hintergrund), Staatssekretär Dr. Paul Frank, die Vorstandsmitglieder Walter Hölkeskamp, Heinz Solbach und Dr. Franz-Josef Hufnagel und Albert Pfeiffer, der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates



bilde heißt ESTEL. Bei ESTEL sind rund 75 000 Mitarbeiter tätig; es liegt an neunter Stelle im Kreise der Eisen- und Stahlunternehmen der westlichen Welt.

Sie brauchen nicht darüber zu grübeln, woher der Name ESTEL kommt und welche Bedeutung er hat. Er ist ausgewählt worden aus einer Fülle von Vorschlägen. Aber ich verhehle nicht, und zwar mit einem gewissen Stolz und einer gewissen Befriedigung, daß bei der Gründung dieser Gesellschaft eine Zeitung schrieb: „ESTEL, ein neuer Stern am Stahlhimmel“. Möge dieser Stern - das ist unser aller Wunsch, dem Sie sich mit Sicherheit anschließen werden, nachdem Sie heute morgen die Hoesch Hüttenwerke besucht haben - immer strahlen!"

Nach dem Empfang und dem gemeinsamen Mittagessen erläuterte Josef Fischer in einem Vortrag Probleme der Europäischen Gemeinschaft, Fragen der Mitbestimmung sowie der Struktur des Zusammenschlusses von Hoesch und Hoogovens. Wir veröffentlichen diese Ansprache im nächsten Heft.



Jede dritte Mark gegen Staub,
Lärm und Gas

Unsere Hütte backt sauberen Sinterkuchen



1 Vom zentralen Leitstand aus wird die gesamte Sinteranlage gefahren und gesteuert. Eine Wechselsprechanlage ermöglicht die Verständigung mit den Mitarbeitern in den einzelnen Anlagenteilen

2 Vor der Aufgabe auf das Sinterband wird das Mischgut – es besteht aus Feinerzen, Rückgut, Kalk und Kokslug – in der Rollertrommel granuliert

3 Gichtgasbrenner im Zündofen zünden die in gleichmäßiger Schichtung auf die Rostwagen aufgebundene Sintermischung. Die Rostwagen laufen auf Rollen und werden durch Gleitschienen gegen die unter ihnen angebrachten Saugkästen abgedichtet

4 Blick auf die Saugkästen unter dem Sinterband, die durch Rohrleitungen mit einem Gebläse verbunden sind. Die durch das Gemisch hindurchgesaugte Luft

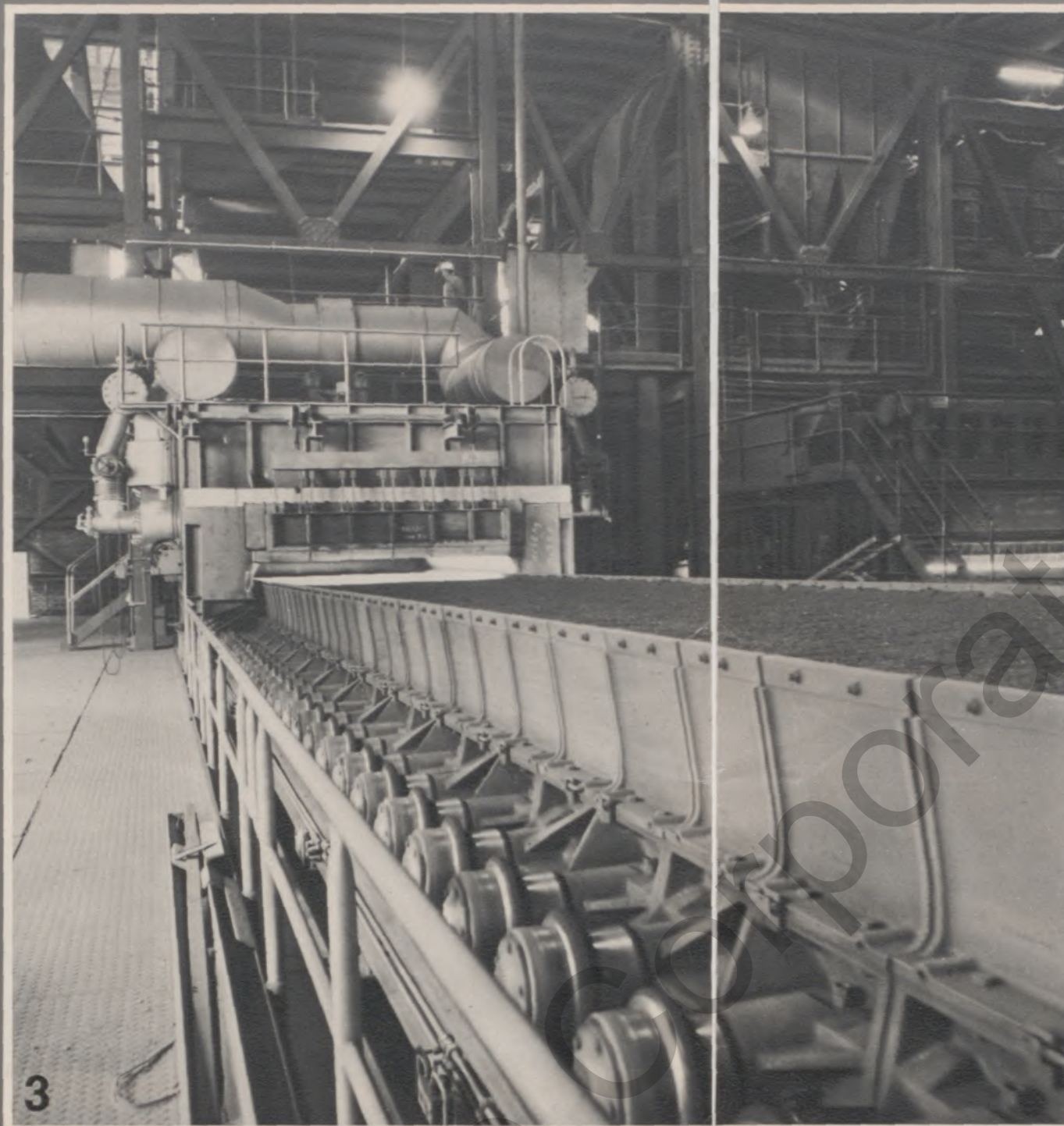
ermöglicht die Verbrennung der Koksteile und läßt in der dabei bewirkten Hitze den Sinterkuchen entstehen. Das Abgas wird in zwei großen Elektrofiltern gereinigt

5 Das Herz der Anlage: die gefüllten Sinterbänder 3 und 4 (rechts). Am Ende der Sinterstrecke (im Hintergrund) wird der fertige Sinter abgeworfen und durch einen Stachelbrecher grob zerkleinert. Die Abwurfstelle ist eingekapselt und wird abgesaugt

6 Der vorgebrochene Sinter läuft über Heißebe in den Rundkühler, in dem er sich ringförmig ablagert und nach mehreren Umdrehungen abgekühlt am Boden abgestreift wird

7 Durch einen Brecher gelangt der Sinter zu den Kaltsieben, wo die jeweils erforderlichen Körnungen abgesiebt werden. Die Siebmaschinen sind so verkleidet, daß Staub nicht heraustreten kann, sondern abgesaugt und in Filtern niedergeschlagen wird

8 Der fertige Sinter läuft über Bänder zum Verladebunker, wo er in Waggons abgezogen und auf den Weg zum Hochofen gebracht wird. Auch die Verladestelle ist voll verkleidet. Rechts und links neben dem Gebäude die großen Entstaubungsfilter



Unter acht Millimeter große Feinerze müssen zu größeren für den Hochofen geeigneten Stücken zusammengebacken werden. Dies geschieht, indem ein Gemisch aus Feinerzen und Feinkoks erhitzt wird, bis es oberflächlich zusammen-schmilzt. Die hierbei entstehenden Stücke nennt man Sinter. Für unsere Hochofen bestand der Möller bisher aus rund sechzig Prozent Sinter plus Pellets – mit dem neuen Sinterband 4 erhöht sich dieser Satz langfristig auf rund 90 Prozent.

Die neue Sinteranlage 4, die im August 1974 in Betrieb genommen wurde (wir stellen ihre technische Auslegung in Heft 7/1973 vor), ist nach neuesten technischen Erkenntnissen gebaut worden. Sie ist wesentlich umweltfreundlicher als die 1972 stillgelegte Sinteranlage 2. Allerdings ist der Preis dafür sehr hoch. So wurden von den Gesamtkosten in Höhe von 85 Millionen DM mehr als jede dritte Mark verwendet, um den Staub innerhalb der Anlage mit großen Entstaubungsanlagen

abzusaugen und um Mitarbeiter und Wohnnachbarschaft vor Lärm, Staub und Abgas zu schützen. Dies geschieht vor allem durch sehr große Filteranlagen, die an verschiedenen Stellen der gesamten Sinteranlage installiert sind. Weiterhin wurden neben bereits üblichen Schalldämpfern zusätzlich Schallschutzwände und Schutzwälle errichtet sowie schallgedämmte Hallenwände gebaut.

Zur neuen Sinteranlage gehören:

Feinerzlerager 4
Lagerkapazität:
100 000 Tonnen Feinerze

Mischgutbunkeranlage

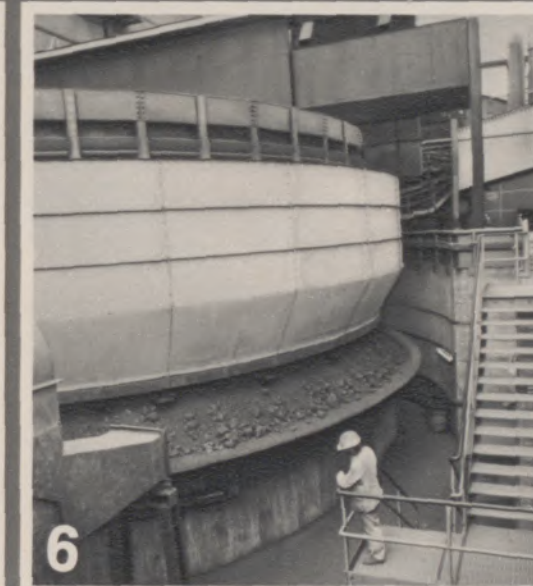
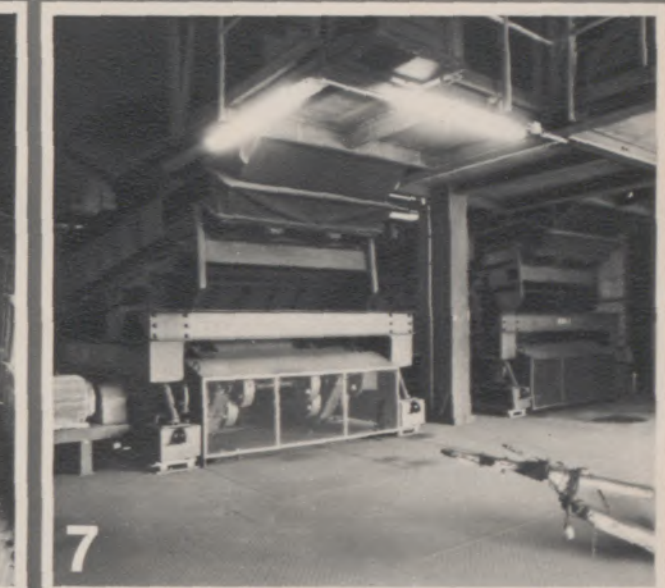
Sintermaschine
Bandabmessungen:
3 Meter breit, 58 Meter lang
Gebläseleistung:
1 100 000 Kubikmeter je Stunde
Sinterleistung:
170 000 Tonnen je Monat

Sinterkühler

Sinterbrech- und Siebanlage
1 Walzenbrecher, 7 Siebe

Abgasentstaubung
Abgasmenge:
1 100 000 Kubikmeter je Stunde
Reinheitsgrad:
weniger als 150 Milligramm je Normalkubikmeter

Raumentstaubung
Abgasmenge:
600 000 Kubikmeter je Stunde
Reinheitsgrad:
weniger als 150 Milligramm je Normalkubikmeter





1 Der Sieger hieß RS 600.
V. l. n. r.: Elmar Kurzich,
Karl-Heinz Kaspers, Helmut
Strauch, Hans Bracke, Karl-Heinz
Göttner, Klaus Linnemann,
Günter Kaufmann, Manfred
Kretschmar, Hans Bildenroth,
Karl Krämer, Fredi Czech, Horst
Pionthek, Arnold Baumann,
Albert Loske

2 Die Mannschaft Kranfahrer,
die ins Endspiel kam und dann
gegen RS 600 mit 0:1 verlor.
V. l. n. r.: Manfred Weiß, Heinz
Templin, Peter Fritsch, Hans Hold,
Adolf Montag, Ludwig Rohrkamp,
Jürgen Klimpel, Heinz Köppler,
Wolfgang Heinze, Heiner Süßmann,
Willi Schmölzing, Heiner Kacz-
marek, Wolfgang Klause

3 Den dritten Platz erreichte die
Mannschaft Verfrachtung.
V. l. n. r.: Fritz Schauer, Werker
Alboth, Alfred Sommer, Werner
Oppermann, Manfred Kirchhoff,
Lothar Walter, Wolfgang Mans,
Dieter Kieseheuer, Klaus Alemeier,
Manfred Krieger, Karl-Heinz
Dinkelbach, Klaus Eickelau,
Gerhard Krieger als Betreuer

4 Die Mannschaft Jugendgruppe
kam auf den vierten Platz.
Sie verlor gegen die Verfrachtung
mit 1:2. V. l. n. r.: Klaus Berger,
Bernd Robaczewski, Roger
Hägerich, Willi Neiterdt, Peter
Kalippke, Rolf Lohrmann, Uwe
Braun, Bernd Müller



Jeder achte spielt Fußball
im Werk Hamm
der Hoesch Röhrenwerke AG

1:0 für RS 600



Bei unseren Röhrenwerken in Hamm ist jeder achte aktiver Fußballer. Von 1957 Mitarbeitern haben sich nicht weniger als 250 gemeldet, als im April Hans Borgmeier aus der Abteilung Technische Betriebswirtschaft, Vorsitzender der Betriebssportgemeinschaft, die Ausschreibung zur ersten werksinternen Fußball-Pokalrunde ans Schwarze Brett hing.

Elf Betriebsabteilungen stellten darauf Fußballmannschaften auf, mit den schon wegen des Schichtbetriebes notwendigen Ersatzleuten. Die Auslosung zu drei Spielgruppen ergab im Mai 1974: 1. Gruppe: Kranfahrer, Maschinenbüro, Rechnungswesen, RS 600 (Rohrschweißerei/Produktion Mittelrohre), 2. Gruppe: Betriebsrat, Technische Betriebswirtschaft, Verfrachtung, 3. Gruppe: Hauptwerkstatt, Jugendgruppe, Schweißerei PP, Verkauf.

Für die Vorrunde galt das K.-o.-System, die ersten beiden jeder Gruppe erreichten das Halbfinale. In einer neuen Auslosung, bei der die Mannschaftskapitäne mitwirkten, wurden aus diesen sechs wieder zwei Gruppen gebildet, in denen je drei Mannschaften gegeneinander spielten. Die Sieger bestritten in der Endrunde den Kampf um den ersten und zweiten Platz, die beiden Zweiten kämpften um



den dritten und vierten Rang.

1964 wurde die Betriebssportgemeinschaft der Röhrenwerke, Mitglied im Fußball- und Leichtathletikverband e. V. im Kreis Hamm, Lüdinghausen, Unna, gegründet. Sie umfaßt die Abteilungen Tischtennis, Leichtathletik, Gymnastik und Fußball. Der Fußball erhielt im vorigen

▲ V. l. n. r.: Hans Borgmeier, 1. Vorsitzender der Betriebssportgemeinschaft der Röhrenwerke, daneben Karl-Heinz Göttner von RS 600 mit dem Wanderpokal; Wolfgang Heinze von den Kranfahrern mit dem zweiten Pokal; Friedrich Schauer von der Mannschaft Verfrachtung und Klaus Berger von der Jugendgruppe mit den Teilnehmerplaketten; Helmut Westphal von der Mannschaft PP-Schweißerei, die mit der Auszeichnung für faires Spiel geehrt wurde; rechts außen Heinz-Josef Tecklenborg, der 2. Vorsitzende, der die Preise überreichte

Jahr besonderen Auftrieb: sieben Betriebsabteilungen kamen mit einer eigenen Mannschaft heraus. Die Unkosten werden bestritten aus dem Monatsbeitrag – pro Person 2,50 DM – und aus einem Firmenzuschuß. Man zahlt davon Platzmiete, Bälle, Trikotwäsche, den Trainer und die Gebühr für den beim Deutschen Fußballbund zugelassenen Schiedsrichter. In Sicht ist ein Fußballplatz auf dem Werksgelände, dicht neben Halle 4 Ost. BSG-Mitglieder planten ihn ohne Bezahlung, fachmännisch beraten vom Bauhof. Mitte des nächsten Jahres soll der schon mehrmals geschnittene Rasen für den internen Spielbetrieb spielbereit sein. Bis dahin werden montags und freitags beim S.V. Herringen die Tore geschossen.

Das war auch der Platz, wo im September 1974 die Endspiele stattfanden. Das Finale am 21. September 1974 bestritten die Kranfahrer und RS 600. Sieger mit 1:0 Toren wurde RS 600, die Rohrschweißerei/Produktion Mittelrohre. Die siegreiche Mannschaft erhielt abends beim Sportlerball den Wanderpokal. Die Dritten und Vierten wurden die Mannschaften Verfrachtung und Jugendgruppe; sie spielten am 20. September 1974 2:1. Der Fairneßpokal ging an Schweißerei PP.

Bruderlade und Büchsenpfennig

Von den ersten „Einrichtungen zum Besten der Arbeiter“ bis in die Gegenwart mit ihrer Fülle sozialpolitischer Leistungen war es ein langer Weg. Er begann bei den ersten Betriebs- und Werkskrankenkassen, deren vorrangigste Aufgabe es damals bereits war, alle in Betrieben und Unternehmen Tätigen gesundheitlich zu betreuen und deren körperliche Leistungsfähigkeit zu erhalten.

Damit wurden die Krankenkassen zu den ersten sozialpolitischen Betriebseinrichtungen überhaupt.

Schon bald dehnte man die gesundheitliche Betreuung auf die Familienmitglieder aus und wirkte bei den Bemühungen um Unfallverhütung und Beseitigung von Unfallfolgen mit.

Anspruch auf vier Wochen Lohn und Arztgeld zu. Nach der „Churkölnischen Bergordnung“ von 1669 waren verunglückte Bergarbeiter unverzüglich zu einem „Chirurgo“ zu bringen und „auf Kosten der Gewerken“ zu heilen, wobei bis zur Genesung der halbe Wochenlohn gezahlt werden mußte.

Dennoch war vor gut einem Jahrhundert die Krankenversicherung noch keineswegs einheitlich geregelt, wurde vielmehr von den jeweils gegebenen Betriebsverhältnissen bestimmt. Diese wiederum wurden von den Knappschaften beurteilt und zur Grundlage fürsorglicher Maßnahmen gemacht. Die Knappschaftsvereine konnten sich dabei auf ein Gesetz aus dem Jahre 1854 berufen, „betreffend die Vereinigung der Berg-, Hütten-, Salinen- und Aufbereitungsarbeiten in Knappschaften“, das

Tätigkeit als Grundlagen der Sozialgesetzgebung im Bereich des betrieblichen Krankenkassenwesens dienen konnten.

Die gemeinsame Betriebskrankenkasse Hoesch

So wie zuvor Piepenstock in Hörde, hatte auch Leopold Hoesch bald nach der Firmengründung die Errichtung einer „Fabrik-Krankenkasse des Eisen- und Stahlwerkes Hoesch“ vorbereitet. Die erste aus dem Jahre 1874 überlieferte Mitgliederzahl betrug 421. Auch bei Hoesch gingen die Kassenleistungen erheblich über den erst ein Jahrzehnt später in der reichsgesetzlichen Pflichtversicherung vorgeschriebenen Umfang hin-

bei Krankenhausaufenthalten.

Unmittelbar vor der Jahrhundertwende war mit einem Kostenaufwand von 30 000,- Mark ein Krankenkasengegebäude errichtet worden, das mit Warte-, Verbands-, Untersuchungs- und Arztzimmer ausgestattet war.

Die Mitgliederzahl der Hoesch-Kasse war während der ersten drei Jahrzehnte nach ihrer Gründung auf nahezu das Zehnfache gestiegen – 1904 betrug sie 4 132.

Im Jahre 1914, also sehr früh, wurde in die Satzung der Hoesch-Betriebskrankenkasse eine Wahlordnung aufgenommen, mit deren Hilfe die Selbstverwaltung gesichert war. Die Versicherten wählten in geheimer Urwahl einen Ausschuß, der dann seinerseits, ebenfalls geheim, aufgrund von Vorschlagslisten den Vorstand wählte – bestehend aus

100 Jahre Betriebskrankenkasse Hoesch Dortmund 1874 - 1974

Die ärztliche Versorgung der Angehörigen vermittelte zwangsläufig einen gewissen Einblick in die familiären Verhältnisse der Belegschaftsmitglieder und offenbarte wirtschaftliche Notstände, die nach Fürsorge verlangten. So übernahmen denn die meisten Betriebskrankenkassen bereits frühzeitig die Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenfürsorge.

Die ältesten Einrichtungen ihrer Art waren die Zechenkrankenkassen des deutschen Bergbaus, auf genossenschaftlicher Basis wirkend. Im sächsischen Freiberg etwa schlossen sich die Bergleute erstmals im 15. Jahrhundert in „Bruderladen“ zusammen, aus denen später die Knappschaften wurden. Freiwillig gezahlte „Büchsenpfennige“ machten den Aufbau dieser bergbaulichen Krankenfürsorge möglich. An die Stelle freiwilliger Zuwendungen traten dann Zwangsbeiträge, die von den Beschäftigten ebenso wie von den Unternehmern, den „Regalherren“, regelmäßig zu leisten waren. Verwaltung und Rechnungsführung unterlagen bergamtlicher Aufsicht. Bereits die ältesten preußischen Bergordnungen sprachen Arbeitern, „die in der Grube oder bei sonstiger Arbeit Schaden genommen haben“, den

ihnen erhebliche Selbstverwaltungsrechte zubilligte. Die bergbauliche Regelung wurde für zahlreiche Berufszweige Vorbild. Das 1883 im Zuge der Bismarckschen Sozialgesetzgebung erlassene Krankenversicherungsgesetz erklärte dann praktisch alle gewerblichen Arbeitnehmer für versicherungspflichtig.

Wie es in der Eisenhüttenindustrie begann

Im Dortmunder Raum hatte der „Hörder Bergwerks- und Hüttenverein“ – das heutige Werk Phoenix der Hoesch Hüttenwerke – ebenfalls bereits 1842 eine Betriebskrankenkasse gegründet, die ihren Mitgliedern kostenlose ärztliche Behandlung, freie Arzneimittel und fünf Silbergroschen Krankengeld pro Tag gewährte. Seit 1857 wurde ein Werkskrankenhaus unterhalten. Außerdem war für die Hüttenarbeiter eine gesonderte Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit ins Leben gerufen worden. Und für die Familienangehörigen der Bergleute hatte man eine besondere Familienkasse geschaffen, deren Kosten ausschließlich das Unternehmen bestritt. Ganz allgemein kann festgestellt werden, daß „Wohlfahrtseinrichtungen“ bereits selbstverständlich waren, lange bevor die reichsgesetzliche Zwangsversicherung von 1883 wirksam wurde. Mehr noch: Die Kassen von einst waren nach Statuten und Leistungen fast ausnahmslos so gut organisiert, daß die Prinzipien ihrer fürsorglichen

aus: freie ärztliche Behandlung, freie Arzneien und kleinere Heilmittel, Krankengeld. Außerdem übernahm die Betriebskrankenkasse alle Krankenhauspflegekosten und zahlte den verheirateten Mitgliedern ein Hausgeld, und zwar für die Dauer von 13 Wochen. Hinzu kamen schließlich noch: Wöchnerinnenhilfe, Sterbegeld und finanzielle Unterstützung Genesender bis zur Dauer eines Jahres.

Nach dem Inkrafttreten der ersten Krankenversicherungsgesetze wurde 1886 auch die Satzung der Fabrikkrankenkasse des Eisen- und Stahlwerkes Hoesch neu gefaßt. Da die Hoeschkasse jedoch vom Tage ihrer Gründung an höhere Leistungen erbracht hatte, als sie der Gesetzgeber nun vorschrieb, wurden keine wesentlichen Änderungen der Satzung notwendig.

Neue Namen, erweiterte Leistungen

Anläßlich der Verkündung einer mit umfassenden Neuregelungen verbundenen Novelle zum Krankenversicherungsgesetz wurde die Fabrikkrankenkasse in „Betriebskrankenkasse für das Eisen- und Stahlwerk Hoesch, jetzt Aktiengesellschaft“ umbenannt. Zwölf Jahre später, zu Beginn des Jahres 1904, traten abermals entscheidende Leistungsverbesserungen in Kraft: Erweiterung der Leistungsdauer von 13 auf 26 Wochen, sofortige Krankengeldzahlung bei Arbeitsunfähigkeit infolge eines Unfalls, Erhöhung des Sterbegeldes auf das 30fache des Grundlohns, Unterstützung der Familienangehörigen

zehn Mitgliedern, von denen drei der Unternehmensführung angehörten, während sieben Krankenkassenmitglieder waren.

Erster Weltkrieg und Inflation

Die Zeit des Ersten Weltkrieges überstand die Hoesch-Kasse verhältnismäßig gut. Und auch während der ersten Nachkriegsjahre ging die Entwicklung aufwärts. Die Mitgliederzahl war bis 1922 auf 10 843 gestiegen. Dann aber machte sich als Folge der beginnenden Inflation eine rückläufige Bewegung bemerkbar. 1924 zählte die Kasse nur noch 8 198 Mitglieder und erreichte 1926 mit einer Mitgliederzahl von 7 271 ihren tiefsten Stand, obwohl der Beitrag von 8% auf 4,8% gesenkt worden war. Dementsprechend reichten die vorhandenen Mittel bei weitem nicht für die Ausgabendeckung. So schlossen die Geschäftsjahre 1924 bis 1926 mit erheblichen Verlusten ab.

Diese Entwicklung blieb keineswegs nur auf Hoesch beschränkt. Am 10. April 1926 berichtete die Arbeitgebervereinigung für Düsseldorf und Umgebung von den Überlegungen nahezu aller Betriebskassen, die Zahl der Kassenärzte zu verringern.

Die Eingliederung der Maschinenfabrik Deutschland (1911) und des Hammerwerkes v. d. Becke und Co. GmbH (1912) in den Hoesch-Kreis hatte einen Leistungsvergleich zwischen der Hoesch-Kasse und den für die neuen Töchter zuständigen Kassen – firmeneigene MFD-Kasse und

AOK Dortmund für v. d. Becke – nahegelegt, der eindeutig zugunsten der Hoesch-Kasse ausgefallen war. Da zudem, neben vereinfachter Verwaltung, auch die hohe Finanzkraft auf der Hoesch-Seite einen entsprechenden Schritt nahelegten, dehnte die Hoesch-Kasse ihren Tätigkeitsbereich auf diese Tochterunternehmen aus.

Von der Selbstverwaltung zum „Führerprinzip“

Im Jahre 1929 mußte die Kassen-satzung neu gefaßt werden, weil zahlreiche Satzungsanträge die Kassenstruktur verändert und das Leistungsangebot verbreitert hatten. Damals bereits übernahm die Hoesch-Kasse – sie zählte nahezu 10 000

verwaltung praktiziert werden – trotz des „Führerprinzips“.

Die Erweiterung der Bestrahlungsräume und der Badeanstalt ebenso wie der Ausbau der Unfallstation waren 1936/37 beendet worden.

Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges schränkte das Wirken der Kasse nicht wesentlich ein. Die Mitgliederzahl erreichte 1943 mit 14 200 ihren Höhepunkt, um dann bis Kriegsende abzusinken. Alle zum Wehrdienst Einberufenen blieben Kassenmitglieder. Zusätzlich erhielten die während des Krieges bei Hoesch beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte bei der Betriebskrankenkasse Versicherungsschutz.

Ein neuer Anfang

der Mehrleistungssperre. Die Betreuung konnte wieder auf Familienmitglieder ausgedehnt werden, Genesende genossen bessere Fürsorge, und der Katalog vorbeugender Maßnahmen – Erholungskuren, Kinder-verschickung u. a. m. – wurde reichhaltiger.

Die Entflechtung

Die Organisation der Hoesch-Betriebskrankenkasse erfuhr eine entscheidende Änderung, als 1947 das Hüttenwerk aus der Hoesch AG ausgegliedert werden mußte. Die Änderung war um so notwendiger, als sich die Tätigkeit der Hoesch-Kasse im Laufe von Jahrzehnten auch auf einen großen Teil der zum Unterneh-

wie der Verwaltung gingen jedoch weiter. Noch immer hatten die Barleistungen einen erheblich geringeren Anteil als die Sachleistungen. Doch waren es gerade die Barleistungen, die im Krankheitsfalle den Lebensunterhalt des Versicherten und seiner Familie sicherstellen mußten. So wurde denn immer wieder die Forderung erhoben, die Kasse möge, auf Selbstverwaltung gestützt, ihre Beiträge und Leistungen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen selbst gestalten.

Nach der Währungsreform

Dank vorsichtiger Finanzpolitik gelang es der Kasse, die Währungsreform vom 20. Juni 1948 ohne allzu



Blick in die Schalterhalle der BKK

Mitglieder – bei Krankenhausaufenthalten von Familienangehörigen drei Viertel der Gesamtkosten. Das Sterbegeld war auf das 40fache des Grundlohns erhöht worden, Ehegatten erhielten zwei Drittel, für Kinder wurden 25% bis 40% gezahlt. Auf den Gebieten Krankheitsverhütung, Gesundheitsfürsorge, Genesenden-Betreuung, Kururlaub und Kinderverschickung waren die Leistungen erheblich erweitert worden.

Am 1. Juli 1933 trat in der deutschen Sozialversicherung an die Stelle der Selbstverwaltung das „Führerprinzip“. Alle Organmitglieder wurden ihrer Ämter enthoben, der Leiter der Betriebskrankenkasse erhielt alleinige Vollmacht. Praktisch hat jedoch, wie aus den Sitzungsprotokollen der folgenden Jahre hervorgeht, diese Maßnahme die Hoesch-Betriebskrankenkasse nicht berührt, wurde doch seitens des Leiters kein Beschluß gefaßt, der nicht vom Beirat gebilligt worden wäre. So konnte denn auch weiterhin echte Selbst-

Das Jahr 1945 stellte die deutsche Sozialversicherung vor eine ungewöhnliche Belastungsprobe. Auch die Hoesch-Betriebskrankenkasse verlor ihr gesamtes Vermögen und konnte nur mit äußerster Anstrengung lebensfähig erhalten werden. Nie zuvor in ihrer 75jährigen Geschichte hatte sie einen derartigen Verlust, noch dazu innerhalb eines Jahres, beklagen müssen.

Der Beitrag mußte zunächst von 5% auf 6,6%, drei Monate später auf 9% des Grundlohns erhöht werden. Der Krankenstand erreichte 1945 mit 19,5% eine außergewöhnliche Höhe.

Nachdem aufgrund einer Sozialversicherungsdirektive – bei gleichzeitiger Beschränkung der Leistungen auf sogenannten „Regelleistungen“ – 1946 ein einheitlicher Beitragssatz von 6% eingeführt worden war, konnte im folgenden Jahr erstmals wieder ein Überschuß erwirtschaftet werden.

Das für die Kassentätigkeit wichtigste Gesetz war die am 1. Januar 1948 in Kraft getretene Lockerung

menskreis gestoßenen Tochtergesellschaften ausgedehnt hatte.

Die neugegründete „Hüttenwerk Dortmund AG“ verblieb mit ihrer Belegschaft in der Betriebskrankenkasse der Hoesch AG, die damit zur gemeinsamen Kasse mehrerer Arbeitgeber wurde. Die Leitung der Betriebskrankenkasse beließ man jedoch bei der Hüttenwerk Dortmund AG, dem mit Abstand größten der beteiligten Arbeitgeber, nach wie vor als „Westfalenhütte“ bekannt.

1948 entstand, mit geänderter Satzung, die „Gemeinsame Betriebskrankenkasse der Westfalenhütte Dortmund AG und der Hoesch AG“. Zu den neuerlichen Leistungsverbesserungen gehörten die Übernahme der Gesamtkosten stationärer Krankenhausbehandlung von Familienangehörigen, Erweiterung des Kreises anspruchsberechtigter Familienmitglieder auf Kinder im Alter von mehr als 18 Jahren, soweit sich diese noch in der Ausbildung befanden.

Die Wünsche der Mitglieder ebenso

großen Schaden zu überstehen. Besondere Merkmale des nachfolgenden Jahres waren die Anhebung der Pflichtversicherungsgrenze von 3 600,- DM auf 4 500,- DM, der Anstieg des Grundlohns von 10,- DM auf 12,50 DM/Tag, die Übernahme der Hälfte des Beitragssatzes durch den Arbeitgeber, der bis zu diesem Tage nur ein Drittel hatte tragen müssen.

Einen Schritt besonderer Art tat die Kasse 1949, indem sie ihren Mitgliedern einen bedeutenden Teil des inzwischen angesammelten Vermögens als Baudarlehen anbot.

Das Jahr 1950 stand im Zeichen der Erhöhung des Krankengeldes für Versicherte mit Angehörigen auf 75% des Grundlohns, wenn auch erst vom 16. Krankheitstage an. Auch der Zuschuß zum Haushaltsgeld wurde höher, der Entbindungskostenbeitrag stieg von 10,- DM auf 25,- DM/Tag, der Höchstbetrag für größere Heil- und Hilfsmittel wurde auf 250,- DM angehoben, und als Sterbegeld gewährte die Kasse das 40fache des Grundlohns.

1952 konnte die Hoesch-Kasse trotz erheblich verbesserter und großzügig bemessener Leistungen einen Überschuß von 185 000,- DM erzielen. Der Gesetzgeber erhöhte die Pflichtversicherungsgrenze von 6 000,- DM und den Höchstgrundlohn auf 16,67 DM. Auch trat das Gesetz zum Schutze der erwerbstätigen Mutter in Kraft, aufgrund dessen die Leistungen der Wochenhilfe erheblich erhöht wurden.

Die Selbstverwaltung

Im August 1952 wurde dann das lang erwartete Gesetz über die Selbstverwaltung in der gesetzlichen Krankenversicherung wirksam. An die Stelle des unseligen Führerprinzips trat wieder die demokratische Entscheidungsmöglichkeit. Die Wahlen zu den Organen der Krankenkassen fanden im Mai 1953 statt. Bei der Hoesch-Kasse wurde ein Wahlgang jedoch überflüssig, da sich alle Beteiligten auf die vom DGB eingereichte Liste einigten.

1954 nahm erstmals eine Kurenkommission ihre Arbeit auf. Sie hatte die Geschäftsführung bei der Bewilligung von Erholungskuren zu unterstützen.

Die Hoesch-Kasse hatte zu dieser Zeit eine Mitgliederzahl von 16 000 erreicht, 7 000 mehr als 1945. Im ersten Nachkriegsjahrzehnt waren insgesamt 23,5 Millionen DM ausgegeben worden, davon 35% in Form von Barleistungen.

Die Gesamtausgaben sollten während der folgenden zehn Jahre, zwischen 1955 und 1964, auf fast das Fünffache steigen: auf 110 Millionen.

Ab Mitte der fünfziger Jahre wurden die entscheidenden Verbesserungen auf dem Gebiet sozialpolitischer Gesetzgebung immer zahlreicher.

1956 war es das Gesetz über die Krankenversicherung der Rentner. Ihm folgte 1957 die Neuregelung des Rentenversicherungsrechtes für Arbeiter, Bergleute und Angestellte, de-

ren erreichter Lebensstandard nun auch für die Zeitspanne des Rentenalters gesichert war. Am 1. Juli 1957 trat das Lohnfortzahlungsgesetz in Kraft, das kassenseitig höhere Barleistungen vorsah und für die Zeit der ersten sechs Krankheitswochen auch den Arbeitgeber zu größeren Zuschüssen verpflichtete. Der Versicherte erhielt im Falle der Arbeitsunfähigkeit nunmehr 90% seines Nettolohnes.

Das Gesundheitshaus

Im Oktober 1960 konnte das neue



- 76 500 betriebsgebundene Behandlungen (Unfälle, Erkrankungen, Verbandswechsel)
- 4 530 ärztliche Beratungen und Untersuchungen
- 4 730 Einstell-, Überwachungs- und Kontrolluntersuchungen
- 230 werksärztliche Gutachten (Arbeitsplatzwechsel)
- 7 259 Röntgenuntersuchungen
- 13 000 Röntgen-Reihenuntersuchungen
- 26 148 Laboruntersuchungen und EKG
- 37 600 Fälle physikalischer Therapie (Rehabilitation)

gesetz bezog sich auf den Ausbau der Unfallverhütung, die Renten Anpassung und die Neuregelung der Ersatzansprüche zwischen Unfall- und Krankenversicherung. Von diesem Zeitpunkt an hatte der Unfallversicherungsträger den Krankenkassen alle vom 19. Tage nach dem Unfall an entstehenden Kosten zu ersetzen – ausgenommen Sterbegeld und Aufwendungen für Krankenpflege.

Einige Zahlen aus dem neunten Jahrzehnt des Bestehens der Hoesch-Betriebskrankenkasse zeigen, in welchem Umfang Mitgliedschaft und Leistungen wuchsen.

◀ **Vorstand der Betriebskrankenkasse Hoesch (v. l. n. r.): Gerhard Panke; Siegfried Rosentreter; Walter Hölkeskamp, Vorsitzender des Vorstandes der BKK; Klaus Scheibe, stellvertretender Arbeitgebervertreter; Fritz Honselmann; Günter Landwehr, Hauptgeschäftsführer der BKK; Walter Kettler; Franz Rose; Horst Roggenbach; Albert Pfeiffer, stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der BKK; Josef Röhr; Willi Schero; Franz Thiesbrummel**

▼ **Für die Versicherten steht in Bad Waldliesborn während ihres Kuraufenthaltes ein Sole-Bewegungsbad zur Verfügung**



▲ **Werksarzt Dr. Sommer prüft bei einem Mitarbeiter Herz und Kreislauf**

Gesundheitshaus der Westfalahütte seiner Bestimmung übergeben werden. In der großzügigen Anlage sind seither der werksärztliche Dienst und die Badeabteilung untergebracht. Mit ihr wurden die organisatorischen und medizinisch-technischen Voraussetzungen einer sorgfältigen Betreuung aller Kassenmitglieder und ihrer Angehörigen abermals verbessert.

Die Vielseitigkeit und der Umfang aller von Ärzten, Masseuren, Assistenten und Hilfskräften geleisteten Arbeiten spiegelt sich in den Zahlen des „Jahresdurchganges“ 1965/66. Dieser belief sich auf

1961 und 1963: Neue Gesetze, erweiterte Leistungen

Ein 1961 erlassenes Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfalle brachte auch für die Beschäftigten im Hoesch-Bereich erhebliche Leistungsverbesserungen. Der Versicherte erhielt nunmehr von seinem Arbeitgeber während der ersten sechs Wochen seiner Erkrankung einen Zuschuß zum Krankengeld bis zur Höhe des Nettoverdienstes.

Das im Juli 1963 in Kraft getretene Unfallversicherungs-Neuregelungs-

Die Mitgliederzahl erhöhte sich von 17 500 im Jahre 1955 auf 26 500 im Jahre 1964. Hatten die Ausgaben im ersten Nachkriegsjahrzehnt 23,5 Millionen betragen, so waren sie nun auf 110 Millionen DM gestiegen, wobei die Barleistungen mehr als ein Drittel, nämlich 38,6 Millionen DM ausmachten.

Fusion zweier Unternehmen – Vereinigung zweier Kassen

Nach dem Zusammenschluß der Hoesch AG mit der Dortmund-Hörder Hüttenunion AG am 1. Oktober 1966 mußten zwangsläufig auch die beiden



großen Betriebskrankenkassen vereinigt werden: die „Gemeinsame Betriebskrankenkasse Hoesch Dortmund“ entstand. Sie zählte am Tage des Zusammenschlusses 52 000 Mitglieder, unter ihnen 12 500 Rentner, und betreute nunmehr – einschließlich der Familienangehörigen – rund 127 000 Versicherte und ist seither eine der größten Betriebskrankenkassen Nordrhein-Westfalens. Neben ihr wurden im Konzernbereich noch vier weitere Betriebskrankenkassen unterhalten: bei der Schwerter Profileisenwalzwerk AG, bei der Schmiedag AG, bei der Maschinenfabrik Deutschland AG und bei der Dittmann & Neuhaus AG.

Die Vereinigung der Hoesch- mit der DHHU-Kasse erbrachte keine finanziellen Vorteile. Vielmehr schloß das Geschäftsjahr 1968 mit rund 2,5 Millionen DM Verlust ab. Dem in der allgemeinen Krankenversicherung erwirtschafteten Überschuß von annähernd 1,9 Millionen DM stand bei der Krankenversicherung der Rentner ein Verlust von 4,4 Millionen DM gegenüber. Und auch 1969 besserten sich die Verhältnisse nicht. Der Verlust stieg auf rund 4,6 Millionen DM an.

1969: Das Lohnfortzahlungsgesetz

Mit dem Gesetz über die Fortzahlung des Arbeitsentgeltes im Krankheitsfalle verabschiedete der Bundestag 1969 eines der sozial- und gesellschaftspolitisch entscheidendsten Gesetze der vergangenen Jahre. Die vierwöchige Wartezeit vor dem Erwerb eines Leistungsanspruches gegen den Arbeitgeber entfiel. Außerdem verband sich mit diesem Gesetz ein Anspruch auf Entgeltfortzahlung für die Dauer von Kuraufenthalten auch dann, wenn keine Arbeitsunfähigkeit vorlag.

Die jüngsten fünf Jahre

Im Jahre 1970 begann die Hoesch-Betriebskrankenkasse mit der Durchführung kostenloser Krebs-Vorsorgeuntersuchungen – zwei Jahre, bevor der Gesetzgeber den Betriebskrankenkassen diese Leistungen zur Pflicht machte.

Die Mitgliederzahl stieg von 55 420 im Jahre 1970 auf gegenwärtig mehr als 56 000. Die Ausgaben erhöhten sich von 57 Millionen (1970) auf 110 Millionen (1974), womit sich der gesamte in den letzten fünf Jahren erbrachte Leistungsaufwand auf mehr als 400 Millionen DM belief.

Trotz dieser hohen Ausgaben konnte die Verwaltung, erstmals seit Jahren, wieder Überschüsse erzielen, mit deren Hilfe es möglich war, weitere Leistungsverbesserungen vorzunehmen und gleichzeitig die Rücklage zu erhöhen.

Grundsätzlich sind die Ausgaben der Betriebskrankenkasse, sowohl für Rentner wie für die übrigen Versicherten, aus den Beiträgen zu decken. Übersteigen die Ausgaben das Beitragsaufkommen, so ist der Beitragsatz durch die Vertreterversammlung neu festzusetzen. Er beträgt gegenwärtig 9,8% des Grundlohns.

Der Rentner-Beitrag wird nach dem

in Nordrhein-Westfalen gezahlten Durchschnittsgrundlohn, der sich von Jahr zu Jahr ändert, ermittelt. Er beläuft sich gegenwärtig auf 42,47 DM, woraus sich ein Monatsbeitrag von 106,88 DM ergibt.

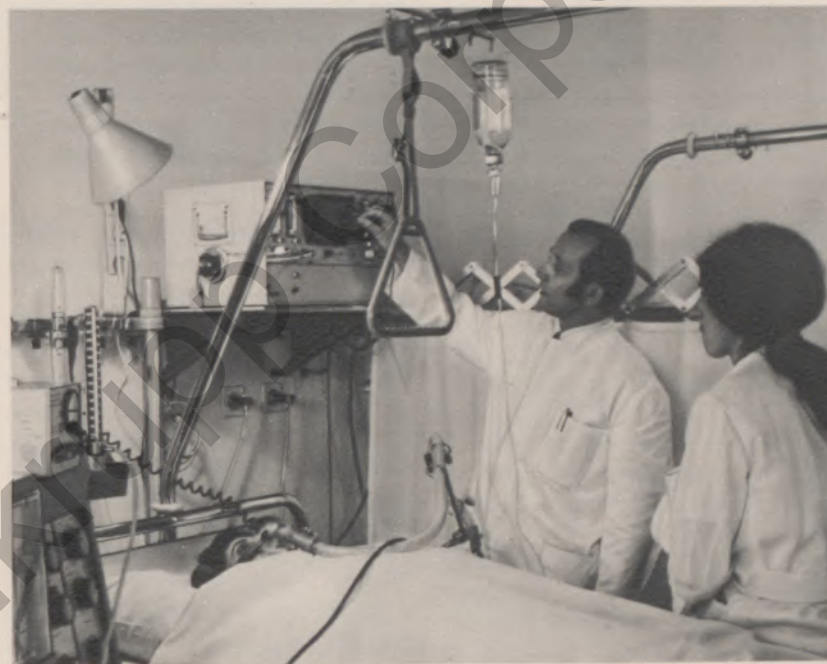
Leider ist die Beitragsregelung in diesem Bereich nach wie vor unzureichend: Das Defizit in der Krankenversicherung für Rentner steigt von Jahr zu Jahr und erreichte 1973 einen neuerlichen Höhepunkt. Ein Ausgleich war nur infolge des Überschusses in der allgemeinen Krankenversicherung möglich.

Dank umsichtiger Finanzpolitik konnte die Kasse in den Jahren 1970

nun auch folgende Leistungen erbracht: Gestellung oder Bezahlung einer Haushaltshilfe für die Dauer des Krankenhausaufenthaltes Versicherten, Zahlung von Krankengeld an Versicherte, die zur Betreuung ihres erkrankten Kindes der Arbeit fernbleiben müssen, und schließlich unbezahlte Freistellung von der Arbeitsleistung.

Das Hüttenhospital

Nach dem Zusammenschluß Hoesch/Hüttenunion wurde 1968 auch das Hüttenhospital in Dortmund-



Hals-Nasen-Ohren, Urologie und Kieferchirurgie sind für die als Fachärzte tätigen Belegärzte 22 Betten bereitgestellt.

Mit der Übernahme des Hüttenhospitals wurde eine Krankenhausleitung gebildet, bestehend aus den beiden Chefsärzten, der Oberin, dem Verwaltungsleiter, einem Vertreter des Betriebsrates und dem Generalbevollmächtigten für das Hüttenhospital, Günter Landwehr, der den Vorsitz innehat.

1973 wurde das Hoesch-Krankenhaus in den Krankenhausplan für das Land Nordrhein-Westfalen aufgenommen. Die mit dieser Eingliederung verbundene Förderung nach dem Krankenhaus-Finanzierungsgesetz hat es möglich gemacht, das Hüttenhospital dem modernsten Erkenntnisstand auf den Gebieten Medizin, Pflege und Unterbringung anzugleichen.

An die Anfänge des Hüttenhospitals erinnert nur noch ein aktenkundig überliefertes Vorkommnis aus dem Jahre 1898. Da waren – nicht zum ersten Male – „am Abend gegen 8 Uhr die im Krankenhaus untergebrachten Kranken Sch. und K. total

◀ Rehabilitationsmaßnahmen werden von der BKK Hoesch seit Jahren durchgeführt. Hier ein Foto aus der Umschulung im Nordrhein-Westfälischen Berufsförderungswerk in Dortmund-Hacheney

◀ Die mit modernstem Gerät ausgestattete Intensiv-Station im BKK-eigenen Hüttenhospital in Dortmund-Hörde, links Dr. Conrad, rechts Dr. Hartung

betrunkene randalierend aus einer hier in der Nähe liegenden Wirtschafft“ gekommen, hatten Passanten belästigt und dann „in dem Zustande“ das Krankenhaus betreten. Prompt machte die erbohte „Oberin des Hospitals“ einem „Betriebsinspektor“ Meldung. Der reichte dieselbe „zur gefl. Kenntnisnahme“ an die Krankenkasse weiter und fügte schriftlich hinzu: „Hierfür werden Sie jedenfalls Rath wissen!“ Und die „Direction“ wußte einen solchen. Sie schickte das Schreiben zurück – mit dem handschriftlichen Vermerk: „In 10 M. Strafe!“ Das Datum ist noch deutlich sichtbar – 30. IV. 98. Die Unterschrift – unleserlich. KHG

bis 1973 Überschüsse erwirtschaften. Auch der Etat 1974 wird noch ausgeglichen sein, obwohl mit neuen Bestimmungen auf dem Gebiet der gesetzlichen Krankenversicherung weitere Ausgabenbelastungen verbunden sind.

Die 1974 erfolgte Aufhebung der – 1970 eingeführten – Prämienrück-erstattung für nicht in Anspruch genommene ärztliche Behandlung erspart der Betriebskrankenkasse jährliche Aufwendungen in Höhe von etwa einer Million DM. Dieser Betrag kann nun der Erreichung eines lang gesteckten Zieles dienen: Seither zahlt die Hoesch-Kasse Krankenhausaufenthalte unbegrenzter Dauer.

Unter bestimmten Voraussetzungen wurden seitens der Kasse außerdem

Hörde übernommen. 1857 als Eigenbetrieb des damaligen Hörder Bergwerks- und Hüttenvereins am Remberg erbaut, war es mit seinen 48 Betten die erste Krankenanstalt der Stadt Hörde. Ein 1911/12 am Marksbach errichtetes 100-Betten-Krankenhaus ersetzte dann ab 1913 das alte Hospital, das den in vielfacher Hinsicht gestiegenen Ansprüchen nicht mehr genügte.

Die Beseitigung der während des zweiten Weltkrieges entstandenen erheblichen Gebäude- und Inventarschäden wurde von 1950 an mit Neu- und Erweiterungsbauten verbunden. Heute stehen dort auf der chirurgischen Station 85, in der Inneren Abteilung 87 Betten zur Verfügung. In den Bereichen Gynäkologie,

Gewerkschaftstag
der IG Metall in Hannover

Um Demokratie und Menschenwürde



„Gewerkschaftstage haben die Wirkung eines Brennglases. Auf die relative Kürze einer Woche wird das gesamte Spektrum gewerkschaftlicher Aktivität und gewerkschaftlichen Wirkens wie in einem Brennpunkt gebündelt“, sagte Hans Mayr, der zweite Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall, als er deren 11. ordentlichen Gewerkschaftstag am 15. September 1974 in Hannover eröffnete. 524 Delegierte berieten bis zum 21. September 1974 als Vertreter der 2,6 Millionen Mitglieder der IG Metall den Geschäftsbericht des Vorstandes und fast 1000 Anträge und Entschlüsse.

Grundsatzreferat von Eugen Loderer

„Demokratie und Menschenwürde – ein ständiger Auftrag“ war das

▲ 524 Delegierte berieten während des Gewerkschaftstages der IG Metall fast 1000 Anträge und Entschlüsse

Motto des Gewerkschaftstages und zugleich das Thema des Grundsatzreferates, das der erste Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, am 19. September 1974 hielt.

Jede gewerkschaftliche Aktivität sei von Anfang an mit dem Kampf um Demokratie und Menschenwürde verbunden gewesen, sagte Loderer. Der Kampf der Arbeiterbewegung für Demokratie und Menschenwürde habe stets der Verwirklichung politischer Grundrechte gegolten. In den Revolutionen des 19. Jahrhunderts habe die junge Arbeiterbewegung an der Seite des aufstrebenden Bürgertums gestanden, um die bürgerlichen Gleichheits- und Freiheitsrechte zu sichern. Diesen Idealen sei die Arbeiterbewegung treu geblieben.

Die Menschenwürde könne erst dann als gesichert gelten, wenn sie nicht nur Grundlage politischer Gesetze sei, sondern wenn sie auch im Wirtschaftsleben verwirklicht werde. Unentbehrliche Voraussetzung dafür, daß die Interessen der arbeitenden Menschen aller Berufe gewahrt würden und daß ihnen das Recht auf Selbstentfaltung und Mitbestimmung in den Entscheidungsprozessen gewährt werde, sei freie und unabhängige Gewerkschaftsarbeit.

Zwar seien heute die Errungenschaften der parlamentarischen Demokratie im Bewußtsein der Bevölkerung fest verankert, stellte Loderer fest, doch reiche der



▲ „Demokratie und Menschenwürde – ein ständiger Auftrag“ hieß das Thema des Gewerkschaftstages und des Grundsatzreferates von Eugen Loderer, des ersten Vorsitzenden der IG Metall (links), auf das wir in unserem Bericht ausführlich eingehen. Rechts Hans Mayr, der zweite Vorsitzende der IG Metall, der den Gewerkschaftstag eröffnete

gewerkschaftliche Kampf weiter. Er ziele auf die Verwirklichung der Demokratie und Menschenwürde in allen Lebensbereichen. Menschenwürde bedeute auch das Recht des Menschen auf Selbstverwirklichung im Arbeitsleben und durch Arbeit.

Menschenwürde sei nicht von der Demokratie zu trennen. Nach allen Erfahrungen, die mit verschiedenen Staatsordnungen und Systemen gemacht worden seien, sei die Demokratie die wichtigste Voraussetzung zur Verwirklichung der Menschenwürde in Gesellschaft und Betrieb.

Loderer fügte hinzu, es gebe kein gesellschaftliches System, das freie, unabhängige Gewerkschaften als Gegenmacht zu den herrschenden Kräften überflüssig mache.

Gewerkschaften sind an leistungsfähiger Wirtschaft interessiert

Im wirtschaftspolitischen Teil seiner Ausführungen erklärte Loderer, daß die IG Metall die gegenwärtige wirtschaftspolitische Situation nicht ohne Sorge beobachte. Die Legende von der Allmacht des Mark-

tes, vom störungsfreien Wachstum und von unbeirrbarer Aufwärtsentwicklung scheine ins Wanken geraten zu sein. Dennoch sei die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik günstiger verlaufen als in allen anderen vergleichbaren Industriestaaten. Die Preissteigerungsraten seien niedriger, der Beschäftigungsstand sei – trotz dunkler Flecken – höher, und die politischen Verhältnisse seien stabiler als im Ausland. Darin drücke sich in erster Linie sowohl der Leistungswille der Arbeitnehmer als auch die verantwortungsvolle Politik der deutschen Gewerkschaften aus, die sich stets an Stabilität, Vollbeschäftigung und sozialem Fortschritt orientierten. Die deutschen Gewerkschaften seien an einer leistungsfähigen, die Arbeitsplätze sichernden Wirtschaft interessiert.

Dreh- und Angelpunkt für langfristige Erfolge in der Stabilitäts-, Beschäftigungs- und Reformpolitik sei nach Loderer die Einflußnahme auf die unternehmerische Investitionsmacht im gesamtwirtschaftlichen Rahmen. Die staatlichen Instanzen müßten stärker koordinieren, umfassender planen und für bestimmte Sektoren Kapazitätsziele aufstellen. Ziel jeder Investitionslenkung sei die Verstärkung der Wirtschaftstätigkeit und die langfristige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Unter Berufung auf das DGB-Grundsatzprogramm sagte Loderer: „Wir wollen die demokratische Kontrolle wirtschaftlicher Macht und die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse. Niemand möchte aber bürokratische Entscheidungsprozesse, die sehr schnell demokrati-

sche Kontrolle überwuchern würden."

Zur Vermögenspolitik erklärte Loderer, daß die IG Metall solchen Plänen stets kritisch gegenübergestanden habe. Er stellte fest: „Wir hielten es immer für eine Illusion zu glauben, daß die soziale Existenz im Industriezeitalter auf dem individuellen Eigentum an Produktionsmitteln gegründet werden könnte. Das ist nichts anderes als Sozialromantik!“ Zur Begründung der ablehnenden Haltung der IG Metall wies der IG Metall-Vorsitzende darauf hin, daß der Lebensstandard des einzelnen Arbeitnehmers durch solche Pläne nicht verbessert werden könne. Ferner ließe sich die fortschreitende Vermögenskonzentration dadurch nicht stoppen. Wichtiger als die Aushändigung von Zertifikaten, mit denen kaum etwas anzufangen wäre, sei die Finanzierung der Reformen zur Verbesserung der Qualität des Lebens und der Ausbau der sozialen Sicherheit. Wichtiger als eine scheinbare Umverteilung von Produktionsmitteln an viele sei die Demokratisierung der wirtschaft-

lichen und politischen Macht, die von den Produktionsvermögen ausgehe. Wichtiger als solche vermeintlichen Statussymbole sei eine konsequente gewerkschaftliche Tarifpolitik, die allein den Arbeitnehmern jene Einkommen verschaffen könnte, deren sie bedürfen.

Im Zentrum: die Mitbestimmung

Der IG Metall-Vorsitzende betonte, daß im Zentrum des gewerkschaftlichen Kampfes für die industrielle Demokratie der Kampf um die Unternehmensmitbestimmung und um die gleichberechtigte qualifizierte Mitbestimmung in allen großen Kapitalgesellschaften stehe. Loderer lobte die sozial-liberale Koalition, die mit ihrem Gesetzentwurf eine Initiative entwickelt habe, während bei allen Vorgängerregierungen die Mitbestimmung nichts weiter als ein Objekt von Feiertagsproklamationen gewesen sei.

der Montanindustrie. Es dürfe nicht umsonst gewesen sein, daß die organisierten Arbeitnehmer an Rhein und Ruhr seinerzeit die Montanmitbestimmung mit ihrer Streikdrohung erzwungen hätten.

Menschenwürde im Betrieb verwirklichen

Zur Gewerkschaftspolitik erklärte Loderer, daß eine aktive, engagierte, in den Grundsätzen geschlossene und in den Einzelfragen in kritischer Solidarität verbundene Mitgliedschaft Grundlage aller konstruktiven Gewerkschaftspolitik sei.

Um die Interessen der Arbeitnehmer zu wahren, sei das reibungslose Zusammenwirken von Ortsverwaltung, Betriebsratsmitgliedern und Vertrauensleuten notwendig. Dazu gehöre auch eine gewerkschaftliche Bildungsarbeit, die von den konkreten Erfahrungen der Arbeiter und Angestellten in der Arbeitswelt ausgehe.

Einig und geschlossen müßten alle zusammenstehen, wenn Gegner

sieren.

Der IG Metall-Vorsitzende wiederholte in seinem Referat die Kritik an der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes, die die IG Metall bereits auf ihrer Arbeitstagung über Streik und Aussperrung geübt hat. Er lehnte den Begriff einer gewerkschaftlichen Ordnungsfunktion ab und wandte sich erneut gegen die Aussperrung, die er einen Akt der Willkür nannte.

Neuwahl des IG Metall-Vorstandes

Am 21. September 1974 endete der Gewerkschaftstag nach der Neuwahl des Vorstandes und des Ausschusses. Der erste Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, wurde mit 461 von 515 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Für den zweiten Vorsitzenden Hans Mayr wurden 420 von insgesamt 515 Stimmen abgegeben. Der Hauptkassierer der IG Metall, Karl-Heinz Troche – zugleich stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Hoesch Werke AG und Aufsichtsratsmitglied der ESTEL NV – wurde mit 463 von 510 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Lutz Dieckerhoff, bis 1973 Betriebsratsvorsitzender des Werkes Phoenix unserer Hüttenwerke, wurde in den achtköpfigen geschäftsführenden Vorstand wiedergewählt.



▲ Hoesch-Delegierte auf dem Hannoveraner Gewerkschaftstag mit Arbeitsdirektor Walter Hölkeskamp vom Vorstand der Hoesch Werke AG und der ESTEL NV (6. v. l.) und mit Arbeitsdirektor Dr. Günter Sieber vom Vorstand der Hoesch Hüttenwerke AG (7. v. l.). Die Delegierten auf unserem Foto sind (v. l. n. r.): Antonius Clemens, Siegfried Rosentreter, Werner Schäfer, Josef Röhr, Reinhold Rösen und – neben Walter Hölkeskamp und Dr. Günter Sieber – Victor Amelon, Josef Brandl, Rolf Konetzny, Heinz Rohrbeck, Helmut Wolf, Dankward Börngen und Albert Pfeiffer

Hauptschwerpunkt der mitbestimmungspolitischen Auseinandersetzung sei das Problem der sogenannten leitenden Angestellten. Auch andere Bestimmungen des Gesetzentwurfes könne die IG Metall nicht billigen. Loderer sagte: „Wir fordern die paritätische Besetzung der Aufsichtsräte in allen großen Kapitalgesellschaften – ohne Wenn und Aber, ohne Haken und Ösen.“

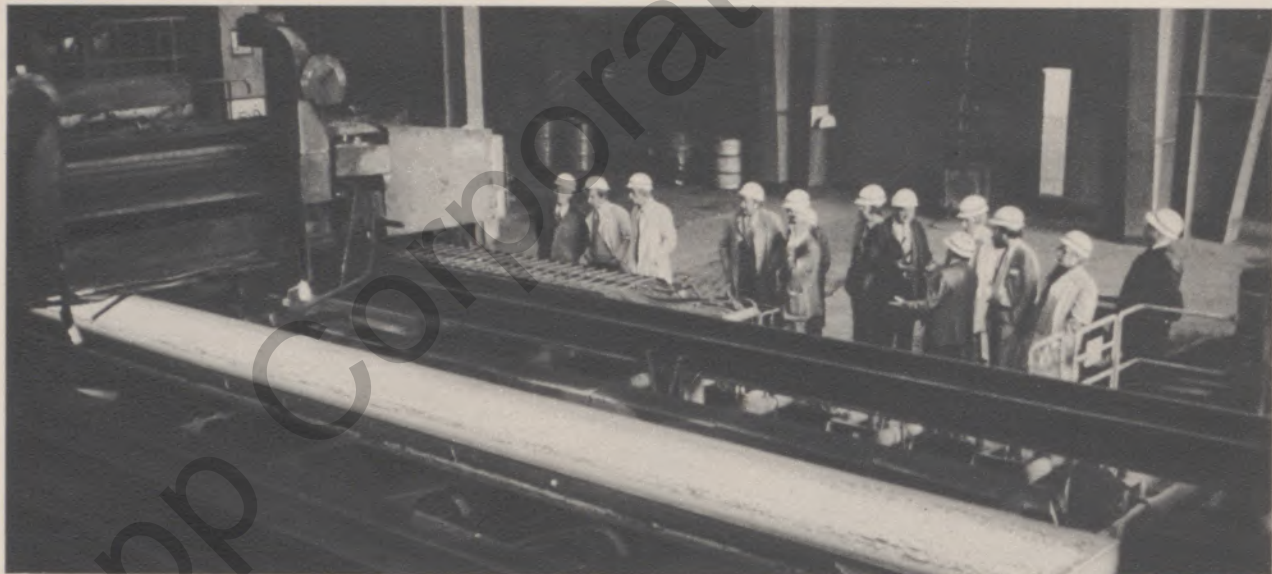
An weiteren Forderungen nannte er die gleichberechtigte Beteiligung außerbetrieblicher Arbeitnehmer, ein Entscheidungsrecht der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, die Erhaltung des mitbestimmungspolitischen Besitzstandes in

aller Schattierungen die Funktione attackierten. Wer die Interessen seiner Kollegen verteidige, habe Anspruch auf die Solidarität aller anderen. Die Mitglieder der IG Metall wollten keinen Extremismus, gleichgültig, wie er sich drapiere.

Der Kampf für die Interessen der Arbeitnehmer müsse organisiert sein, aber er habe vor allem eine klare Führung nötig. Er habe nie zu denen gehört, sagte Loderer, die jede spontane Arbeitsniederlegung in Grund und Boden verdammen, aber er halte es für gefährlich, in solchen Aktionen ein Wundermittel zu sehen oder sie zu ideali-

21 holländische Journalisten 2 Tage bei Hoesch

21 Journalisten der niederländischen Wirtschaftspresse waren auf Einladung des Hoesch-Vorstandes zwei Tage lang – vom 1. bis 3. Oktober 1974 – Gäste unseres Unternehmens. Vorstandsvorsitzender Josef Fischer begrüßte die Journalisten, gab einen Einblick in Geschichte und Entwicklung von Hoesch bis zum heutigen Tage und betonte mit Nachdruck, daß zwar der Stahlbereich von Hoesch weiterhin und noch auf lange Jahre das Kernstück des Konzerns bleiben werde, daß aber die Unternehmenspolitik von ESTEL im besonderen Maße auf eine weitere Stärkung der Weiterverarbeitung ausgerichtet sei. Die Vorstandsmitglieder Walter Hölkeskamp, Dr. Franz-Josef Hufnagel und Heinz Solbach berichteten aus ihren Arbeitsbereichen. Am Nachmittag des ersten Tages besichtigten die Journalisten die Zincal-Linie der Hoesch Siegerlandwerke AG und die Stranggießanlage im Werk Hörde. Am frühen Abend besuchten sie die Hoesch-Hobbyausstellung im Museum am Ostwall. Der zweite Tag war ausschließlich der Weiterverarbeitung gewidmet. Der Besuch der Maschinenfabrik Deutschland, des Spiralrohrwerkes in Barop und des Federwerkes Hohenlimburg standen auf dem Programm. Unsere Bilder zeigen die Gäste vor dem Verwaltungsgebäude der Hoesch Werke Hohenlimburg-Schwerte AG (oben) und bei der Stranggußanlage der Hüttenwerke..



WERK UND WIR in der Sowjetunion

УДК 621.774.21-428.06:621.791.75

1 D259. Фирма Hoesch MFD поставляет новейший стан спиральной сварки труб компании STELCO.— Hoesch MFD liefert neuartiges Spiralrohrwerk an die STELCO. «Werk und Wir», 1973, 21, № 8, 214—217 (нем.)

Стремительный рост потребления природных энергоресурсов, и прежде всего газа и нефти, обусловил колоссальное развитие стр-ва магистральных трубопроводов, среди которых одно из первых мест занимает проект стр-ва арктич. нефтегазопровод на севере США и Канады длиной около 3000 км. Для осуществления программы компанией STELCO (Канада) закуплен один из крупнейших трубосварочных станков

УДК 669.1:622.785.004.68

12 B113. Фирма Holsch строит новую агломерационную установку.— Hoesch baut neue Sinteranlage. «Werk und Wir», 1973, 21, № 7, 194—195 (нем.)

Вместо двух устаревших аглолент на металлургич. з-де Westfalenhütte в Дортмунде сооружается новая лента с площадью спекания 174 м², годовой произв. 2,1 млн. т. Эксгаустер обеспечит отсос 1,1 млн. м³/ч при вакууме до 1500 мм вод. ст. Агломерат после отделения горячего возврата—6 мм будет охлаждаться на круглом охладителе диам. 15,5 м, затем подвергаться дроблению до —50 мм и 2-му грохочению с отделением холодного возврата—6 мм. Предусмотрена

очистка от пыли отходящих от ленты газов и воздуха из вентиляционных систем в электрофильтрах (до 150 мг пыли/м³) с последующим выбросом их через дымовую трубу высотой 140 м.

Е. Вегман

УДК 669.162.2

1 B169. Новая конструкция доменной печи № 5 завода Phoenix (ФРГ) выплавлено 5 млн. т чугуна. Печь оснащена воздушным охлаждением. В распаре и нижней половине шахты использованы плитовые холодильники с испарительным охлаждением. В верхней половине шахты установлено 12 рядов холодильников кронштейнов. На печи смонтирован новый засыпной аппарат с двумя промежуточными бункерами, 4 газоотсекающими клапанами и вращающимся распределительным наклонным лотком, заменяющим большой конус и распределитель типа Мак-Ки. Ранее аппарат с вращающимся лотком успешно опробован на дом. печи фирмы August Thissen Hütte. Печь з-да Phoenix—вторая печь ФРГ, оснащенная бесконусным аппаратом. Программа загрузки печи построена так, что во время наполнения одного из промежуточных бункеров шихтой ведется выгрузка шихты из второго промежуточного бункера на вращающийся лоток. Возможна работа лотка по станциям, а также ссыпание шихты с лотка при одно-

УДК 669.1.013.5(430.1+492)

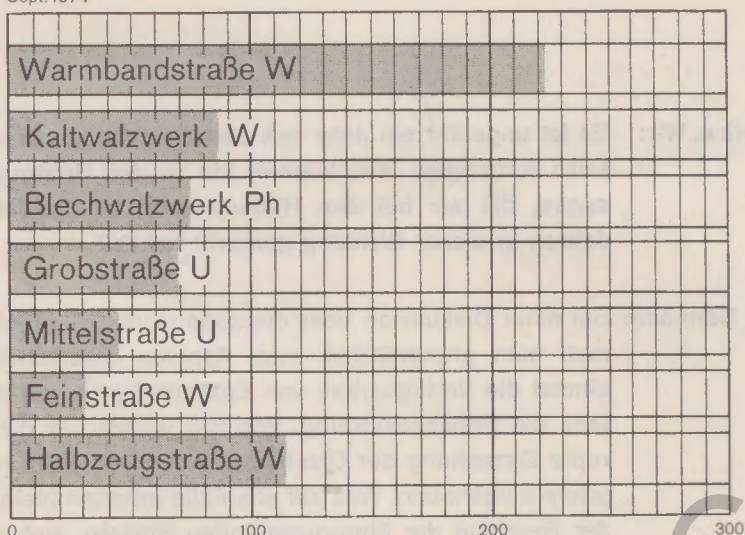
10 B31. [Работа металлургических заводов в Дортмунде (ФРГ) и Эймёдене (Нидерланды) в 1972 г.].— Koordinationsgruppe Stahl. «Werk und wir», 1973, 21, № 6, 152—155 (нем.)

Еin Beispiel für das Echo von WERK UND WIR im Ausland sind diese Ausschnitte aus sowjetischen Zeitungen, die uns das Institut für wissenschaftliche Information in der Akademie der Wissenschaften der UdSSR zugeschickt hat. Die russischen Kurzfassungen haben zum Thema: Die neue Sinteranlage der Hüttenwerke, die Neuzustellung von Hochofen V, den Bau des Spiralrohrwerkes für die kanadische STELCO und die ESTEL-Koordinationsgruppe Stahl.

Der Hüttenkieker

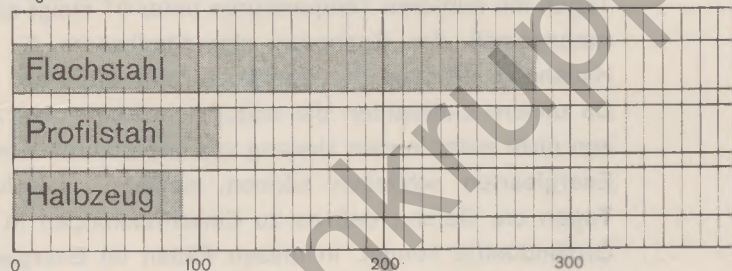
Erzeugung Walzwerke in 1000 t

Sept. 1974

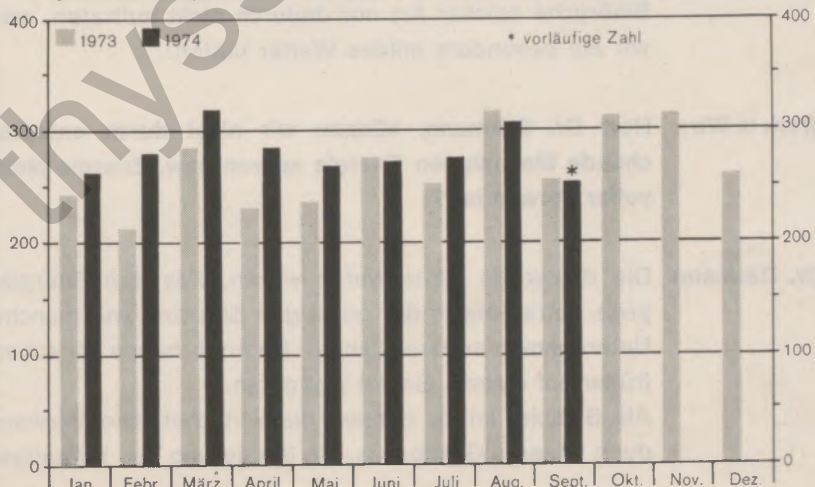


Absatz Walzstahlerzeugnisse in 1000 t

August 1974

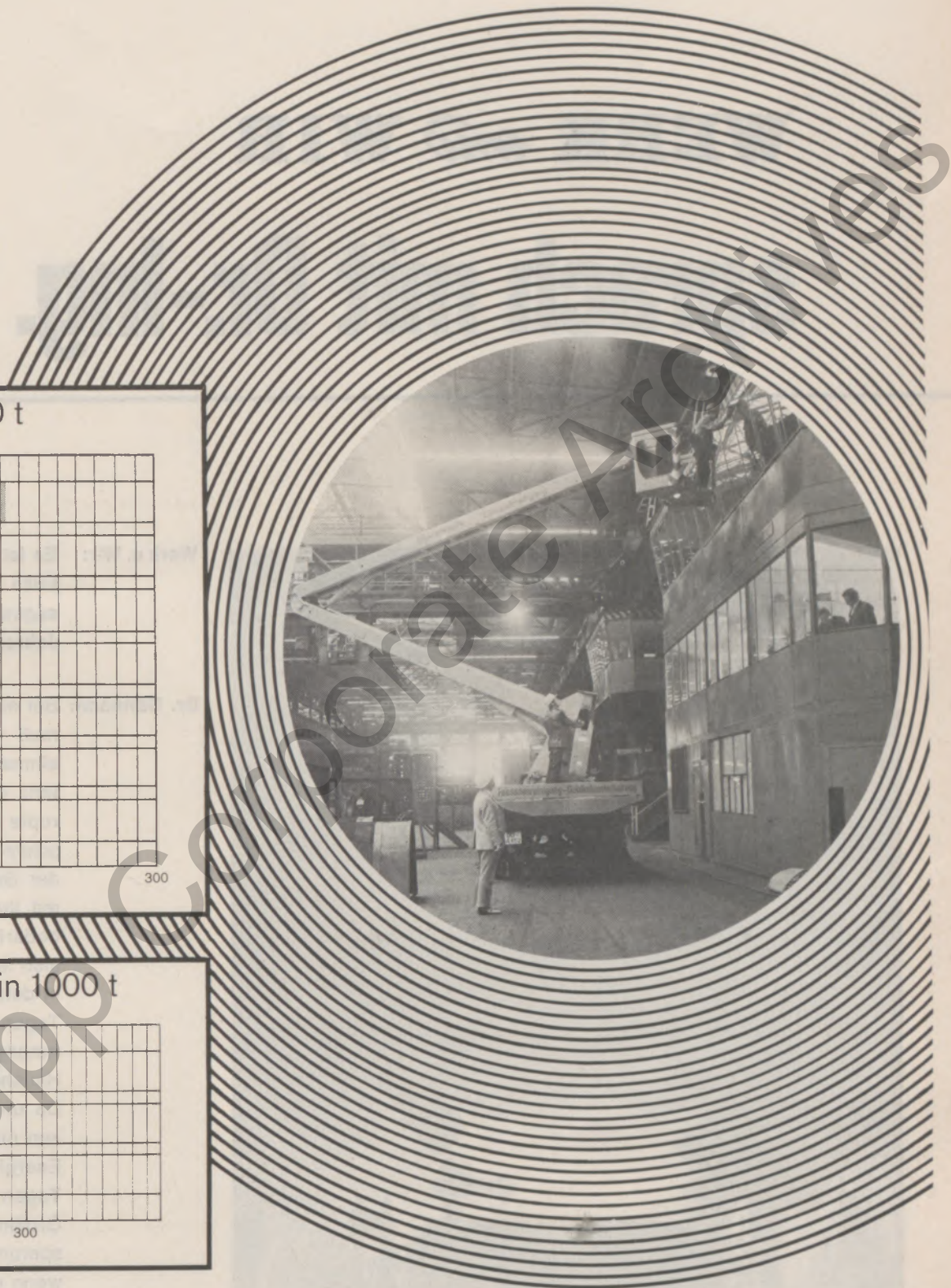
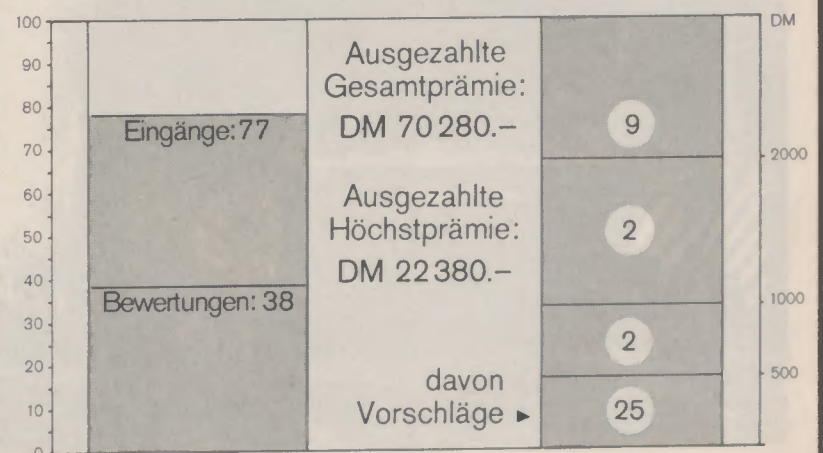


Unfallstatistik in absoluten Zahlen



Verbesserungsvorschläge

Sept. 1974



WERK und WIR

sprach mit Dr.-Ing. Hans Jürgen Därmann

Vorstandsmitglied
Dr.-Ing. Hans Jürgen Därmann
Technischer Bereich



Werk u. Wir: Es ist ungefähr ein Jahr seit dem Beginn der Energiekrise vergangen. Was können Sie zu den Erfahrungen sagen, die wir bei den Hüttenwerken in den letzten Jahren in dieser Richtung gemacht haben?

Dr. Därmann: Bei einer Diskussion über die sogenannte Energiekrise muß man grundsätzlich zwei Aspekte unterscheiden: einmal die Verfügbarkeit von Energieträgern und zweitens die Preisentwicklung. Wie Sie wissen, ist die abrupte Drosselung der Ölzufuhren vor einem Jahr inzwischen aufgehoben. Was auf alle Fälle erhalten bleibt, ist der Beschluß der ölproduzierenden Staaten, sich nicht mit ihrer Produktion dem ständig steigenden Energiebedarf der Industrieländer anzupassen. Energie wird also laufend knapper werden. Das werden wir vor allem in den Wintermonaten zu spüren bekommen. An kalten Tagen mit mittleren Temperaturen unter 0° steigt erfahrungsgemäß der Gasbedarf der Stadtwerke für die Haushalte, Schulen, Krankenhäuser usw. stark an. Da unsere Lieferanten die dadurch entstehenden Lücken nicht mehr in dem Umfang wie früher durch andere Energiearten schließen können, besteht an solchen Tagen die Gefahr, daß es zu Einschränkungen in der Großindustrie kommt. In diesen Fällen ist Energieeinsparung und -abstimmung bei uns besonders wichtig, wenn es nicht zu Produktionseinschränkungen kommen soll.

Wir müssen uns klar darüber sein, daß im letzten Winter Einbrüche solcher Art nur dadurch nicht auftraten, weil wir ein besonders mildes Wetter hatten.

Werk u. Wir: Herr Dr. Därmann, können wir nicht durch entsprechende Maßnahmen Energie sparen bzw. Energie sinnvoller verwenden?

Dr. Därmann: Die deutschen Hüttenwerke waren, was den Energiepreis betraf, nie in der günstigen Situation wie manche Unternehmen anderer Länder. Dadurch haben wir schon früher auf diesem Gebiet viel getan. Als Beispiel ist zu nennen die wirtschaftliche Verwendung unseres Gichtgases, die Steigerung des Wirkungs-

grades unserer Öfen und die Ausnutzung der Abgaswärme der Siemens-Martin-Öfen und Walzwerksöfen zur Dampferzeugung. Wir werden aber in Zukunft noch intensiver versuchen müssen, bei uns anfallende Energie sinnvoll zu nutzen.

Werk u. Wir: Sie sprachen auch über den Energiepreis.

Dr. Därmann: Hier brauche ich sicherlich keine längeren Ausführungen mehr zu machen. In einem Unternehmen, dessen Kosten über 20% aus Energiekosten bestehen, können Sie sich vorstellen, was eine Erhöhung des Ölpreises auf über das Doppelte und eine Erhöhung der anderen Energiepreise um ca. 50% ausmacht. Wir müssen noch mehr als bisher sehen, daß keine Energie verschwendet wird. Hier gilt eigentlich im gleichen Maße das, was ich über die Verfügbarkeit an Brennstoffen gesagt habe.

Werk u. Wir: Große Investitionssummen, zum Beispiel für den Bau der Kaltbandstraße 2, den Umbau der Warmbreitbandstraße, sind in den letzten Jahren aufgewandt worden. Der Ausbau des Oxygenstahlwerkes zu einer Monatsproduktion von 400 000 t ist eingeleitet. Werden die verbesserten Technologien in überschaubarer Zukunft die Stahlerzeugung und Weiterverarbeitung in Dortmund entscheidend sichern helfen?

Dr. Därmann: Diese Frage kann ich mit einem deutlichen Ja beantworten.

Wie Sie wissen, gehört das neugebaute Kaltwalzwerk 2 zu den modernsten Anlagen der Welt, und auch die umgebaute Warmbreitbandstraße ist durch diesen Umbau in den heutigen Weltstandard eingereiht worden. Das Oxygenstahlwerk wird nach dem Ausbau, sowohl was die Größe und Leistung und auch was den Umweltschutz anbetrifft, den modernen Anlagen gleichzusetzen sein. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß auch die Martinwerke durchaus nicht als Notlösung zu bezeichnen sind. Es gibt heute noch kein anderes Stahlverfahren, das so flexibel im Einsatz zwischen Schrott und Roheisen wählen kann, wie das Siemens-Martin-Verfahren.

Ich bin der Ansicht, daß die Einteilung unserer Produktionsstätten in der Weise, daß die Martinwerke für unsere Profilerzeugung arbeiten und das Oxygenstahlwerk Rohstahl für Flachprodukte produziert, als sehr gut bezeichnet werden kann.

Werk u. Wir: Die Probleme des Umweltschutzes spielen für die Entscheidungen des Vorstandes eine immer größere Rolle. In Ihrem Vorstandsbereich wurde eine besondere Stabsstelle Umweltschutz eingerichtet. Was versprechen Sie sich von der Abteilung?

Dr. Därmann: Wie Sie wissen, haben wir bei den Hüttenwerken bereits seit langem in verschiedenen Abteilungen an den Problemen des Umweltschutzes gearbeitet. Diese Aktivitäten haben wir jetzt in einer Zentralabteilung Umweltschutz zusammengefaßt, um diese Arbeit noch weiter intensivieren zu können. Unter einer Leitung werden die vier Sachgebiete

- > Luftreinhaltung
- > Lärmschutz
- > Gewässerschutz
- > Abfallbeseitigung

behandelt.

Die so geschaffene Abteilung sorgt in Zusammenarbeit mit den anderen Betrieben und Abteilungen der Hüttenwerke für den Kontakt mit den zuständigen Behörden und Verbänden. Wir werden dadurch noch mehr als bisher in der Lage sein, den wachsenden Forderungen der Umwelthygiene, soweit technisch möglich, gerecht zu werden. Auch kommt es uns in diesen Dingen auf einen guten Kontakt mit der interessierten Öffentlichkeit an. Als Beispiel möchte ich unsere Veröffentlichungen in der Fachpresse — gerade solche in *Werk und Wir* — oder in der Tagespresse und die Besuche am Tag der offenen Tür nennen. Die Abteilung ist aber auch die Anlaufstelle für Fragen und Anregungen seitens der Öffentlichkeit, besonders der Nachbarschaft.



Rund 20 Millionen DM haben Belegschaftsmitglieder unserer Hüttenwerke 1973 an Steuern eingespart. „Werk und Wir“ hat die Leiter Pers. A und Pers. L, Dipl.-Volksw. Günter Rahm (l.) und Heinrich Gottlob, gefragt, was unsere Werksangehörigen tun müssen, um in diesem Jahr eine ähnliche Einsparung zu erreichen.

Frage: Die Steuerreform tritt am 1. 1. 1975 in Kraft. Für das Kalenderjahr 1974 gelten somit noch die alten Lohnsteuerbestimmungen.

In welcher Weise können unsere Belegschaftsmitglieder für 1974 noch eine Lohnsteuerermäßigung geltend machen?

Antwort: Ein großer Teil unserer Belegschaft hat schon am Jahresanfang einen Lohnsteuer-Ermäßigungsantrag gestellt. Der vom Finanzamt daraufhin auf die Lohnsteuerkarte eingetragene Freibetrag ist monatlich bei der Lohn- bzw. Gehaltsabrechnung berücksichtigt worden.

Wer für das laufende Kalenderjahr seine Aufwendungen noch nicht geltend gemacht hat, kann das auf zweierlei Art tun:

1. Er stellt einen Lohnsteuer-Ermäßigungsantrag noch bis zum **30. 11. 1974**. In diesem

Falle trägt das Finanzamt einen Freibetrag mit Wirkung vom **1. 12. 1974** ein. Der Freibetrag kann dann bereits bei der Lohn- bzw. Gehaltsabrechnung für den Monat **Dezember 1974** berücksichtigt werden. Das Belegschaftsmitglied erhält seine zuviel gezahlte Lohnsteuer somit wesentlich früher zurück, als wenn es die Steuerrückerstattung aus dem Lohnsteuer-Jahresausgleich oder aus der Veranlagung zur Einkommensteuer abwarten müßte oder

2. er zieht den Weg über den Lohnsteuer-Jahresausgleich — in bestimmten Fällen die Veranlagung zur Einkommensteuer — vor. Das wird in der Regel dann der Fall sein, wenn die Nachweise über Aufwendungen bis zum **30. 11. 1974** noch nicht oder nicht vollständig vorliegen. Anträge auf den Lohnsteuer-Jahresausgleich 1974 müssen bis zum **30. 3. 1975**, auf Veranlagung zur Einkommensteuer bis

zum **31. 5. 1975** beim zuständigen Finanzamt gestellt sein.

Frage: Welche Aufwendungen können für eine Lohnsteuerersparnis geltend gemacht werden?

Antwort: Solche Aufwendungen sind insbesondere

a) Werbungskosten
Hierunter fallen alle Kosten, die unmittelbar für die Berufsausübung verursacht sind.

b) Sonderausgaben
Dies sind ihrem Wesen nach Kosten der Lebensführung, die aber aus sozialen und wirtschaftspolitischen Gründen bei der Lohnsteuer vom Einkommen abgezogen werden können.

c) Außergewöhnliche Belastungen
Außergewöhnliche Belastungen liegen vor, wenn einem Arbeitnehmer größere Aufwendungen als der überwiegenden Mehrzahl der Arbeitnehmer gleicher Einkommensverhältnisse und gleichen Familienstandes entstehen.

Werbungskosten

In der Lohnsteuertabelle sind pauschal 564,— DM Werbungskosten berücksichtigt. Deshalb wirken sich die tatsächlichen Werbungskosten nur dann aus, wenn sie höher als 564,— DM im Jahr sind.

Zu den Werbungskosten gehören vor allem

1. Beiträge zu Berufsverbänden (z. B. Gewerkschaftsbeiträge)
2. Aufwendungen für Arbeitsmittel (in Betracht kommen Fachliteratur, typische Berufskleidung, Werkzeuge)
3. Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte (sowohl für öffentliche Verkehrsmittel als auch für Kraftfahrzeugkosten)

4. Mehraufwand wegen doppelter Haushaltsführung

5. Mehraufwand für Verpflegung (bei regelmäßiger Abwesenheit von mehr als 12 Stunden von der Wohnung aus beruflichen Gründen)

6. Fortbildungskosten (das sind Kosten für die Weiterbildung im ausgeübten Beruf)

Sonderausgaben

Die Sonderausgaben sind bereits mit einem Pauschbetrag von 936,— DM (wenn beide Ehegatten berufstätig sind mit 1872,— DM) in der Lohnsteuertabelle berücksichtigt. Eine Geltendmachung von Sonderausgaben lohnt sich daher nur, wenn die tatsächlichen Aufwendungen die vorgenannten Beträge überschreiten.

Zu unterscheiden sind

1. beschränkt abzugsfähige Sonderausgaben (sie sind nur bis zu bestimmten Höchstbeträgen abzugsfähig)
Hierzu zählen:

Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, Beiträge zur Kranken-, Lebens-, Unfall- und Haftpflichtversicherungen, Beiträge zur Sterbe-, Versorgungs- und Pensionskassen, Beiträge zu Bausparkassen, Spenden.

Beiträge zu Sachversicherungen (z. B. Haus- und Ratversicherungen) sind keine Sonderausgaben.

2. unbeschränkt abzugsfähige Sonderausgaben

Das sind Schuldzinsen, Kirchensteuer, Vermögensteuer, eigene Ausbildungskosten.

Außergewöhnliche Belastungen

Außergewöhnliche Belastungen sind insbesondere

Aufwendungen wegen Unterstützung bedürftiger Personen, wegen auswärtiger Unterbringung einer in Berufsausbildung stehenden

Person, wegen der Beschäftigung einer Hausgehilfin oder Haushaltshilfe

sowie Aufwendungen, die durch Krankheit, Unfall, Tod u. a. entstehen. In diesen Fällen werden die tatsächlichen Aufwendungen um eine sogenannte „zumutbare Eigenbelastung“ gekürzt.

Wer ein Haus gebaut hat, eine Eigentumswohnung erworben hat oder wer sonstige Bezüge für Zeiträume bezog, die zu mehreren Kalenderjahren gehören, kann auf dem Wege über die Veranlagung zur Einkommensteuer steuerliche Vorteile erreichen.

Frage: Sie haben viele Möglichkeiten der Steuerermäßigung aufgezeigt. In welcher Weise werden sie von unseren Belegschaftsmitgliedern genutzt?

Antwort: Es konnte hier nur stichwortartig auf die Möglichkeiten der Steuerermäßigung hingewiesen werden. Aber schon seit Jahren haben unsere Belegschaftsmitglieder immer wieder Gelegenheit gehabt, sich aus Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift, aus Rundschreiben und Bekanntmachungen und aus dem Merkblatt, das der Lohnsteuerkarte bei ihrer Zustellung beiliegt, eingehend zu informieren.

Darüber hinaus helfen unsere Personalsachbearbeiter, die selbst laufend über das Neueste im Lohnsteuer- und Einkommensteuerrecht geschult werden, den Belegschaftsmitgliedern auf Wunsch beim Ausfüllen der Antragsvordrucke und sorgen somit dafür, daß möglichst alle vom Gesetzgeber gewährten steuerlichen Erleichterungen genutzt werden. Wir haben in den letzten Jahren erreichen können, daß unsere Belegschaft, soweit sie zur Lohnsteuer herangezogen wird, nahezu 100 %ig von der Antrag-

stellung auf Lohnsteuerermäßigung bzw. Lohnsteuerjahresausgleich Gebrauch macht.

Frage: Können Sie sagen, wie hoch sich die Steuerersparnis für das einzelne Belegschaftsmitglied wie auch für die gesamte Belegschaft beläuft?

Antwort: Die Frage ist nicht leicht zu beantworten, denn

1. hängt die Höhe der Lohnsteuerersparnis nicht zuletzt vom Umfang der steuerabzugsfähigen Aufwendungen ab,

2. kennen wir die Steuerfreibeträge nur von den Belegschaftsmitgliedern genau, bei denen das Finanzamt im Laufe des Kalenderjahres die Eintragung auf der Lohnsteuerkarte vorgenommen hat.

Im Kalenderjahr 1973 waren bei 7634 Belegschaftsmitgliedern insgesamt 29 111 606 DM Lohnsteuer-Freibeträge eingetragen, der Durchschnittsbetrag je Belegschaftsmitglied demnach 3813,50 DM.

Wenn wir diesen Freibetrag auch bei den Belegschaftsmitgliedern zugrunde legen, die einen Antrag auf Lohnsteuer-Jahresausgleich gestellt haben oder zur Einkommensteuer veranlagt worden sind, kämen wir bei 25 637 Belegschaftsmitgliedern auf einen Ermäßigungsbeitrag von insgesamt 97 766 699,50 DM. Schon bei dem geringsten Steuersatz von 19 % macht das bei der Gesamtbelegschaft eine echte Lohn- bzw. Einkommensteuerersparnis von 18 575 673,— DM aus, demnach durchschnittlich für jedes Belegschaftsmitglied 724,57 DM.

Da der Steuersatz aber im Durchschnitt wesentlich höher als 19 % liegt, darüber hinaus weitere Einsparungen an Kirchensteuer und Ergänzungsabgabe berücksichtigt werden müssen, können wir als Ergebnis eine Gesamtsteuerersparnis von mehr als 20 000 000,— DM für unsere Belegschaft feststellen.

Steuern sparen heute und morgen



Bundesfinanzminister Dr. Hans Apel hat „Werk und Wir“ einige Fragen beantwortet, die auf die Auswirkungen der Steuerreform abzielen.

Werk und Wir:

Herr Minister Apel, im kommenden Januar wird die Steuerreform wirksam. Was haben Lohn- und einkommensteuerpflichtige Arbeitnehmer als Ledige, Verheiratete und Verheiratete mit Kindern bei einem Jahreseinkommen zwischen 10 000 und 100 000 DM zu erwarten?

Dr. Apel:

Sie haben als Folge der Steuerreform eine echte Aufbesserung ihrer Einkommen zu erwarten. Einen Eindruck von den Größenordnungen geben folgende drei Beispiele:

Ein Verheirateter unter 50 mit zwei Kindern, der im Monat 2000 DM brutto verdient und dessen Frau nicht mitarbeitet, wird im nächsten Jahr monatlich 102,00 DM mehr in der Tasche haben.

Ein berufstätiges Ehepaar unter 50 und ohne Kinder, das monatlich zusammen 3000 DM brutto verdient, wird im Monat knapp 83 DM Steuern sparen.

Ein Lediger unter 50 und ohne Kinder, der 2000 DM im Monat verdient, kommt auf eine monatliche Steuerersparnis von 70 DM.

Werk und Wir:

Gibt es ab 1. 1. 1975 noch andere Verbesserungen oder Vorteile für die vorgenannten Einkommensbezieher durch die Steuerreform und inwieweit ist der Verkehr zwischen dem Steuerzahler und dem Finanzamt jetzt vereinfacht worden?

Dr. Apel:

Die Steuerreform bringt nicht nur ganz generell Einkommensverbesserungen für alle Arbeitnehmer mit Ausnahme der Großverdiener, sondern auch zusätzliche wesentliche Verbesserungen für Gruppen mit Anspruch auf besondere Hilfe: Alleinstehende Mütter mit Kindern werden den Familien endlich gleichgestellt; Körperbehinderte werden steuerlich stark

entlastet; und wer das 65. Lebensjahr vollendet hat und dennoch weiterarbeiten will, der wird in Zukunft wesentlich weniger Steuern zahlen als bisher.

Überdies wird der Verkehr zwischen Steuerzahler und Finanzamt erheblich vereinfacht. Durch das neue Lohnsteuerverfahren werden von 8,5 Millionen Anträgen auf Lohnsteuerermäßigung, die zu erwarten wären, rund 7,5 Millionen entfallen.

Werk und Wir:

Der Finanzminister wird 1975 durch die Steuerreform voraussichtlich zwischen 14 und 15 Milliarden Steuern weniger zur Verfügung haben. Ein Teil dieses Geldes wird auf den Markt kommen. Besteht nicht die Gefahr,

daß Hersteller und Händler erheblich die Preise erhöhen und damit alle Stabilitätsbemühungen zunichte machen?

Dr. Apel:

Es ist richtig, daß die Konsumenten im nächsten Jahr als Folge der Steuerreform rund 13,5 Mrd. DM Steuern weniger zahlen werden. Im Augenblick wird allerdings ja weniger der Ruf nach weilerem Bremsen, als vielmehr das Verlangen laut, die Bundesregierung müsse in der Konjunkturpolitik schon wieder „Gas geben“. Es ist deshalb gerade jetzt wichtig, an den zu erwartenden Konsumstoß zu erinnern. Denn wir haben bei unserer Konjunkturpolitik darauf zu achten, daß wir uns nicht selbst um die Früchte unse-

rer Preisstabilisierung bringen. Die Bundesrepublik ist z. Z. unter allen vergleichbaren Industrienationen das Land mit den niedrigsten Preissteigerungsraten und der höchsten Beschäftigung zugleich. Dieser Erfolg ist uns nicht in den Schoß gefallen, sondern ist Ergebnis der Politik, die wir in Bonn gemacht haben. Und mit dieser Politik werden wir deshalb auch fortfahren, um unsere internationale Spitzenstellung zu behaupten, die allen unseren Bürgern zugute kommt.

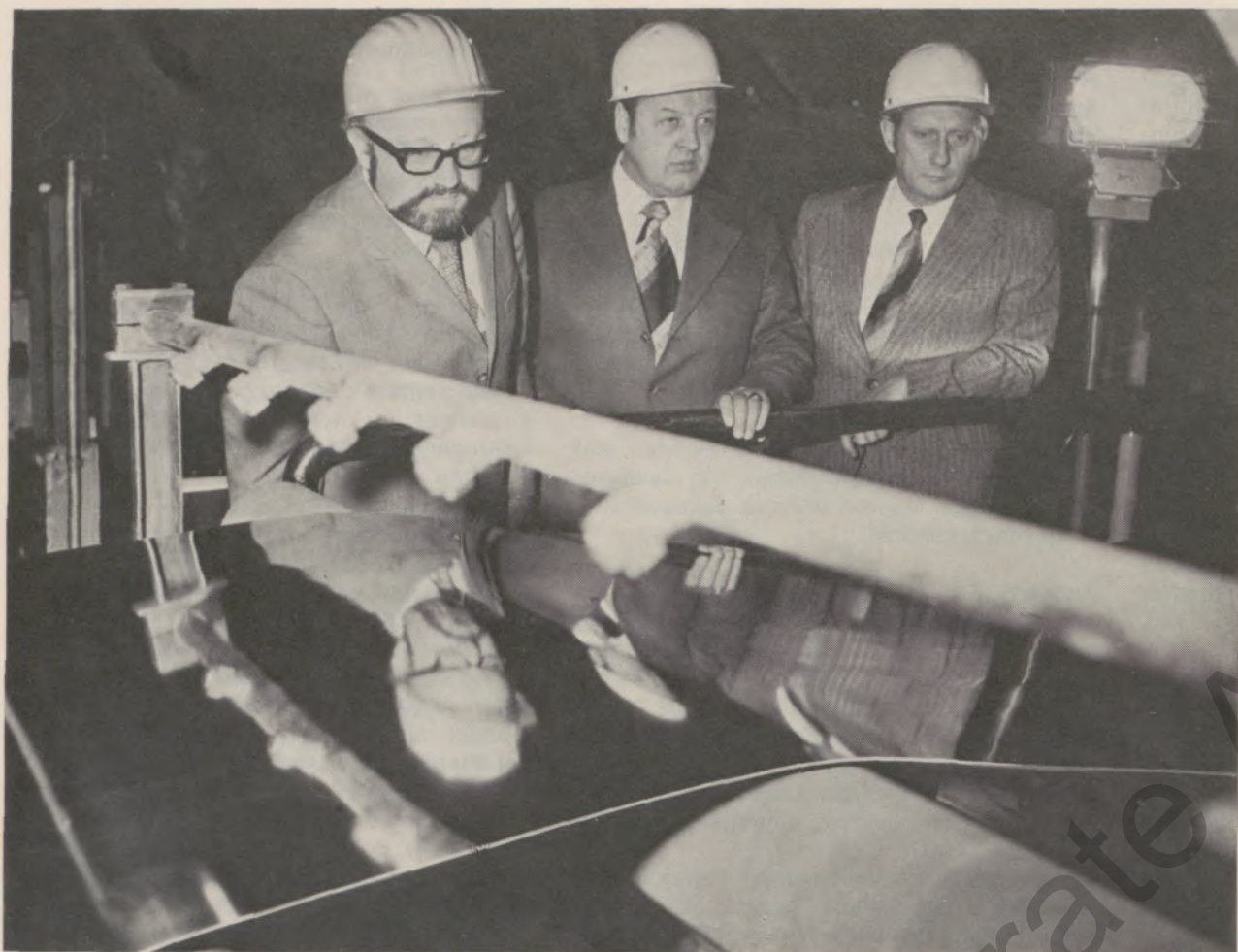
Werk und Wir:

Herr Minister, des öfteren hört man die Meinung, daß die Auswirkungen der Steuerreform bei den bevorstehenden Tarifgesprächen berücksichtigt werden sollten. Wie

denken Sie darüber?

Dr. Apel:

Ich bin sicher, daß unsere Gewerkschaften bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen die konjunkturpolitische Landschaft mit dem richtigen Augenmaß einschätzen werden und daß sie alle Daten in ihre Betrachtungen einbeziehen werden, die für die Abschlüsse neuer Tarifgespräche wichtig sind. Es kann aber nicht Aufgabe des Bundesfinanzministers sein, den autonomen Tarifparteien ins Handwerk zu reden. Es wird ihre Aufgabe sein, gesamtwirtschaftlich vertretbare Verträge abzuschließen. Ich jedenfalls vertraue darauf, daß die Tarifautonomie sich dabei bewähren wird.



Von links Dipl.-Ing. Otto Erbe, Leiter der Kundenberatung; Dipl.-Ing. Franz Hessel, Leiter der Qualitätsstelle Weißblech, und Dipl.-Ing. Wilhelm Beckerling, Leiter Weißblechfertigung bei der Kontrolle eines Weißblechbandes.

Kundenberatung

muß sein!

Ende der vierziger Jahre steigerte sich fortlaufend die Stahlproduktion, verursacht durch den hohen Bedarf der Bauindustrie und die steigenden Ansprüche der Automobilindustrie und Haushaltwarenhersteller. Der Verarbeiter verlangte neben den erforderlichen Mengen eine verbesserte Qualität und eine Beratung, wie aus jeder Güte das Beste herauszuholen sei. Es galt, den preiswertesten und für den jeweiligen Verwendungszweck brauchbarsten Stahl anzubieten.

So übernahm die Qualitätsstelle immer mehr Verantwortung in der Herstellung und Verwendung der einzelnen Stähle und wurde zu einem Bindeglied zwischen unseren Betrieben, Kaufleuten und den Verbrauchern. Sie bearbeitete in erster Linie Aufgaben innerhalb der Hochofen-, Stahl- und Walzwerke und qualitative Fragen im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Kundschaft und vor allem mit unseren Konzernwerken. Mit steigendem Stahlverbrauch und zunehmender Automation mußten sich die Hüttenwerke jedoch immer mehr mit Problemen der Stahlverarbeiter befassen, die oft nur in enger Zu-

sammenarbeit zwischen Erzeuger und Verbraucher geklärt werden konnten. Es war erforderlich, einen Stamm von Ingenieuren zur Verfügung zu haben, der diesen Fragen langfristig nachging und in dringenden Fällen auch sofort zur Verfügung stand. So wurde 1953 die Kundenberatung der Hoesch Hüttenwerke als selbständige Abteilung innerhalb der Forschung und Qualitätskontrolle eingerichtet.

Schon bald zeigte sich, daß die Fragen unserer Bleche verarbeitenden Kunden weiter gingen als die der Verbraucher von Profilerzeugnissen. Eine Analyse unserer im Markt angebotenen Blechprodukte führte wiederum zu der Feststellung, daß mit abnehmender Blechdicke die Herstellung- und Verarbeitungsschwierigkeiten des Stahles größer werden. Mit abnehmender Dicke steigt der Oberflächenanteil, und gerade die Wünsche unserer Fein-, Feinst- und Weißblech verarbeitenden Kunden an die Oberfläche des Stahles nehmen einen breiten Raum der Arbeit der Kundenberatung ein.

Die vielseitigere Beanspruchung dünnerer Bleche im Vergleich zu

Grob- und Mittelblechen soll in den folgenden Beispielen einmal besprochen werden.

Die mechanischen Gütewerte von Grobblechen und auch ihre Abmessungs- und Planlage-Toleranzen sind in den entsprechenden Normen eindeutig festgelegt. Es ist ein spezielles Gefüge, ein bestimmter Reinheitsgrad des Stahles und Freiheit von Dopplungen erforderlich. Der Stahl muß schweißbar sein.

An Mittelbleche werden im Prinzip die gleichen Anforderungen wie an Grobbleche gestellt. Der Reinheitsgrad des Stahles muß in einigen Fällen verbessert sein, da — wie z. B. zur Herstellung von Gasflaschen — höhere Ansprüche an die Verformbarkeit gestellt werden. Die Zunderausbildung und damit die Oberfläche der Bleche soll für den Behälter- und Heizungskesselbau gleichmäßiger sein, da ohne weitere Vorbehandlung der Farbanstrich direkt auf das warmgewalzte Blech aufgebracht wird. Planlage- und Abmessungs-Toleranzen sind geringer als bei Grobblechen, da die Verarbeitung schon im größeren Umfang auf Automaten erfolgt.

An kaltgewalzte Feinbleche werden über das bisher Gesagte hinaus zusätzliche Ansprüche gestellt. Die Verformungseigenschaften des Stahles werden abgestimmt auf den Verwendungszweck und die Verarbeitungsanlagen unserer Kunden. Es stehen Fragen an, wie Ziehen mit oder ohne Niederhalter, Umkehrstülpziehen, ob der Stahl nach langen Lager- oder Transportzeiten im gealterten Zustand verarbeitet wird und ob sich nach der Verformung eine Oberflächenbehandlung wie Lackieren, Emaillieren oder Vernickeln und Verchromen anschließt. In Abhängigkeit von den Antworten auf diese Fragen sind das Gefüge des Stahles, die Oberflächenrauigkeit und die Ebenheit der Bleche von Bedeutung. Mit wachsendem Export nach Übersee mußte eine spezielle Ölung der kaltgewalzten Feinbleche als Korrosionsschutz erprobt und auf die nachfolgenden Entfettungsmöglichkeiten nach dem Tiefziehen und vor dem Lackieren eingestellt werden. Auch für Weißbleche in Dicken bis herab an 0,17 mm ist das oben Gesagte prinzipiell zu beachten. Durch unterschiedliches Oberflächenansetzen, verschieden



im Betriebs- und Verarbeitungsversuch erprobt werden. So gelang es einem unserer großen Feinblechverbraucher vor einiger Zeit kurz vor der serienmäßigen Produktion eines neuen Tiefzieh-teiles nicht, ausreichend gute Teile aus den im Lager stehenden Qualitätsfeinblechen zu produzieren. Der Ausschuß lag bei 50 %. In einer Sonderaktion wurde für diesen Betrieb eine Güte entwickelt, die es gestattete, die Produktion anlaufen zu lassen.

In einem anderen Fall hatte sich im Laufe von Monaten ein geringer Fehler in die von uns produzierten Feinstbleche geschlichen. Von einem gewissen Punkt an war eine normale Verarbeitung nicht mehr möglich. Trotz zahlreicher Vergleichsuntersuchungen von gut und schlecht verarbeitbaren Partien war die Abweichung vom Standard metallographisch und meßtechnisch nicht zu finden. Durch tagelanges Beobachten der

<

Von rechts Dipl.-Ing. Wolfgang Büll, FK, Dipl.-Ing. Peter Kluge, QP5-FK, und Otto Herwig, QPK, bei einem Freigespräch vor fertig verpackten Feinblechen, die nach Südamerika gehen.

Dipl.-Ing. Otto Erbe, QPK, beurteilt die Qualität des Druckes auf Weißblechtafeln bei einem unserer Kunden.

✓

dicke Zinnauflagen, Passivierung und Ölung können weit mehr als 40 verschiedene Oberflächen mit unterschiedlichen Verarbeitungseigenschaften erzeugt werden. Weißbleche müssen über die Länge und Breite der Bänder besonders gleichmäßige Verarbeitungseigenschaften haben. Sie werden mit Geschwindigkeiten bis zu 6000 Tafeln pro Stunde mehrfarbig lackiert und bedruckt. Das ist nur bei sehr guter Planlage möglich. Aus 1 kg Weißblech werden z. B. bei Oberteilen für Batterien 300–400 Einzelteile gezogen. Weißbleche werden für die Konservierung von Lebensmitteln, das Lagern von Getränken oder die Herstellung von Backformen ebenso eingesetzt wie für Lackeimer, Garagenfässer und Aerosol-Dosen. Das ist nur möglich, weil sich unsere Verzinnungslinien auf jeden Verwendungszweck einstellen können. Hier besonders kommt den Kundenberatern die Aufgabe der Koordination zwischen Erzeugern und Verbrauchern zu. Sind die Weißbleche für den vorgesehenen Verwendungszweck einmal nicht geeignet, ist es sehr schwer, bei der Vielzahl unterschiedlicher Formate, Zinnauflagen, Rauigkeiten, Ölaufgaben und Passivierungen eine anderweitige Einsatzmöglichkeit zu finden.

Neben der Lösung von Werkstoff- und Verarbeitungsfragen befaßt sich die Kundenberatung mit der Klärung von Anfragen und Beantwortungen ebenso wie mit Verpackungsproblemen unserer Produkte; muß das Material doch nach langer Reise noch in Nord- oder Südamerika ebenso brauchbar sein wie im Mittleren Osten. Zwangsläufig ist diese Tätigkeit mit Reisen verbunden. Die Mitnahme von Proben und Untersuchungsmaterial verlangt in der Regel eine Fahrt mit dem Auto. Bis zu 1200 km, zwei Kundenbesuche mit Betriebsversuchen in einem 18-Stunden-Tag sind ebenso möglich wie eine Flugreise von 3½ Tagen in die Vereinigten Staaten zu einer Probeverarbeitung. Diese oft harte Arbeit wird belohnt, wenn es gelingt, mit dem Verbraucher mehr als Kontakt zu bekommen. Eine mit unseren Kunden in vielen Jahren guter Zusammenarbeit geschlossene Freundschaft bricht nicht beim ersten Sturm auseinander.

Gute Kenntnis der Weiterverarbeitungsanlagen der Stahlverbraucher spart Zeit und hilft bei vielen Entscheidungen. Nicht alle Materialeigenschaften sind meßbar oder in Normen festzulegen. Die Überlagerung einzelner Werkstoffeigenschaften und ihre Auswirkung auf die Produktion der Teile muß in Grenzfällen

Produktion während zahlreicher Kundenbesuche bekamen wir weitergehende Aufschlüsse über die Schwierigkeiten, und nach kritischer Auswahl unserer noch im Fertiglager stehenden Bleche gelang es, die Fertigung unseres Kunden wieder störungsfrei zum Laufen zu bringen. Erfahrung macht sich bezahlt. Ein Problem, das uns einmal über Wochen beschäftigte, kann im anderen Fall mitunter in einem kurzen Gespräch geklärt werden.

Die Arbeit der Kundenberatung wird mit den einzelnen Verkaufsabteilungen in Dortmund und den Hoesch Geschäftsstellen im In- und Ausland abgestimmt. Bei Kundenbesuchen treten Techniker und Kaufleute als eingespieltes Team auf. Jeder technischen Entscheidung folgt eine kaufmännische und umgekehrt. Zeiten des Stahlüberflusses im Markt wechseln mit Zeiten der Stahlverknappung. So stehen einmal qualitative Fragen und dann Terminprobleme im Vordergrund. Es zeichnet sich bei immer größer werdenden Produktionsanlagen für die Zukunft ab, daß Planungs- und Koordinationsabteilungen eine wachsende Bedeutung erlangen. In diesem Rahmen sieht die Kundenberatung auch weiterhin interessante Aufgaben auf sich zukommen.





Produktionsbetriebe Werk Union

Stahlwerk

	Anzahl der Öfen	Schmelzgewicht 200 t/Ofen	Kapazität 80 000 t/Monat
Siemens-Martin-Stahlwerk 1	4		

Walzwerke

Grobstraße

Halbzeugteil: 2x950 mm Duo-Reversiergerüste
Ballenlänge: 2500 mm
Kapazität: 50 000 t/Monat

Schwere Profile: 3x950 mm Duo-Reversiergerüste
Ballenlänge: 2500 mm
Kapazität: 35 000 t/Monat

Blockstraße

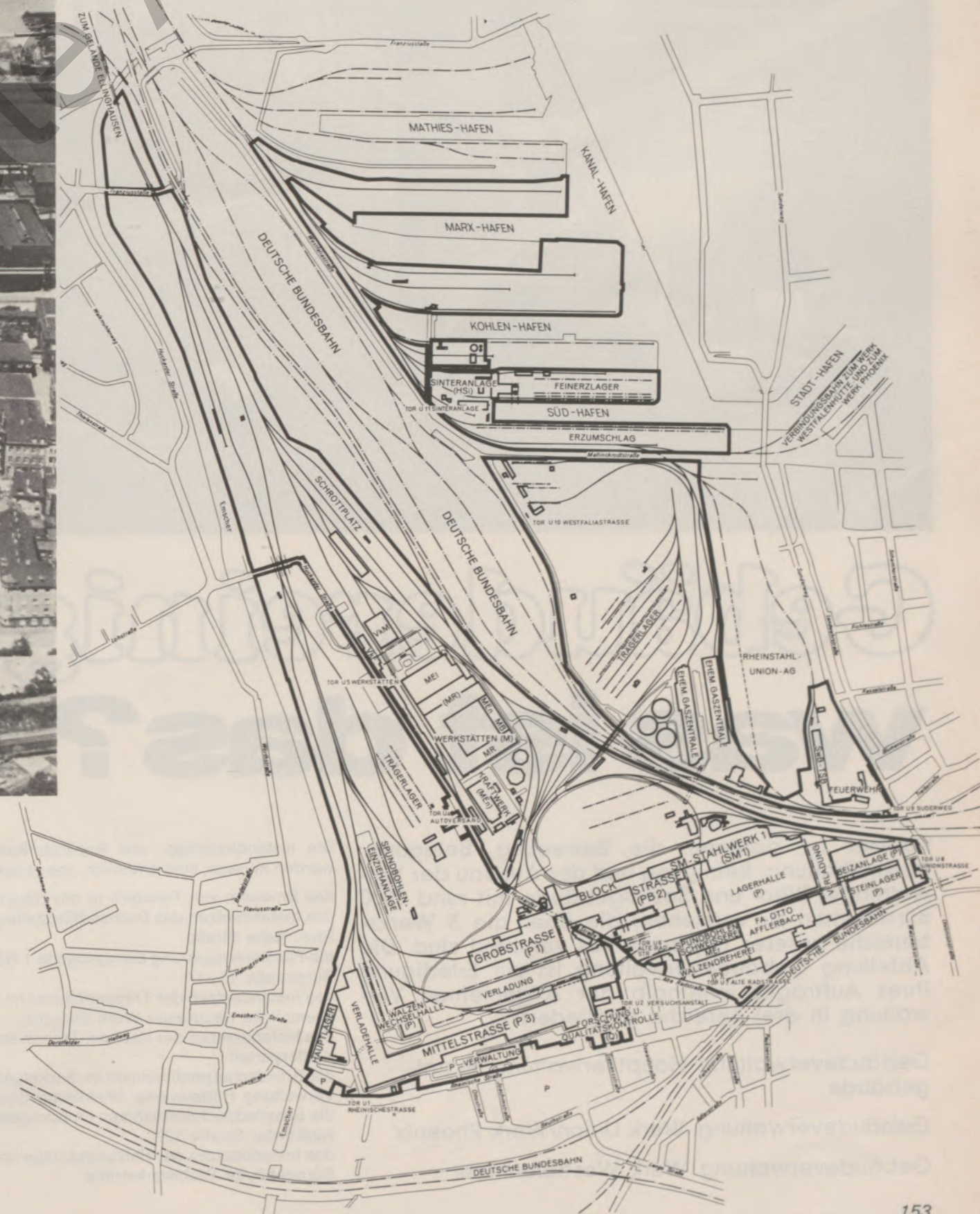
Reversier-Duo
Ballenlänge: 2850 mm
Kapazität: 100 000 t/Monat

Mittleisenstraße

650/550er Straße Duo-Zick-Zack
2 Konti-Staffeln mit je
1 Vertikal- und
3 Horizontal-Kontigerüsten
1 ausziehbare Mittelstaffel mit
1 Vertikal-(Stauch-) und 2 Horizontal-
Gerüsten sowie 1 ausziehbare Fertig-
staffel mit
2 Vertikal- und 2 Horizontal-Gerüsten
Kapazität: 60 000 t/Monat



WERK UNION



Schwierige Fensterreinigung im Werk Westfalenhütte, die von Hausmeister Willi Unger überwacht wird



Gebäudereinigung was ist das?

Konkret ist darunter die Betreuung, Belegung, Instandhaltung, Reinigung und der Ausbau der Verwaltungs-, Büro- und Sozialgebäude mit rund 3500 Büroräumen zu verstehen, die über die 3 Werksbereiche unseres Hüttenwerkes verstreut sind. Die Abteilung Gebäudeverwaltung ist zur Erledigung ihres Auftrages innerhalb der Allgemeinen Verwaltung in drei Bereiche gegliedert:

Gebäudeverwaltung Hauptverwaltung/Sozialgebäude

Gebäudeverwaltung Werk Union/Werk Phoenix

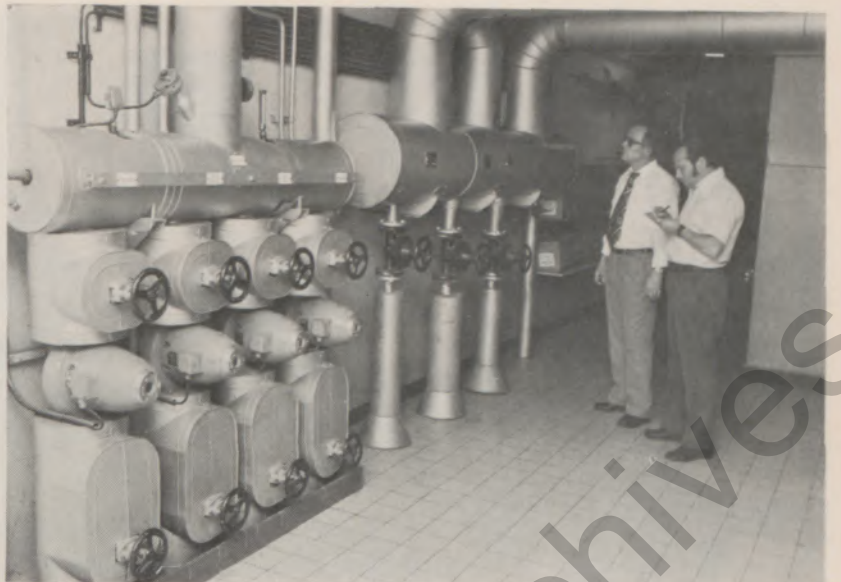
Gebäudeverwaltung Werk Westfalenhütte

Die Instandhaltungs- und Reparaturkosten, die jährlich aufgewandt werden müssen, sind erheblich, das zeigen einige Beispiele:

das Erneuern von Fenstern in der Hauptverwaltung	DM 65 000
das Instandsetzen des Daches Bürogebäude Rheinische Straße	DM 35 000
die Fenstererneuerung Bürogebäude 1 Hörder Burgstraße 15-17	DM 36 000
das Instandsetzen der Treppenhäuser im Bürogebäude ehemaliges Hauptlager Werk Phoenix	DM 15 000
das Instandsetzen der Kabinen-Trennwände im Kindergarten	DM 7 900
die Brandschutzmaßnahmen im Sockelgeschoß der Verwaltung Hüttenwerke Rheinische Straße	DM 23 000
die Schallschluckmaßnahmen im Bürogebäude 2 Huckarder Straße 137	DM 14 500
das Instandsetzen der Heizungsanlage im Bürogebäude Stahlwerkstraße	DM 16 000



1



2

Gleich wichtig neben der Erhaltung und Modernisierung der Anlagen ist ihre Reinigung. Rund 180 000 qm Bodenfläche müssen täglich gesäubert werden. Das entspricht dem Riesenausmaß von mehr als 28 nebeneinanderliegenden Fußballplätzen (420x420 m). Hinzu kommen 105 000 qm Glasflächen, die nach einem bestimmten Zeitplan geputzt werden. Es ist vom Arbeitsaufwand her nicht dasselbe, ob Büroflächen, Verkehrsflächen, Speiseräume, Küchen, Kantinen-, Boden-, Kellerräume oder Toilettenanlagen mit Nebenräumen gesäubert werden. Sie unterscheiden sich in der Art und dem Grad der Verschmutzung. Auch die Witterungsverhältnisse draußen haben einen wesentlichen Einfluß auf die Reinigungsintensität und -dauer. Eine Hausfrau kann beurteilen, welche Leistung dahintersteckt, um alles tipp-topp sauberzuhalten.

An dem Beispiel des Verwaltungsgebäudes der Hüttenwerke Rheinische Straße wird deutlich, welch guter Flächen- und Zeitplan vorgegeben sein muß, um in diesem Hause täglich nach Dienstschaft 7112 qm Bürofläche, 4613 qm Verkehrsfläche, 2223 qm Speisesaal, Küche, Kantine, Botenräume und Putzgelasse mit insgesamt 244 Räumen zu säubern, Keller und Dachgeschoß nicht eingerechnet. Hinzu kommen noch 992 Einzelfenster mit 5954 qm Fensterfläche. Daß der Reinigungsdienst nicht nur von werkeigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – trotz der Bereitstellung modernster Geräte und Hilfsmittel – bewältigt werden kann, ist klar. Deshalb liegt einem sinnvollen Plan der zusätzliche Einsatz von Reinigungsfirmen zugrunde.

Bei all ihren Planungen muß die Gebäudeverwaltung berücksichtigen, daß durch organisatorische Veränderungen erforderliche Großumzüge ganzer Abteilungen innerhalb der Verwal-



3

1 Ein Großumzug wird geplant, v. l. der Leiter der Gebäudeverwaltung Wilhelm Rützel, Gerd Panke und Herbert Betz, Gebäudeverwaltung Union und Phoenix

3 Hausmeister Hans Gohres an der Abfallanlage im Verwaltungsgebäude Rheinische Straße

tungsgebäude oder sogar der drei Werke stattfinden. Dann fällt ein Berg zusätzlicher Arbeit an, der oft nur durch geschickte Improvisation bewältigt werden kann. Die dann auftretenden Arbeiten und die damit verbundenen turbulenten Mitarbeitereinsätze können nur durch die Mithilfe werkseigener Reparaturhandwerker und Werkstätten sowie – falls erforderlich – von Umzugsfirmen geschafft werden. „Wie die Feuerwehr“ sind sie dann zu jeder Tages- und Nachtzeit einsatzbereit, auch um unerwartet auftretende Schäden zu beheben.



4

2 Die Hausmeister Heinz Schlüchting und Paul Grabowski in der Heizzentrale des Hauptverwaltungsgebäudes Eberhardstraße

4 Haushandwerker Ernst Wollenhaupt mit Hausmeister Willi Rachuta bei der Reparatur eines Bürostuhles

5 Der Hausmeister Heinz Rütters und Willi Rachuta beim Aufmaß von Reinigungsflächen

Für die Gebäudeverwaltung ist es verständlich, daß alle Anforderungen als dringend notwendig begründet werden, trotzdem prüft und wertet sie nach dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit den Einsatz der Mittel. Das gilt für die gesamten Aufgaben der Instandhaltung und Reinigung. Hier prüft sie in Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen die Möglichkeit kostengünstigerer Lösungen. Das gilt gleichermaßen für die Ausstattung von Büroräumen und Arbeitsplätzen, für die der Vorstand Richtlinien herausgegeben hat, nach denen zu verfahren ist.

5





Betriebsräte-Seminar an der Universität Bochum

Vom 10. bis 14. September fand an der Uni Bochum ein Betriebsräte-Seminar mit dem Thema „Sozialgesetzgebung in der BRD und ihre Vorgeschichte“ statt, in gemeinsamer Trägerschaft der IG-Metall, Ortsverwaltung Dortmund, der Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben (VHS/DGB Dortmund) und eines Teams junger Historiker, Juristen und Ökonomen der Ruhr-Universität.

Die ersten Kontakte zwischen den Dortmunder Gewerkschaftern und der Bochumer Uni gehen auf den Herbst 1972 zurück. Auf Initiative von Arbeitsdirektor Dr. Sieber und Professor Hans Mommsen (Ruhr-

Universität) wurden damals, im Rahmen eines Einführungslehrgangs für neugewählte Vertrauensleute der IG Metall, Verwaltungsstelle Dortmund, von einer Gruppe Bochumer Studenten und Assistenten historische Probleme der Arbeiterbewegung vorgestellt und gemeinschaftlich diskutiert.

Diese Kontakte zwischen der Arbeitsgruppe Uni Bochum und der IG-Metall-Verwaltungsstelle wurden in der Folgezeit laufend vertieft und führten zu diesem Wochenseminar, das erstmals 22 Betriebsratsmitglieder und Vertrauensleute – überwiegend der Hoesch Hüttenwerke – mit der

Ruhr-Universität, die sich ja als Arbeiter-Universität versteht, in nähere Berührung brachte.

Eine wichtige Erkenntnis war nach übereinstimmender Meinung der Teilnehmer, daß der Rückblick auf die Geschichte und die traditionellen Probleme der Arbeiterbewegung ein besseres Verständnis zur Bewältigung aktueller gewerkschaftlicher und innerbetrieblicher Fragen ermöglicht. Darüber hinaus wurde es als sehr positiv empfunden, daß es keinerlei Verständigungsschwierigkeiten – auch sprachlicher Art – zwischen den Gewerkschaftskollegen und den Referenten der Uni gab. Außerhalb

der eigentlichen Seminarstunden wurde die Gelegenheit genutzt, die jeweiligen beruflichen, sozialen und politischen Probleme mit anderen Gruppen zu diskutieren und verstehen zu lernen. Ein sehr wesentlicher Beitrag, um bestehende Vorurteile abzubauen. Dieses Seminar hat über den Rahmen der IG-Metall-Ortsverwaltung und der VHS Dortmund sowie der Uni Bochum hinaus ein positives Echo gefunden. Es wäre zu wünschen, daß auch an der neu entstehenden Gesamthochschule Dortmund die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen betrieblichem und universitärem Sektor genutzt werden.

Tag der offenen



Tür

Luwasa-Hydrokultur war am „Tag der offenen Tür“ in unseren Gärtnereibetrieben des Werkes Phoenix wieder ein ganz großer Schlager für die vielen Besucher, die es sich nicht haben nehmen lassen, an dem schönen Septembertag herauszukommen. Auf unserem Bild erklärt Kurt Hoppe den Interessenten, was es

mit den „Blumen ohne Erde“ eigentlich auf sich hat. Inzwischen gibt es schon weit über den Dortmunder Raum hinaus Hydrokulturen. Nicht nur in privaten Haushalten, sondern auch in Betrieben und öffentlichen Einrichtungen. Geeignete Aufstellplätze für die Kulturen sucht der Leiter unserer Gärtnereibetriebe, Willi Hartmann, jeweils gemeinsam mit dem Besteller aus. Er berät auch auf Grund langjähriger Erfahrung über Größe, Farbe und Ausstattung der Kulturen und veranlaßt den regelmäßigen Kundendienst, so daß der Aufsteller keinerlei Arbeit hat. Ihm und seinen Besuchern bleibt der Vorzug immerwährender Freude an blühenden Blumen und gepflegter Bepflanzung. Des großen Erfolges wegen werden im Mai kommenden Jahres erneut Türen und Tore unserer Gärtnereibetriebe interessierten Besuchern offenstehen.

- > **Werner Filbrand**, Elektrotechnischer Betrieb Phoenix, Kosten-senkung an Kran E 21 und 22. Aufgrund des Vorschlages werden Kosten eingespart.
- > **Heinz Schönhense**, Walzwerke Phoenix, Rollen tiefer aus-drehen. Der Vorschlag verbessert den Arbeitsablauf.
- > **Karl Knappmann**, Walzwerke Phoenix, Lagerung von Lauf-schienen. Durch Verwirklichung des Vorschlages wird der Arbeitsablauf verbessert.
- > **Christian Foschepoth**, Stahlgießerei Phoenix, Gefahrenstelle beseitigen. Der Vorschlag erhöht die Arbeitssicherheit.
- > **Hans Omilian**, Walzwerke Phoenix, Schranke am Hallen-eingang anbringen. Der Vorschlag erhöht die Arbeitssicherheit.
- > **Harald Ziervogel**, Mechanischer Erhaltungsbetrieb Phoenix, Seiltrommel mit Federzug anbringen. Der Vorschlag erhöht die Arbeitssicherheit.
- > **Hubert Ohlendorf**, Block- und Profilwalzwerke Union, einen zusätzlichen Haken anbringen. Der Vorschlag erhöht die Arbeitssicherheit.
- > **Richard Schmidt**, Mechanischer Erhaltungsbetrieb Union, Beschickung der Ofenschmelze mit Erz. Der Vorschlag erhöht die Arbeitssicherheit und erleichtert die Arbeit.
- > **Herbert Betz und Johannes Gohres**, Allgemeine Verwaltung Union, Verbesserung an der Papiersortiermaschine. Der Vor-schlag dient der Kostenverbesserung.
- > **Ewald Groß**, Allgemeine Verwaltung Union, Ampelanlage an der Königsberger Brücke. Der Vorschlag erhöht die Arbeits-sicherheit.
- > **Fritz Hombeck**, Verkehrsbetriebe Westfalenhütte, Gleis-anlage im Bezirk 5 aufnehmen. Der Vorschlag dient der Kostenverbesserung.
- > **Paul Grabowski**, Allgemeine Verwaltung Westfalenhütte, Ver-längerung der Leitungsschnur. Aufgrund des Vorschlages werden Kosten eingespart.
- > **Harry Oesterhaus**, Verkehrsbetriebe Fahrbetrieb Westfalen-hütte, Gabelsicherung an Drehwerkstaplern. Der Vorschlag erhöht die Arbeitssicherheit.
- > **Karl Schäfers**, Feinstraße Westfalenhütte, Numerierung der Kontakte der Vorziehenanlage. Durch Verwirklichung des Vor-schlages wird der Arbeitsablauf verbessert.
- > **Manfred Gillert**, Mechanischer Erhaltungsbetrieb Westfalen-hütte, Ausbauwerkzeug zum Ein- und Ausbau der Kammrollen. Der Vorschlag erhöht die Arbeitssicherheit und erleichtert die Arbeit.
- > **Walter Kramer**, Kaltwalzwerk Westfalenhütte, Blechwanne zur Aufnahme von Öl anfertigen. Der Vorschlag erhöht die Arbeits-sicherheit.
- > **Volker Stern**, Verkehrsbetriebe Fahrbetrieb Westfalenhütte, Änderung der Traverse. Der Vorschlag dient der Kosten-verbesserung und erleichtert die Arbeit.
- > **Klaus Stahn**, Maschinenbetriebe Reparaturwerkstätten West-falenhütte, Verbesserung der Gehänge. Aufgrund des Vor-schlages wird die Arbeitssicherheit erhöht und die Arbeit erleichtert.
- > **Hans Danneberg**, Energiebetriebe Westfalenhütte, Verbreite-rung der Hildastraße. Der Vorschlag erhöht die Arbeits-sicherheit.
- > **Reinhard Amedick**, Elektrotechnischer Betrieb Westfalenhütte, Änderung der Schaltung. Aufgrund des Vorschlages wird die Arbeit erleichtert.

DER KLUGE MANN SCHLÄGT VOR



Nicht den Kopf in den Sand stecken

Dieses Bild, es zeigt mitnichten jemand, der die Erdschichten untersucht, um diese Breiten geologisch neu zu deuten ...

Nein, dies ist ein Mensch, der eben (wie das manchmal ist im Leben) vor Problemen, die ihn jagen, ihm bedrücken Herz und Magen, einfach ist davongerannt und den Kopf steckt in den Sand.

Nun denkt er wie Vogel Strauß:

Hier halt ich es lange aus.

Die Probleme sind vergessen.

Mir geht's gut infolgedessen.

Merke:

Weit gefehlt, die Schlote, Essen rauchen weiter fort indessen, die Probleme, lieber „Strauß“, wachsen über dich hinaus. Darum zieh den Kopf heraus. Überleg mit Energie, dann wirst du sicher wissen, wie du Probleme könntest lösen. Du bist frei ... und kriegst noch Spesen.

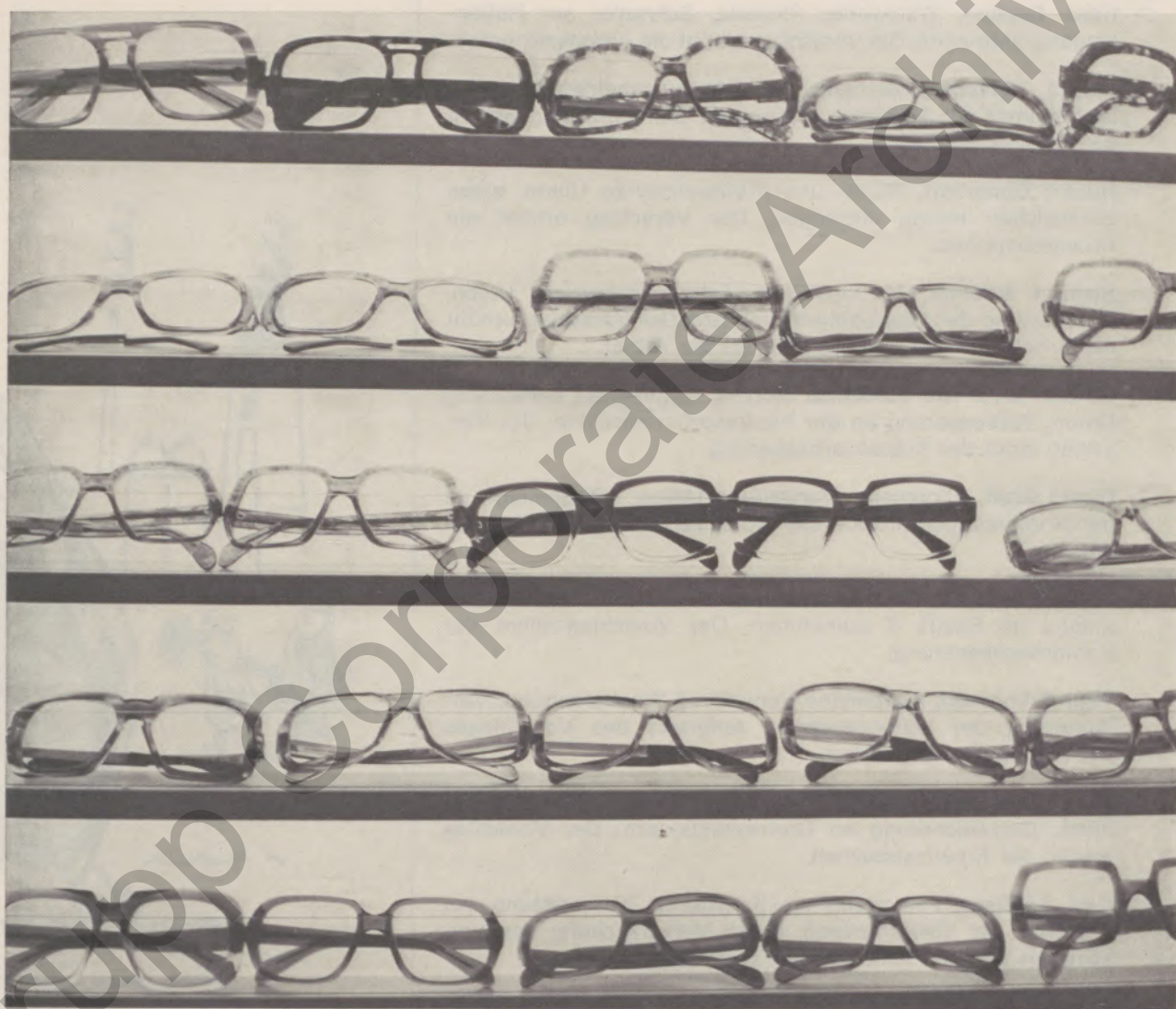
Und wo bleibt Dein Vorschlag? Überall hängen unsere Briefkästen!

Die Anschrift:
Betriebliches Vorschlagswesen



Der Sicherheitsingenieur

**Das
muß
ins
Augen
gehen!**



Als einen „dramatischen Appell“ wollte Professor Dr. Herbert Schöber kürzlich auf einer Pressekonferenz des Deutschen Grünen Kreuzes die Bekanntgabe der Tatsache verstanden wissen, daß 7 Millionen von den 19,8 Millionen Beschäftigten unserer gewerblichen Wirtschaft an Sehfehlern leiden oder unzureichende Brillengläser tragen. Von ihnen wissen 5 Millionen sogar, daß die Brillengläser nicht mehr stimmen oder daß sie eigentlich einmal ihre bislang nicht überprüften Augen einer Untersuchung unterziehen lassen sollten. Diese erschreckende Feststellung ist nicht aus der Luft gegriffen. Das Institut für Demoskopie in Allensbach hat in einer Repräsentativ-Erhebung exakt ermittelt, wie es um das Sehvermögen von Arbeitern und Angestellten, von jung

und alt in Industrie und Handwerk steht. Und die Reihenuntersuchungen bei 30 000 Arbeitnehmern der BASF, eine wissenschaftliche Arbeit der Universität München in Form von Augenuntersuchungen bei 10 000 Arbeitern verschiedener Betriebe, vor allem aber die Jahresberichte 1973 von vier Berufsgenossenschaften mit systematischen Sehtest-Aktionen in den ihnen angeschlossenen Betrieben bestätigen, was die Meinungsforscher auf ganz andere Weise herausgefunden haben. Es wurden Sehfehler bei 30 bis 60 Prozent aller Belegschaftsangehörigen — allein schon mittels dieses Grobtestverfahrens — herausgefunden. Was aber ist zu tun? Dr. Schöbers Appell richtete sich zunächst an jeden einzelnen Mitbürger, in eigener Verantwortung etwas zur

Verbesserung seiner Lebensqualität zu tun. Denn diese setzt gutes Sehen voraus. Wenn immerhin 36 Prozent der befragten Arbeitnehmer Vorsorgemaßnahmen ihrer Betriebe im Hinblick auf das Sehvermögen wünschen, dann ist damit bewiesen, daß eine starke Gruppe unter den Beschäftigten sich einsichtsvoll zeigt. Wo immer Leih-Sehtestgeräte in Betrieben eingesetzt wurden, lag die Beteiligung an den freiwilligen Sehtests sogar zwischen 65 und 75 Prozent. Eigenes Leben und Wohlbefinden, eigene Sicherheit und die Sicherheit der Mitwelt, berufliches Fortkommen und Zufriedenheit mit der beruflichen Arbeit, die Qualität der Produkte hängen von der Leistung des Sehorgans ab. Mit so vielen Sehfehlern wie bisher muß in Zukunft noch vieles ins Auge gehen.

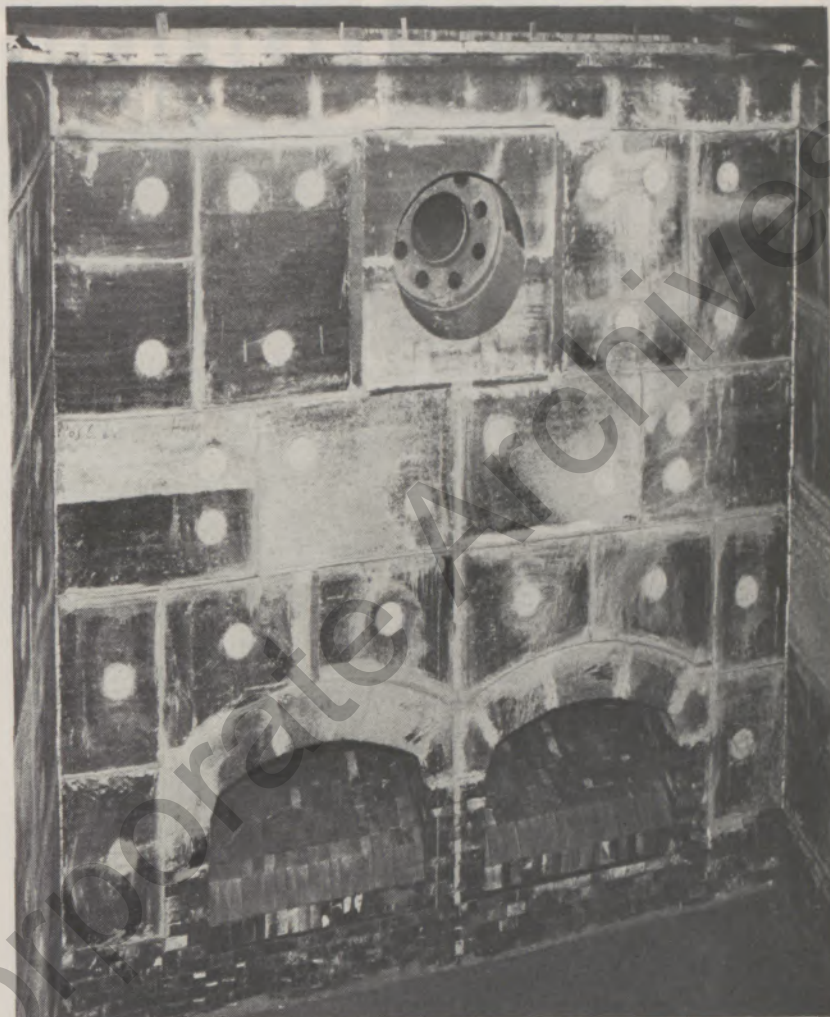
AUFGEPIESSTES

Schule, Sport und Kennenlernen heißt es für unsere neuen gewerblich Auszubildenden im Schulungslager Inzell. Hier nehmen sie erwartungsfroh und gut gelaunt Abschied von ihren Angehörigen auf dem Dortmunder Hauptbahnhof.



Blick in einen der neu erbauten Tiefofen für die Blockbrammenstraße F 1 Phoenix. Oben ist der Gichtgasbrenner zu sehen, darunter die beiden Rauchgasabzüge.

Die Tiefofenkammer ist mit Feuerfest-Fertigteilen ausgekleidet. Die einzelnen Fertigteile werden durch die Haltesteine gehalten (weiße Punkte), die am Ofengehäuse befestigt sind.



Neue Kindergeldregelung!
Das Kindergeld beträgt ab 1. Januar 1975 monatlich

50,— DM für das erste Kind,
70,— DM für das zweite Kind,
120,— DM für das dritte und jedes weitere Kind.

Mittel- und langfristige Rohstoffversorgung

Im Mittelpunkt einer Reise, die die Herren van Royen, Dr. Schmithals und Möckel nach Brasilien unternahmen, stand die mittel- und langfristige Rohstoffversorgung. Die Herren Möckel — der in der Koordinationsgruppe Stahl für den Rohstoffeinkauf zuständig ist — und Dr. Schmithals hatten dabei Gelegenheit, auch mit dem brasilianischen Minister für Rohstoff- und Energiefragen, Herrn Dr. Ueki, zu sprechen. Der Minister bekräftigte den Wunsch seines Landes, die Geschäftsverbindung zu ESTEL zu entwickeln und schilderte aus der Sicht Brasiliens die von den Energiemärkten ausgehenden Probleme.

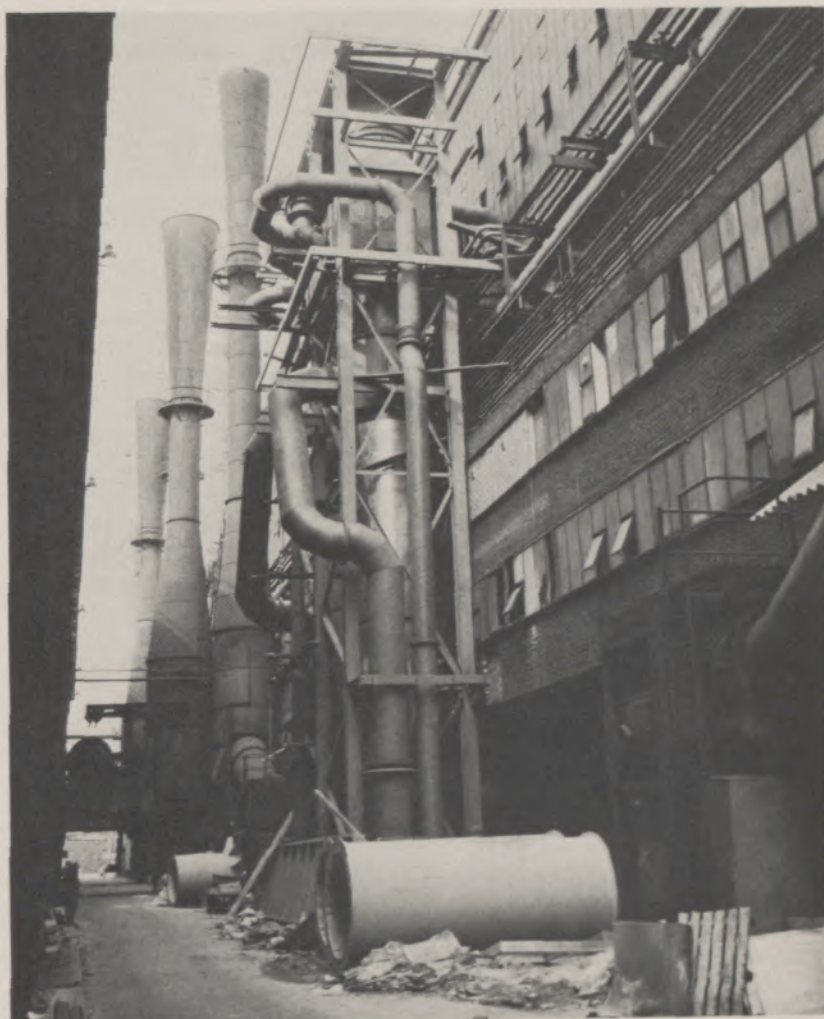


Johannes Hoischen, ehemaliger Leiter der Pressestelle und des Besuchswesens der Hoesch Hüttenwerke AG, feierte seinen 70. Geburtstag.

Freunde und Kollegen beglückwünschten ihn aus diesem Anlaß; Bundesminister Walter Arendt und Oberbürgermeister Günter Samtlebe gehörten zu den Gratulanten.

Für die beiden neuen Öfen der Blockbrammenstraße ist je ein Strahlungsrekuperator (Luftvorwärmung), ein Gichtgasrekuperator sowie ein Gichtgastrockner (Gasvorwärmung) gebaut. Auf die im Vordergrund des Bildes zu sehenden Rekuperatoren werden noch die Kamine montiert, die bereits in einzelnen Schüssen im Baustellenbereich liegen.

Im Hintergrund stehen 3 Kamine der alten Armco-Tiefofenanlage.





Das Gesundheitsamt

In Dortmund beheimatet

An dieser Stelle wollen wir Einrichtungen der Kommune, des Landes, des Bundes oder andere Institutionen vorstellen, die in unserer Stadt beheimatet sind und mit denen die Hoesch Hüttenwerke AG oder ihre Belegschaftsmitglieder Berührungspunkte haben.



Professor Dr. Dr. Hans Hompesch,
Leitender Städtischer Medizinaldirektor

Anlaß zur staatlichen Betätigung auf dem Gebiet des Gesundheitswesens waren die in den vergangenen Jahrhunderten immer wieder auftretenden Seuchenepidemien (Pest, Pocken usw.). Da der einzelne gegen solche Erkrankungen machtlos war, entwickelte der Staat Maßnahmen gegen die Verbreitung ansteckender Krankheiten. Das Eingreifen des Staates in das Gesundheitswesen hatte auch noch einen anderen Grund. Seitdem man erkannt hatte, daß „Arbeit“ zu den volkswirtschaftlichen Produktionsmitteln gehörte, war man darauf bedacht, sie so gut und so lange wie möglich zu pflegen und zu erhalten; denn dieser Produktionsfaktor ist nur so groß wie die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit der arbeitenden Menschen. Heute kennen wir bei uns keine Epidemien mehr. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist erheblich gestiegen. Sie liegt heute bei über 70 Jahren. Das ist u. a. zurückzuführen auf das in den vergangenen Jahren entwickelte und heute gut funktionierende öffentliche Gesundheitswesen.

Welche Möglichkeiten hat nun das Gesundheitsamt, in die gesundheitliche Vorsorge und Fürsorge für die Menschen einzugreifen?

Schon vor der Geburt können die werdenden Mütter in entsprechenden Kursen, die das Gesundheitsamt in Zusammenarbeit mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege, dem Deutschen Roten Kreuz und der Städtischen Frauenklinik durchführt, auf den Tag der Niederkunft und die Zeit nach der Geburt des Kindes vorbereitet werden. — Schon bald nach der Geburt erhält die Mutter eine Einladung zum Besuch der in der Nähe des Wohnorts gelegenen

Mütterberatungsstelle. Dort wird die Entwicklung des Säuglings unter fachkundiger Aufsicht von Ärzten beobachtet. Im gesamten Stadtgebiet werden 65 Mütterberatungsstellen unterhalten. Während der Besuch der Mütterberatung freiwillig ist, tritt das Gesundheitsamt etwa ein halbes Jahr nach der Geburt des Kindes an die Eltern mit der ersten gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahme heran; es ist die Aufforderung zur Pockenschutzimpfung. — Aber auch eine Reihe freiwilliger Impfungen werden für den heranwachsenden Menschen angeboten und empfohlen, Impfungen gegen Tuberkulose, Keuchhusten, Diphtherie, Wundstarrkrampf und nicht zu vergessen die Schluckimpfung gegen Kinderlähmung.

Als weitere Station ist die ärztliche Untersuchung unmittelbar vor Eintritt in die Schule, die sogenannte Lernanfängeruntersuchung, zu nennen. Hier wird festgestellt, ob das einzuschulende Kind den Anforderungen in geistiger und körperlicher Hinsicht gewachsen ist.

Während der gesamten Schulzeit werden die Schülerinnen und Schüler noch zweimal durch einen Arzt des Gesundheitsamtes untersucht, einmal als 10jähriges Kind etwa im 4. Schuljahr und zum letztenmal etwa als 14- oder 15-jähriges Kind im 8. oder 9. Schuljahr. Beide Untersuchungen dienen ebenfalls der Kontrolle der körperlichen und geistigen Entwicklung des Kindes. Werden bei einem jungen Menschen gesundheitliche Mängel festgestellt, wird auf Veranlassung des Schularztes eine fachärztliche Behandlung eingeleitet. Bei schweren körperlichen oder geistigen Schä-

den übernimmt das Gesundheitsamt die Betreuung in den Fürsorgestellen für Körperbehinderte oder Nervöse und seelisch Kranke. — In drei weiteren Fürsorgestellen werden Alkoholranke, Drogenabhängige und an Tuberkulose Erkrankte beraten und betreut. Diese fünf Fürsorgestellen sind nicht nur für junge, sondern auch für ältere Menschen da. — Neben den schulärztlichen Maßnahmen werden die Kinder und Jugendlichen vom dritten Lebensjahr an bis zur Schulentlassung durch die Abteilung für Jugendzahnpflege betreut, indem sie jährlich einer zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchung unterzogen werden. Auch in vielen anderen Fällen tritt das Gesundheitsamt in Aktion, selbst wenn dies nicht für jedermann erkennbar ist. Hierzu gehören:

> Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung gemeingefährlicher und übertragbarer Krankheiten (z. B. Pocken, Scharlach, Diphtherie, Gelbsucht);

> Überwachung der Krankenhäuser, Anstalten und Einrichtungen des Gesundheitswesens und der Medizinal- und Medizinalhilfspersonen (Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Hebammen, Heilpraktiker, Kranken- und Kinderkrankenpflegepersonen, Masseur, medizinische Bademeister usw.);

> Orts- und Wohnungshygiene, Rauch-, Ruß- und Lärmbelästigung, Leichenwesen, Gewerbe-, Nahrungs- und Genußmittelhygiene, Krankentransport- und Rettungswesen.

Durch eine weitere Abteilung werden geschlechtskranke Personen überwacht und betreut.

Das Gerichtsmedizinische Institut führt gerichtlich angeordnete Leichenöffnungen durch. Hierbei handelt es sich um solche Fälle, bei denen die genaue Todesursache nicht festgestellt wurde (auch bei Morden).

Im Hygiene-Institut und Medizinaluntersuchungsamt werden menschliche Stoffe (Blut, Urin, Sputum, Stuhl) auf Veränderungen bzw. Krankheitserreger untersucht. Aber auch die Bodenverhältnisse und das Wasser, insbesondere das Trinkwasser, ferner Trinkwasseranlagen und das Wasser der Badeanstalten unterliegen der hygienischen Kontrolle.

Die Desinfektionsanstalt führt Entseuchungen und Entwesungen, von Räumen und Sachgütern und Schädlingsbekämpfung durch. Sie tritt insbesondere in Erscheinung, wenn Menschen an übertragbaren Krankheiten erkrankt sind, indem sie die Wohnungen desinfiziert. Diejenigen Personen, die Pakete in die DDR versenden wollen, müssen die Desinfektionsanstalt in Anspruch nehmen, weil innerhalb der DDR Pakete nur mit einer amtlichen Desinfektionsbescheinigung befördert werden.

Eine ganz wichtige Abteilung ist die Chemische Untersuchungsanstalt. Sie kontrolliert in erster Linie Lebensmittelproben, die durch Dienstkräfte der Stadt Dortmund nach einem bestimmten Plan eingekauft werden. Aber auch die von der Polizei eingereichten Blutproben werden auf Alkoholgehalt untersucht.

Dem Gesundheitsamt sind zwei Ausbildungseinrichtungen angegliedert: die Lehranstalt für pharmazeutisch-technische Assistenten(innen) und die Lehranstalt für medizinisch-technische Assistenten(innen).

DER DORTMUNDER AGENT UND SEINE ZEIT



wiederentdeckt von Horst Mönnich

Ein Museumsdirektor, die Leihbibliothek und der Mann im Havelock

*Wichtig für alle Freunde
von Karlchen Richter...*

Vom 8. bis 25. Oktober 1974 ist in der Schließfachhalle der Stadtsparkasse Dortmund, Kampstraße 43, eine Ausstellung zu sehen, die das Bild des Dortmunder Agenten und seiner Zeit abrundet. Die Ausstellung ist montags bis freitags von 7.30 bis 19.00 Uhr geöffnet und samstags von 9.00 bis 13.00 Uhr.

Im Walter Rau Verlag, Düsseldorf, erscheinen zugleich die Aufzeichnungen Karlchen Richters in Buchform unter dem Titel „Horst Mönnich – Ein Dortmunder Agent“. Das Buch kostet 30 DM.

„Ich sah ihn einmal nachts eine ganze Korona von Spießbürgern unter den Tisch trinken und dann aufrechten Hauptes mit dem Baron von Romberg nach Brüninghausen fahren, wo er im Teiche ein erfrischendes Bad nahm und dem Baron einen wertvollen Rokokoleuchter abknöpfte, mit dem er früh morgens wieder in Dortmund ankam...“ – erinnert sich der Agent am Schluß seiner Aufzeichnungen. Der staunenswerten Ungeheuerlichkeit, daß es jemand gäbe, der den listenreichen Lügenbaron noch überbieten könnte, entspricht auch die mit groben Pinselstrichen umrissene physische Natur von Albert Baum: vierschrötig, blonder Cheruskerbart im unwahrscheinlich breiten Gesicht – so breit wie das Panorama der vereinigten Schlachten um Metz, so daß man unwillkürlich die Angst bekam, den eigenen Hut mit dem seinen zu vertauschen, da man ohne Gnade darin versaufen müßte. Und entsprechend fällt auch die Antwort aus, die Franz Willich gibt, als der Agent ihn fragt: Wer ist dieser Mensch? Willich: „Er macht die Leute betrunken, dann pumpt er sie an; gestern hat er auch mich wieder vollgemacht und dann fünfhundert Mark aus mir herausgequetscht.“ „Und wofür?“ „Er

kauft Kunstsachen für das Geld.“ „Kunstsachen auf Pump? Was ist er von Beruf?“ „Zeichenlehrer!“ „Aber da müßte ja die Oberschulbehörde eingreifen!“ „Das hat sie bereits getan. Sie hat ihn entlassen.“

Und tatsächlich: es stimmt. Aber, beeilt sich der Agent berichtend hinzuzufügen (und man sieht ihn dabei schmunzeln): Entlassen in allen Ehren. Damit nämlich der obskure Mensch ganz offiziell die Leitung eines Unternehmens übernehmen konnte, das allein auf seiner fixen Idee stand: den Dortmundern ein eigenes Museum zu schaffen.

Er machte die Bauern betrunken

Bei der Schilderung der ersten kümmerlichen Entwicklung Roms soll ein römischer Schriftsteller ausgeufen haben: „So schwer war es, das römische Reich zu gründen!“ Nicht anders, meint der Agent, aber erging es dem Zeichenlehrer Baum mit seinem verrückten Plan eines Museums im Kopf, das in der Welt der Altertümer seinen beachtlichen Platz finden könnte. Weswegen er denn, mit einem blauen Kittel angetan, landauf, landab alle westfälischen Gemarkungen bereisend, durch die Dörfer zog, um – sie auszubaldowern. Hier den Hausierer, dort den Schweinehändler und Aufkäufer spielend, machte er die Bauern betrunken, klopfte mit ihnen

Skat, überschrie sie mit seiner Stenortstimme in den Kneipen, hielt ihre Kinder übers Taufbecken, führte die Braut zur Kirche – bis er schließlich einen wunderbar geschnitzten eichenen Schrank gegen das Versprechen ausgehandelt hatte, ihnen dafür einen hochmodernen Schrank in die Stube zu stellen, damit es bei ihnen auch ein bißchen anständig aussähe. Dann fuhr er nach Dortmund, kaufte in einem Möbelmagazin für 60 Mark einen lackierten Schrank, gab ihn als Stückgut auf die Bahn, nahm ihn an der Endstation in Empfang und karnte ihn persönlich dem verdutzten Bauern ins Haus, worauf er mit dessen verstaubtem, verschmutztem und vermorschtem eichenen Schrank abfuhr, der bald in voller Pracht im Museum glänzte und den runden Wert von 15 000 Mark präsentierte.

So kamen die wunderbaren westfälischen Bauernstuben im obersten Stockwerk des Baumschen Museums zustande – mit natürlichen Dielen, Decken, Fenstern und Fensterbekleidungen, alles direkt vom Lande geholt, was kein anderes Museum der Welt – damals – aufzuweisen hatte.

Einmal traf der Agent den verrückten Zeichenlehrer im Osnabrückischen. Er saß auf einer Leiter vor einem alten Bauernhaus hoch oben, und was tat er? Er sägte. Sägte das ganze eichene Giebelfenster mitsamt der Holzverkleidung rundherum eigenhändig heraus. Zuvor hatte er den Eigentümer unter Spiritus gesetzt,

ihm einredend, er werde den Giebel ausmauern lassen, wodurch das Haus halbmassiv würde und billiger in der Feuerversicherung zu stehen käme. Dann lud er sein Giebellfenster auf einen Leiterwagen, stieg auf den Bock, ergriff die Peitsche und fuhr mit seinem Schatz nach Dortmund, wo die Museumskommission einen großen Schrecken bekam, weil sie mit den Baumschen Schätzen nicht mehr ein noch aus wußte. Denn ebenso wie die Bauerndörfer durchkämte Baum auch die westfälischen Adelssitze, die Klöster, die Kirchen. Und dachte Tag und Nacht an sein Museum und sprach über nichts anderes. Trotz mancherlei Irrungen fand er sich so in alle Kunstgebiete ein, die ihm ursprünglich ganz fremd waren. James Watt, einst befragt, wie er zu seiner Dampfmaschine gekommen sei, erwiderte: Weil ich immer daran dachte. Nicht anders, meint der Agent, war das bei Baum, der bald nicht nur eine großartige keramische Sammlung, eine das Entzücken aller Kenner hervorrufende Fliesen- und Ziergläser-sammlung, desgleichen eine Münzsammlung, die sich sehen lassen konnte in Europa, beisammen hatte, sondern bei seinen Ausgrabungen an der Lippe auf eine bis dahin fast völligunbekannterömischeSiedlungskultur stieß. Mit einem Sack über den Rücken und der Schippe unterm Arm zog er sonntags früh los und buddelte und bohrte im Lippesande nach seinem Alisolager umher, das er da schon im Geiste erschaute, und der wanderfreudige Agent setzte sich manchmal ein Stündchen neben ihn, wenn er schweigend grub, und sah ihm zu. Spät abends, wenn Baum mit dem vollen Sack in der „Krone“ ankam, um noch einen Schlummertrunk zu tun, blickten die vornehmen Stammgäste gering-schätzig auf ihn herab und fragten dann wohl auch: „Wer hat Ihnen denn im Münsterlande den Sack zur Bahn getragen?“ „Dafür habe ich einen bestimmten Mann“, erwiderte Baum. „Am Sonntag, im heiligen Münsterlande?“ „Doch, doch, ich habe einen Mann dafür, der tut es, und er muß es tun. Gute Nacht.“ Dieser Mann war nämlich er selbst.

„Wenn du sein Grabmal suchst, blicke um dich“

Einmal, in der Wirtschaft Meermann in den Rieselfeldern, wo der Agent gerade Spargel mit Schinken aß, drang Baum, im blauen Kittel und aufgeregt, wie er immer war, mit einer verrosteten und verbogenen Stange auf ihn ein: „Was ist das?“ wollte er triumphierend wissen. „Ein pensioniertes Schüreisen“, erwiderte der Agent. „Ein Pilum!“ schrie Baum, „ein echtes römisches Pilum! Ach, Sie wissen gar nicht, was das ist!“ „Nein!“ versetzte der Agent und steckte einen langen Spargel in den Mund. „Passen Sie auf“, sagte Baum, „nehmen Sie mal dieses Kaffeebrett und halten es wie einen Schild vor sich. Sie sind ein Gallier, und ich bin ein Römer. Nun steche ich mit dem Pilum in der linken Hand in Ihren Schild hinein, reiße ihn von Ihrem Körper weg und versetze Ihnen mit dem Schwerte in der Rechten einen tödlichen Hieb auf das ungedeckte Haupt. Sehen Sie,

dazu war das Pilum da!“ Und damit hieb der verrückte Forscher mit seiner Schaufel über das Kaffeebrett hinweg nach dem Agenten, der behauptet, nur durch geschicktes Ausweichen, wie es seinem Berufsstande eigen ist, damals seinen Kopf gerettet zu haben.

Der blaue Kittel – machte er es, weshalb die Anerkennung Baums in Dortmund zu wünschen übrig ließ? Wohl hielt ihm Schmieding, der Bürgermeister, die Hand über den Kopf, die Mehrzahl der Stadtväter aber dachte gering von den Ausgrabungeh und gab nur widerwillig Geld dafür her. Baum mußte um jede Mark betteln und kämpfen – bei Majoliken, die er auf Pump für 300 Mark erwarb (und die Kenner auf 10 000 Mark schätzten), und Rembrandtschen Stichen, für die man bereits Hunderte von Mark zahlte, als Baum sie für zwanzig erstand. Wohl sagte man: ein tüchtiger Mann!, aber sagte es, wie man einen Bierwirt lobt, der einem ein großes Beefsteak mit viel Bratkartoffeln vorsetzt. Und weshalb? Der Agent wußte es. Baum hatte kein akademisches Biergetrunken, war einfacher Volksschullehrer gewesen, das war der Haken, und deswegen und weil er nicht liebedienern konnte und wollte, ist er auch kein Professor geworden, stand auch mit seinem Gehalt immer unten an in der Reihe der höheren städtischen Beamten, hatte auch keinen wissenschaftlichen Assistenten mit 400–500 Mark Gehalt und machte alles selbst. Sogar seine Kataloge. Bei Millionenwerten, die er für die Stadt Dortmund zusammenschleppte. Doch wie – schließt der Agent dieses Kapitel ab – steht in der Paulskirche in London auf dem schmucklosen Grabstein ihres Erbauers geschrieben? „Si Monumentum requiris, circumspice!“ – Wenn du sein Grabmal suchst, blicke um dich.“ – Er konnte nicht wissen, daß Baums Denkmal, bis auf kümmerliche Reste, nicht bis „in ferne Zeiten“, wie er hoffte, hineinragen würde, sondern beim Untergang der Stadt 1945 mit untergehen sollte. Und daß nur seine Worte, die er über Baum fand, überdauerten.

Ein halber Taler Stearinlichter für 25 dicke Bände

Das gleiche gilt für ein Haus, das in der Brückstraße stand, und für seine Bewohner: vier Brüder Mende, die dort gemeinsam Buchbinderei mit Papierwaren, Zigarrenhandlung und Leihbibliothek betrieben und, wie man damals sagte, „in guten Heften“ waren. Besonders der älteste, Eduard, ein ganz kleines Männchen mit Säbelbeinen, war sehr betriebsam angelegt; oft, wie er selbst erzählte, wollten die kleinen lustigen Mädchen immer die Bibliotheksbücher aus dem obersten Bord haben, nur um seine Kletter-

übungen auf der Leiter zu sehen. Alle waren sie Junggesellen und sparsam, ach, wie sparsam! Und hielten den Groschenlöh aus Briefbögen, Zigarren und Romanen hübsch zusammen, legten ihn in guten Hypotheken und sicheren Papieren an und waren auch in ihrem Sparsystem nicht zu erschüttern, als sie bei dem großen Krach, der als einer von vielen Dortmund heimsuchte, beim Konkurse des Kommerzienrats und Handelskammerpräsidenten von Born, mit 80 000 Mark in die Masse gingen; durch doppelte Sparsamkeit überwandensie den Schlag.

Der vierte, Benjamin der Familie und von den anderen stark bemuttert, überlebte die Brüder. Über ihn berichtete Karlchen Richter, Verzeihung, der Dortmunder Agent in dem folgen-



▲ **Albert Baum war Volksschullehrer. Ihm verdankte Dortmund sein erstes Museum. Von einem Raum in der Töchter Schule zog die ständig wachsende Sammlung von Altertümern zum Buchholtzschen Haus in der Potgasse, zum alten Rathaus, zum alten Reichsbankgebäude am Königswall und schließlich 1911 zum Oberbergamtsgebäude am Ostwall, das als Museum umgebaut wurde**

den Gespräch:

„Sie lesen nachts, mein Freund“, sagte er eines Morgens vorwurfsvoll zu mir, als ich ihm schon vor 9 Uhr den zweiten Band von Felix Dahns ‚Kampf um Rom‘ zurückbrachte.

„Woher wissen Sie das?“ fragte ich verlegen.

„Alle, die schon morgens einen Band zurückbringen, um einen neuen zu holen, haben nachts gelesen. Das ist klar. Sie sind über die spannenden Schlußzeilen eingeschlafen. Da fällt ihr Blick morgens zuerst auf das Buch. Der ganze spannende Schluß steht wieder vor ihnen, und sie laufen sofort, wenn sie aufgestanden sind, nach dem nächsten Bande. Lieber Freund, ich kenne alle Dortmunder Frauen, die nachts im Bett lesen; da ist die Frau Dr. Müller und die Frau Syndikus Pottgießer und die Frau Steuerinspektor Schnelppfeffer und ein paar Dutzend andere, deren Mädchen schon morgens früh kommen und den nächsten Band haben wollen.“

„Aber es liest sich auch zu schön des Abends im Bett“, warf ich ein, „wenn alles so still um einen ist und das Nachtlicht nur gerade das Buch beleuchtet, während die Ecken der Stube im Dunkeln liegen, so daß man meint, die Gestalten aus dem Buch versammelten sich dort.“

„Ja, ja“, meinte Mende, „das soll wohl so sein; ich habe früher auch nachts viel gelesen, als ich mich in unsere Leihbibliothek einarbeiten mußte, man muß doch wissen, was für Romane man den Leuten empfehlen kann, was für diesen oder jenen paßt und was junge Mädchen überhaupt nicht lesen dürfen. Aber die Kosten, die Kosten! Wissen Sie, daß mich Walter Scotts sämtliche Romane, 25 dicke Bände, nachts für einen halben Taler Stearinlichter ge-



kostet haben? Das sitzt denn doch an der ganzen Leihbibliothek nicht dran!“

Mende und sein Literaturausschank

„Dafür wissen Sie jetzt auch in der ganzen Weltliteratur Bescheid und kennen jedermanns Geschmack in Dortmund.“

„So? Meinen Sie! Da kann ich Ihnen aber was erzählen! Erst der kürzliche Ärger mit der Frau Apotheker Schürhaus! Die schickt ihr Mädchen nach einem spannenden Buch. Ich gebe ihr Dickens' ‚David Copperfield‘ mit. Sie bringt es bald zurück, verlangt ein anderes, nicht so spannendes. Nun gebe ich ihr den ‚Juden‘ von Spindler. Sie bringt ihn zurück als ‚auch noch zu spannend‘. Da gebe ich ihr Jean Pauls ‚Titan‘ mit; na, den behielt sie vier Wochen. Und was geschieht? Eines guten Tages sagt der Apotheker Schürhaus zu mir: ‚Sie haben ja lauter alte Schmöker in Ihrer Bibliothek; meine Frau sagt, das Zeug könne man gar nicht lesen. Sie schlief abends schon nach 5 Minuten darüber ein.‘ Was, rufe ich und erzähle, was das Mädchen mir bestellt hatte. Da klärt sich denn alles auf; das Mädchen mußte nämlich der Frau Apotheker nachts im Bett immer vorlesen; und je spannender das Buch war, desto länger mußte es vorlesen. Darum verlangte es Bücher, die nicht so spannend waren und bei denen die Frau gleich einschlief. Und

da muß ich mir sagen lassen, meine Bibliothek von 700 Bänden bestände aus lauter langweiligen Schmökern! Ja, man hat seinen Ärger!“

„Fünf Zigarren, Stück zu 4 Pfennig!“ rief ein Kunde nebenan im Zigarrenladen, und Herr Mende verließ mich, um sich dem anderen Zweige seines Geschäftes zuzuwenden.

Der stille kleine Mende und sein Literaturausschank! Er ist hinübergegangen zu den großen Geistern, die er ins Volk brachte und hat sein ganzes Vermögen von einer halben Million der Stadt Dortmund hinterlassen. Welch ein seltener Mann!

In der Brückstraße aber, wo früher Kapitän Marryats Seehelden aus Mendes Bibliothek in die stürmische Fluthinausschiffen, verbreiteten dann die Schellfische der Kompagnie ihren



noch viel realistischeren Salzwasserduft. Auch geriet dort nach dem Genuß von Bier und echtem Münsterländer mancher schwer in die Brandung. So komisch wechseln die Dinge im Leben!

Der Dortmunder Agent zieht sich nach Köln zurück

Dies schreibt der „Agent“ zu einer Zeit, als es wohl noch die Brückstraße in ihrer alten Form, doch nicht mehr den Spaziergänger gibt, der er selber war. Er hat Dortmund verlassen. Mehreres, vermutet der Sohn Karl Richters, muß zusammengekommen sein, das dieser Epoche höchster Schaffensfreude und ungehemmter Lebenslust ein Ende setzte: Ein vorübergehendes gesundheitliches Versagen, das Richter auf Rat seines Arztes das Rauchen und Trinken von einem Tag auf den andern einstellen ließ, der Tod der geliebten Mutter und wohl noch anderes, wovon wir nichts wissen. Vielleicht war es nicht zuletzt das unklare Gefühl, daß die Zeit, in der er und für die er gewirkt hatte, dem Ende und; wie der erste Weltkrieg bald zeigen sollte, einem Ende mit Schrecken entgegenging, und daß auch sein geliebtes Dortmund, inzwischen längst lärmende Großstadt geworden, sich verändert und seine Intimität und Vertrautheit verloren hatte. „Als er im Jahre 1908 im Hause eines seiner Partner meine Mutter kennengelernt und die 23 Jahre jüngere nach stürmischer

Werbung im gleichen Jahre, ohne Verwandte oder Freunde zu benachrichtigen, in London geheiratet hatte, zog er sich mit ihr nach Köln zurück. Einige Jahre behielt er sein Haus in Dortmund bei und verbrachte nur die Wochenenden bei seiner Familie in Köln. Dann gab er die Chefredaktion ab und reiste von da ab nur noch in unregelmäßigen Abständen nach Dortmund, wo im ehemaligen Fürstenhof, dessen Besitzer ihm freundschaftlich verbunden blieb, stets ein Zimmer für ihn reserviert war, um wichtige redaktionelle, personelle und geschäftliche Fragen mit zu entscheiden.

Doch schrieb er in dem neuen Lebensabschnitt, der mit dem Ortswechsel begann, noch auf lange Jahre hinaus fast täglich seinen Leitartikel.



▲ **Auf diesem reizenden fast lebensgroßen Doppelbild hat Benno Elkan im Jahr 1910 „Karlchen“ Richter und dessen Frau beim Spaziergang auf dem Kölner „Exerzierplatz“ mit den Domtürmen im Hintergrund porträtiert**

Unvergeßlich ist den Kindern, wenn sie bei fiebrigen Erkrankungen im Elternschlafzimmer auf dem „Diwan“ übernachteten, der Weckruf „Dortmund, dringend Presse“, der morgens um vier Uhr erschalle, und das wütende Schimpfen des Vaters, wenn er bei der Durchgabe unterbrochen wurde, was ihm, der sonst so gutmütig und verständnisvoll war, einmal sogar die Beleidigungsklage einer

Telefonistin einbrachte. Doch die Rotationsmaschinen konnten nicht warten, denn die Auflage mußte rechtzeitig zum Abgang der Morgenzüge am Bahnhof sein. „Der Generalanzeiger hatte damals noch keine eigenen Korrespondenten außerhalb des Ruhrgebietes, und die großen Agenturen kannten noch keine Fernschreiber, so daß mein Vater für die neuesten Nachrichten aus Berlin und dem Ausland auf die Morgenausgabe der Kölnischen Zeitung angewiesen war, die ihm gegen halb vier ins Haus geliefert wurde. Daraus wählte er sich sein Thema, wenn es nicht schon vorher festlag, und schrieb im Bett seinen Artikel, was ihn nicht hinderte, sich gleich nach der Durchgabe auf die andere Seite zu drehen und weiterzuschlafen.“

selten Gäste zu ihm ins Haus. Der Sohn schreibt: „Wenn ich mich recht erinnere, wurde bei uns nur einmal im Jahr, nämlich zu Mutters Geburtstag, der eine Woche vor dem meines Vaters lag, eingeladen, und zwar außer seiner Schwester, die in unserer Nähe wohnte, immer dieselben beiden Ehepaare und die Frau des Kölner Kirchenmusikers und Organisten, Professor Franke – ihr Mann war durch einen Schlaganfall gelähmt –, die als Pianistin meine Mutter, die ausgebildete Liedersängerin war, am Flügel begleitete. Die Musik war somit immer ein Teil des Programms solcher Einladungen, und mein Vater konnte sich nicht satt hören an dem herrlichen Mezzosopran seiner Frau. Mit ihr verband ihn bis zu seinem Tode trotz (oder wegen?) des großen Altersunterschiedes eine überaus glückliche Ehe. Auf einem fast lebensgroßen Doppelbild aus dem Jahre 1910 von Benno Elkan, der als Maler angefangen hatte, sieht man das junge Paar beim Spaziergang auf dem ‚Exerzierplatz‘, der später Teil des Adenauerschen Grüngürtels werden sollte, mit der Stadt Köln und den beiden Domtürmen als Hintergrund: meine Mutter, schlank und mädchenhaft, im langen dunkelblauen Jackenkleid und großer Straußenfeder am Hut, und neben ihr mein Vater, im grauen Anzug, Hut und Handschuhe in der Hand, von stattlichem Leibesumfang (‚Kummer und Sorgen haben mich aufgebläht!‘) und großer Glatze (weil ich so klein war – er war immerhin 1,70 m groß –, küßten mich die Mädchen immer auf den Kopf, dadurch sind mir nach und nach alle Haare ausgegangen!) über einem schon grauen Haarkranz, ein Mann, der gut und gerne ihr Vater hätte sein können und zu seinem stillen Vergnügen auch oft genug dafür gehalten wurde.“

Auch weiß der Sohn, dem der Vater übrigens nicht nur seinen Vornamen „Karl“, sondern auch beträchtliche Erzählerqualitäten vermachte, zu berichten, daß „Karlchen“ zeit seines Lebens ein leidenschaftlicher Fußgänger blieb, der Autos nicht mochte, höchstens mal mit der Straßenbahn fuhr. Und so sieht er ihn vor sich, auf dem Wege von und zur Haltestelle, „unverwechselbar in seinem grauen Havelock, einem schon damals längst aus der Mode gekommenen Kleidungsstück, einem gänzlich verbeulten Hut, den er nicht abzulegen bereit war, auf dem Kopf, einem ganzen Packen Zeitungen und Illustrierten unter dem Arm, in der Hand den Spazierstock und in der Tasche verborgen ein oft zu spät wiederentdecktes Veilchensträußchen für seine Frau. So hat ihn der bekannte Kölner Fotograf August Sander in seinem Album deutscher Köpfe für die Nachwelt festgehalten.“ Karl Richter starb am 30. Januar 1931, knapp zwei Monate nach seinem 70. Geburtstag und auf den Tag genau zwei Jahre vor jener Machtgreifung, die Deutschland in den Abgrund riß und natürlich auch sein Lebenswerk, den General-Anzeiger, vernichtete.

1931 starb der siebzig-jährige Karlchen Richter

Doch hatte sich der äußere Lebensstil völlig gewandelt. Seine Freunde, sein Stammtisch sahen Karlchen nicht mehr. Auch kamen nur noch

Ende

75 Jahre Dortmunder Hafen

Der Dortmunder Hafen, der wie der Dortmund-Ems-Kanal in diesen Wochen das 75jährige Jubiläum beging, ist ein wichtiges Bindeglied zwischen Verkehr und Wirtschaft im westfälischen Raum. Für die Zukunft ist es notwendig, daß der Hafen auch von modernen Schubschiffsverbänden angelaufen werden kann, wenn er seine wirtschafts- und strukturfördernden Aufgaben erfüllen soll. Voraussetzung dafür ist der Ausbau des westdeutschen Kanalnetzes und die Errichtung eines neuen Abstiegsbauwerkes in Henrichenburg.

Der Chronik ist zu entnehmen, daß sich bereits Anfang der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ein Komitee mit dem Bau eines Kanals befaßt hat, der Dortmund einen Wasserweg zu den norddeutschen Häfen öffnen sollte. Am 27. März 1856 fand im Haus Bömke auf dem Westenhellweg eine Versammlung statt, zu der vom Komitee die Zeichner des Kanalunternehmens sowie interessierte Mitbürger eingeladen waren.

Danach hat es noch nahezu vierzig Jahre gedauert, bis die Wünsche und Bemühungen der „Stadt-gemeinde Dortmund“ und der heimischen Wirtschaft bei der damaligen Regierung Beachtung fanden. Am 9. Oktober 1895 wurde schließlich der erste Spatenstich zum Bau des Dortmunder Hafens getan.

Nach Fertigstellung des Dortmund-Ems-Kanals konnte der Dortmunder Hafen schnell in Betrieb genommen werden. Das verdient um so mehr Anerkennung, als Bagger und Transportbänder um die Jahrhundertwende noch Seltenheitswert besaßen und Räumern sowie Raupen mit Ladegeräten noch unbekannt waren.

Ein großer Teil der Erdarbeiten wurde noch von Hand vorgenommen. Der Erdtransport erfolgte durch Pferdewagen und mit Hilfe von Dampfwinden.

Am 8. August 1899 schließlich fand dann die Einweihung des Hafens statt. Das festlich geschmückte Dortmund hatte seinen großen Tag: Kaiser Wilhelm II. besuchte die Stadt, um den Hafen seiner Bestimmung zu übergeben.

Zunächst wurden fünf Becken in Betrieb genommen, die aber aufgrund des sehr schnell steigenden Güterumschlags schon bald nicht mehr ausreichten. Inzwischen hat sich der Hafen, der jetzt über zehn Becken mit einer Wasserfläche von 26 Hektar verfügt, zum größten Kanalhafen Europas entwickelt. Über fünf Millionen Tonnen Güter werden jährlich umgeschlagen. Hauptumschlagsgüter sind Erz, Eisen, Stahl, Kohle, Schrott, mineralische Rohstoffe, Getreide und Baustoffe. Schiffe mit einer Tragfähigkeit bis zu 1350 Tonnen können den Dortmunder Hafen anlau-

fen. 7700 Schiffe waren es allein 1973.

Bis zur Fertigstellung des Dortmund-Ems-Kanals und vor Eröffnung des Hafens war die Dortmunder Wirtschaft gegenüber den Betrieben an Rhein und Ruhr im Nachteil, da diesen schon immer der billigere Wasserweg für den Transport von Gütern zur Verfügung stand, während die Dortmunder Wirtschaft sich der wesentlich teureren Eisenbahn bedienen mußte. Erst mit der Inbetriebnahme des Dortmund-Ems-Kanals wurde dieser Wettbewerbsnachteil zumindest zu einem Teil ausgeglichen.

Während Dortmund mit dem Dortmund-Ems-Kanal seine Wasserstraße zur Küste erhielt, entstanden in den Jahren 1914 bis 1935 Verbindungskanäle zu weiten Gebieten Deutschlands und der Nachbarländer. Über den Rhein-Herne-Kanal und den Datteln-Hamm-Kanal sowie den Mittellandkanal bestehen direkte Schiffsverbindungen zu den norddeutschen Küstenhäfen, den Beneluxländern, den Rheinhäfen und von dort aus zum Main, zum Neckar und schließlich zu den Häfen in der DDR sowie nach Osteuropa. So ist der Dortmunder Hafen zu einem für die heimische Wirtschaft unentbehrlichen Herzstück des mitteleuropäischen Wasserstraßennetzes geworden.

Binnenschifffahrt nach Dortmund muß wieder wettbewerbsfähig werden

Bei der Jubiläumsveranstaltung zum 75jährigen Geburtstag des Dortmunder Hafens erklärte Heinz Solbach vom Hoesch-Vorstand: „Ohne den Bau des Dortmunder Hafens, des Dortmund-Ems-Kanals und später des Rhein-Herne-Kanals wäre der Dortmunder Raum nicht der industrielle Schwerpunkt, den er heute darstellt. Weder die Stahlerzeugung noch die Verarbeitung von Eisen und Stahl in der näheren und weiteren Umgebung Dortmunds hätten im nationalen und internationalen Wettbewerb die erfreuliche Entwicklung nehmen können, die in den letzten 75 Jahren erfolgt ist.“ Heinz Solbach verschwieg aber auch nicht, daß

die Binnenwasserstraßen im Dortmunder Raum heute nicht mehr dem jüngsten Stand der Technik entsprechen. Welche technischen und administrativen Schritte notwendig sind, um die Binnenschifffahrt nach Dortmund wettbewerbsfähig zu erhalten, stand denn auch im Mittelpunkt eines Vortrages, den Dr.-Ing. Peter-Ulrich Schmithals, der Vorsitzende des Vorstandes der Hoesch Hüttenwerke AG, bei einem verkehrswirtschaftlichen Forum hielt, das die Dortmunder Hafen und Eisenbahn AG und die Industrie und Handelskammer zu Dortmund veranstaltete. Wir veröffentlichen den Beitrag von Dr. Schmithals im Wortlaut.

Die Geschichte der Erzeugung von Eisen und Stahl ist gekennzeichnet von dem Bemühen, die Hütten an den frachtgünstigsten Schnittpunkten der Rohstoffversorgung, der Energieversorgung und der Absatzmärkte zu betreiben. Dieses Bemühen begann, als die Hüttenleute ihre holzkohlespendenden Wälder verließen, um in den Flußtälern Wasserkraft und bessere Wege für ihre Fuhrwerke zu nutzen; es sprengte schon früh den lokalen Rahmen und nahm nach und nach regionale, nationale, internationale und heute globale Dimensionen an. Während in diesem Prozeß die reinen Entfernungen immer mehr an Schrecken verloren, wuchs die Bedeutung rationaler Transport- und Umschlagsmethoden; die Hütten und ihre Standorte wurden schicksalhaft an die Entwicklung des Massengutverkehrs gebunden.

Als im Jahre 1899 der Dortmund-Ems-Kanal eröffnet wurde, gingen von der neuen Verkehrsader unzweifelhaft kräftige Impulse auf die Dortmunder Stahlindustrie aus. Hoesch entschloß sich damals zum Bau eines Hochofenwerkes auf der Westfalenhütte und entschied sich gegen die Verlagerung der Stahlerzeugung von Dortmund an den Rhein. Trotzdem ist die Frage der Wettbewerbsfähigkeit des Dortmunder Raumes gegenüber der Rheinschiene über die Jahrzehnte hinweg bis zum heutigen Tage ein

zentrales Problem geblieben, ein Problem, gestatten Sie mir diese persönliche Bemerkung, das manchmal unterbewertet, aber auch manchmal überbewertet wurde.

Betrachtet man heute rückblickend die Entwicklung der Erzfrachten von Rotterdam nach Duisburg einerseits und von Emden nach Dortmund andererseits (Bild 1), so stellt man eine bemerkenswerte Konstanz der Differenz fest bis etwa 1968. Von diesem Zeitpunkt an sind die Frachtkosten auf dem Rhein gesunken – insbesondere durch die Einführung der Schubschifffahrt – und auf der Strecke Emden-Dortmund stark gestiegen, ein bedauerliches Zeichen einer gesunkenen Wettbewerbsfähigkeit.

Diese Entwicklung blieb nicht ohne Auswirkung auf die Frachtmengen (Bild 2). Wir sehen, daß die Erzmengen, die im Dortmunder Hafen gelöscht wurden, 1927 bereits 3 Millionen Jahrestonnen erreichten, eine Menge, die nur noch einmal im Jahre 1961 knapp erreicht wurde. Seither ist die Erzmenge, die per Schiff bis Dortmund gefahren wurde, ständig gesunken. Als Verfrachter bedauern wir diese Entwicklung, konnten sie aber nicht aufhalten. Ein mengenmäßiger Ausgleich ergab sich dadurch, daß der Versand von Fertigerzeugnissen auf dem Wasserwege mit der gestiegenen Produktion stetig zugenommen hat.



Aus dem Jahr 1899: ►
WTAG-Güterdampfer
lädt Kohle am Kipper



Ich muß darauf hinweisen, daß die größten Hochöfen, die heute an anderer Stelle gebaut werden, etwa fünfzigfach höhere Leistungen bringen als 1910. In dem gleichen Zeitraum hat sich die Leistung der Schiffseinheiten unter Berücksichtigung der Umlaufgeschwindigkeit und der Größe lediglich um das Sechsfache erhöht: Auch bei der Eisenbahn lag die Steigerung der Transportleistung einer Einheit nicht wesentlich höher. Wir sind der Meinung, daß diese Diskrepanz nicht als selbstverständlich hingenommen werden darf, und daß sie behoben werden kann, wenn von

Diese Umkehr der Funktion des Dortmunder Hafens für die Stahlindustrie kommt noch deutlicher im nächsten Bild zum Ausdruck (Bild 3). Der Anteil der Erze am Gesamtumschlag des Dortmunder Hafens ist im Laufe der Jahrzehnte von rund 90% auf rund 30% gesunken. Der Anteil des Stahles am Gesamtumschlag des Dortmunder Hafens ist dagegen von rund 15% auf rund 70% gestiegen.

Wie könnte nun die weitere Entwicklung aussehen? Durch die Fusion Hoesch-Hoogovens ist auf dem Gebiet des Stahls der ostwestfälische und der niederländische Wirtschaftsraum eng miteinander verbunden:

- Wir erwarten und planen eine Arbeitsteilung der beiden Hütten bei den Walzprodukten,
- wir erwarten und planen eine Arbeitsteilung der beiden Hütten in bezug auf die jeweils frachtgünstigsten gelegenen Märkte,
- wir erwarten und planen eine Steigerung der Lieferung von Brammen und Coils von Ijmuiden nach Dortmund,
- und wir erwarten und planen eine Steigerung der Gesamtproduktion von Rohstahl an beiden Standorten.

Die Summe dieser Planungen ergibt einen latenten Zuwachs an Verkehrsaufkommen für die Binnenschifffahrt bis 1985, den ich im nächsten Bild zeigen möchte (Bild 4).

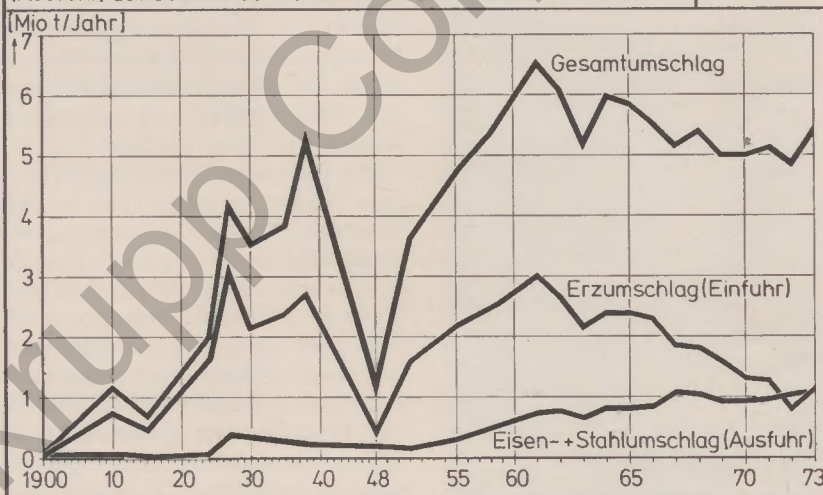
Der stärkste Zuwachs ergibt sich aus der Zufahrt von Brammen und Coils mit rund 500%. Der Eingang von Erzen wird um 240% steigen, Roheisen und Schrott um 250%. Wegen der bereits erwähnten Arbeitsteilung mit der Hütte in Ijmuiden wird der Versand von Fertigprodukten nur noch geringfügig um 20% zunehmen. Der bereits erwähnte Ausgleich wird hier also nicht mehr zu holen sein. Die sonstigen Güter, also Koksgrus, Zementklinker, Ferrolegerungen, Dolomitsand und Schutt, werden um 60% zunehmen.

Die Verfrachtung dieser Mengen über den Wasserweg setzt voraus, daß technisch und administrativ alles getan wird, um die Wett-

bewerbsfähigkeit der Binnenschifffahrt nach Dortmund zu erhalten und zu verbessern. Meine Prognose ist auf das Jahr 1985 abgestellt, weil es nicht zuletzt von den Aktivitäten im Bereich des Verkehrs abhängt, welche über das Jahr 1985 hinausreichenden Investitionspläne im Interesse von ESTEL durchgeführt werden. Die Erhaltung dieser Wettbewerbsfähigkeit sehen wir unter drei Gesichtspunkten. Wenn ich bisher die besonderen Fragen unseres Unternehmens angesprochen habe, so glaube ich doch, daß diese drei Gesichtspunkte für alle Verfrachter des Dortmunder Raumes Gültigkeit haben, auch wenn ich sie an den Unterlagen unseres Unternehmens aufzeige.

Gesamtumschlag, Erzumschlag (Einfuhr) u. Eisen- + Stahlumschlag (Ausfuhr) des Dortmunder Hafens von 1900 bis 1973 in Mio t/Jahr

Bild 2

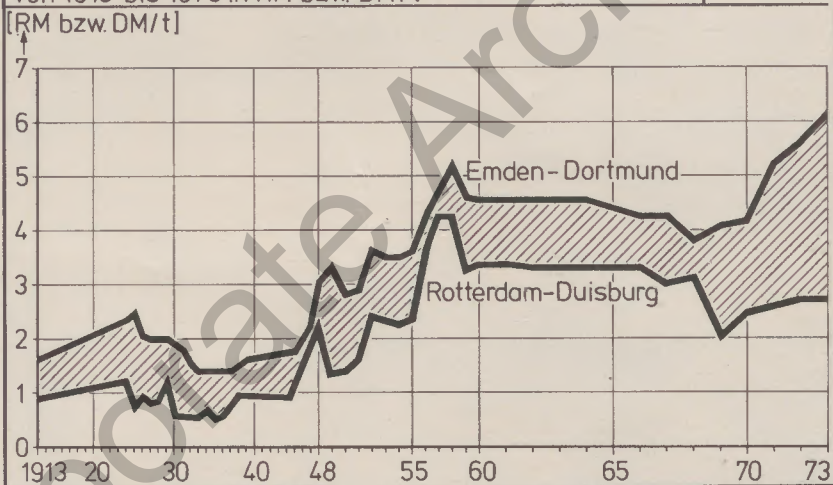


Drei Gesichtspunkte der Wettbewerbsfähigkeit

Erstens: Es ist festzustellen, daß vom technisch-wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus die Binnenschifffahrt von und nach Ostwestfalen nicht Schritt gehalten hat mit der allgemeinen technischen Entwicklung (Bild 5). Die rote Kurve zeigt den monatlichen Erzbedarf des jeweils größten Hochofens in Dortmund in der Entwicklung von 1910 bis 1974. Die Leistung und damit der Erzverbrauch eines Hochofens ist in diesem Zeitraum um das rund achtzehnfache gestiegen.

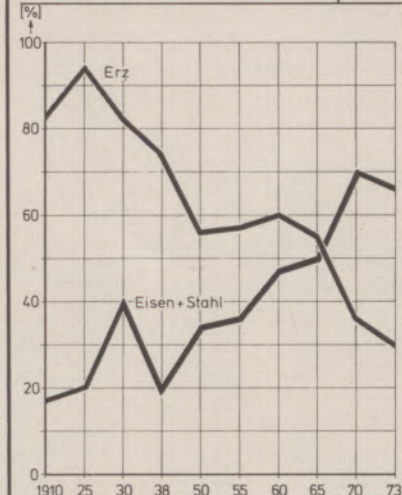
Entwicklung der Erzbruttofrachten Rotterdam-Duisburg und Emden-Dortmund ohne Gasölpreiszuschläge von 1913 bis 1973 in RM bzw. DM/t

Bild 1



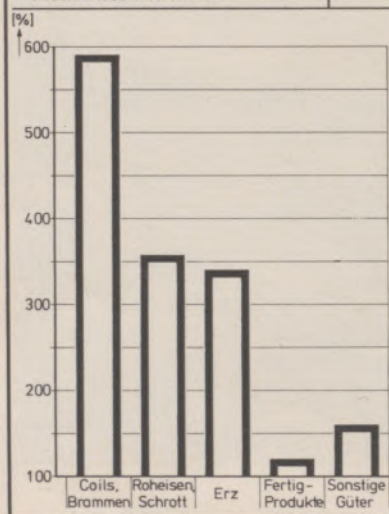
Anteil des Erzumschlags am Eingangsumschlag und des Eisen- und Stahlumschlags am Ausgangsumschlag des Dortmunder Hafens von 1910 bis 1973 in %

Bild 3



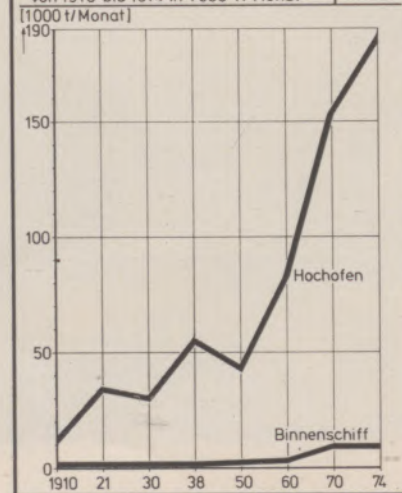
Voraussichtliches Transportvolumen (Wasserumschlag) der Hoesch Hüttenwerke im Jahre 1985 in % von 1973

Bild 4



Vergleich des Erzverbrauchs des jeweils größten Dortmunder Hochofens mit der Leistung der jeweils größten Transporteinheit der Binnenschifffahrt von 1910 bis 1974 in 1000 t/Monat

Bild 5



den Beteiligten der Mut und die Mittel für die notwendigen Investitionen aufgebracht werden. An technischen Möglichkeiten und Vorschlägen zur Verbesserung mangelt es nicht. Die Herren Vorredner haben ausführlich darauf hingewiesen. Auch sind wir nicht daran interessiert, in eine monopolartige Abhängigkeit von einem Verkehrsträger zu geraten.

Der zweite Gesichtspunkt ist administrativer Natur. Das preußische Herrenhaus genehmigte den Bau des Dortmund-Ems-Kanals 1886 nur mit der Auflage, daß die deutschen Seehäfen durch tarifpolitische Maßnahmen geschützt würden, damit das östliche Ruhrrevier kein Interesse daran haben könnte, über die Rheinmündung zu exportieren oder zu importieren. Mit viel Fleiß und Eifer, wenn auch mit wechselnder Begründung, sind diese tarifpolitischen Maßnahmen über die Jahrzehnte hinweg erhalten geblieben. Noch heute zahlen wir auf den Verbindungskanälen vom Rhein bei Erzen eine ca. 7,5fach höhere Gebühr pro Tonne und Kilometer und bei Fertigprodukten eine ca. vierfach höhere Gebühr pro Tonne und Kilometer als auf dem Dortmund-Ems-Kanal.

Unser Unternehmen, das mit ganzer Kraft den Aufbruch nach Europa angetreten hat, hat hierfür kein Verständnis. Wir haben den Eindruck, daß etwas geschützt werden soll, was nicht geschützt werden kann. Wir wissen aber, daß dadurch die ostwestfälische Industrie in ihrer Gesamtheit gefährdet wird. Wir fordern keinen Schutz, aber wir erwarten den Abbau von Diskriminierungen.

Der dritte Punkt, der uns stört, ist die unterschiedliche Tarifbildung im nationalen und internationalen Bereich, die erhebliche Wettbewerbsverzerrungen mit sich bringt. Ist es wirklich zu vertreten, daß wir für einen Transport nach Rheinfelden fast das Doppelte dessen zu zahlen haben, was uns ein Transport nach Basel kostet, also für die gleiche Entfernung? Ist es wirklich zu vertreten, daß von Dortmund aus die deutschen Binnenhäfen wesentlich frachtgünstiger liegen als von unserer Hütte in IJmuiden aus?

Es macht Freude, ein Unternehmen im harten Datenkranz wirtschaftlicher Fakten auf Erfolgskurs zu halten. Aber es ist ausgesprochen unersprißlich, zusätzlich Faktoren überwinden zu müssen, die nicht gesetzt sind, sondern gesetzt werden. Ich wiederhole noch einmal: Wir fordern keinen Schutz, aber wir fordern den Abbau von Diskriminierung.

Bildungschancen auch für Jugendliche ohne Schulabschluß



Vor wenigen Wochen begann bei unseren Hüttenwerken ein einjähriger Lehrgang für Jugendliche ohne schulischen Abschluß. 32 Jungen in den Lehrwerkstätten Phoenix und Westfalenhütte nehmen daran teil. Dieser Lehrgang wurde in Zusammenarbeit mit dem Dortmunder Arbeitsamt eingerichtet,

das leistungsschwache Jugendliche schon seit 1967 fördert. So stehen im Christlichen Jugenddorf in Dortmund-Oespel 225 Internatsplätze für Jungen und 75 für Mädchen bereit. Die Bergbau AG Dortmund stellt 180 Plätze und die Kreishandwerkschaft Dortmund und Lünen zusammen 120. Mit der Förderung von insgesamt 632 Jugendlichen, für deren Finanzierung die Bundesanstalt für Arbeit täglich rund 20 000 DM zahlt, steht das Arbeitsamt Dortmund im Bundesgebiet einsam an der Spitze. Warum sich das Arbeitsamt so engagiert, begründet dessen Leiter Gerhard Ahl.

Ein guter Schüler braucht sich bei uns über seine Bildungschancen wenig Gedanken zu machen. Ein vielspuriges System von Bildungsgängen sorgt dafür, daß die „Köner“ den Anschluß nach oben nicht verpassen. Stiefkinder der staatlichen Bildungspolitik waren jedoch in der Vergangenheit alle die Jugendlichen, die nach der Schulentlassung eine betriebliche Berufsausbildung aufnahmen – und das sind 75 von Hundert.

Jeder vierte Jugendliche ohne Schulabschluß

Aber da war das deutsche Wirtschaftswunder: Die Unternehmen nahmen jede Arbeitskraft – unabhängig von der schulischen Vorbildung. Die Sorge um Arbeitsplatz und Lebensunterhalt trat kaum in Erscheinung.

Heute begegnet uns eine andere Wirklichkeit: Wir wissen,

- die Entwicklung der beruflichen Bildung hat mit dem Tempo der allgemeinen Bildungsreform nicht Schritt gehalten,
- die Wünsche nach beruflicher Ausbildung decken sich in zahlreichen Fällen nicht mehr mit dem Angebot an Ausbildungsstellen,
- eine immer größere Zahl der Jugendlichen, die keinen Haupt-

schulabschluß aufzuweisen haben, wird nicht die Möglichkeit haben, eine Berufsausbildung (erfolgreich) zu absolvieren,

- unsere Schulen werden auch in absehbarer Zeit nicht weniger als ein Viertel ihrer Abgänger ohne Hauptschulabschluß entlassen.

Die Zahl der in der schulischen Bildung zurückgebliebenen Jugendlichen in einem Jahrgang – das heißt der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß und der aus Sonderschulen Entlassenen – ist etwa so groß wie die Zahl derjenigen, die die Berechtigung zu einem Hochschul- oder Fachhochschulstudium erwerben.

Gelernte Arbeitskräfte immer gesucht

Unser Grundgesetz garantiert in Art. 12 allen Deutschen das Recht, „Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen“. Nur nützt dieses Recht wenig, wenn sich einem Teil unserer Schulabgänger überhaupt keine Wahlmöglichkeiten oder berufliche Einstiegsmöglichkeiten bieten und das Gespenst einer späteren Arbeitslosigkeit schon die Anfangsphase des Arbeitslebens überschattet. In der DDR-Verfassung von 1968 heißt es im Art. 25: „Alle Jugendlichen haben das Recht und die Pflicht, einen Beruf zu erlernen.“

Der Grundgedanke, der darin zum Ausdruck kommt, ist nicht von der Hand zu weisen: Nur derjenige, der auf ein Mindestmaß an beruflicher Qualifikation zurückgreifen kann, wird der Entwicklung in der Arbeitswelt auch in Zukunft gewachsen sein.

Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit über Berufsverläufe beweisen, daß un- und angelernte Arbeitnehmer wesentlich stärker von Arbeitslosigkeit bedroht sind als Arbeitnehmer mit einem Ausbildungsabschluß. Auch die gegenwärtige Arbeitsmarktsituation macht deutlich, wie schwer es für wenig qualifizierte Arbeitskräfte ist, bei Verlust des Arbeitsplatzes eine neue Beschäftigung zu finden, während auch in Zeiten mäßiger Konjunktur ein ständiger Mangel an gelernten Arbeitskräften besteht. Wer könnte es sich angesichts dieser Tatsachen leisten, nur über Kollegstufe und Hochschulreform nachzudenken?

An die Adresse der Kultusminister

Mit seiner Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 hat der frühere Bundeskanzler Brandt zum ersten Male in der bildungspolitischen Diskussion auf das Problem der scheinbar oder tatsächlich minderfähigen Jugendlichen aufmerksam gemacht. Es ist zu hoffen, daß die Regierung Schmidt, die ja die berufliche Bildung zu einem Schwerpunkt ihres Programms gemacht hat, genauso bestrebt sein wird, auch diesen „jungen Mitbürgern eine qualifizierte berufliche Bildung zu sichern“.

Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, diesen Personenkreis ungeschützt den Risiken des Arbeitsmarktes zu überlassen. Diese Jugendlichen brauchen unsere Hilfe.

Bisher hat sich die Bundesanstalt für Arbeit, soweit sie dazu die rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten hatte, intensiv um die noch nicht oder die nicht im üblichen Sinne ausbildungsfähigen Jugendlichen gekümmert. Wer hätte es

Lage ist, in vollem Umfang die ihm obliegende Aufgabe wahrzunehmen, allen Jugendlichen die speziellen schulischen Bildungsmöglichkeiten zu bieten, die erforderlich sind, um auch die Leistungsschwachen, angepaßt an ihr Leistungsvermögen, bis zur Berufsreife zu führen. Diese deutliche Feststellung ist an die Adresse der Kultusminister zu richten.

Die Praxis hilft, schneller und gründlicher zu begreifen

Die durch die Arbeitsämter angelegten Lehrgänge haben sich in

weist sich regelmäßig als einer der stärksten Antriebe für die Jugendlichen, Selbstbewußtsein, Selbständigkeit und Solidarität zu entfalten. Da auch der Freizeitbereich voll in die pädagogische Betreuung einbezogen ist, werden Fähigkeiten (Sport, Hobbys, Diskussion) erkannt und gefördert und von den Jugendlichen mit Begeisterung geübt, zu denen sonst nur eine Minderheit Lust verspüren und Zugang bekommen würde. Automatisch münden sich aber auch Erfolgserlebnisse aus dem Freizeitbereich um in verstärkte Lern- und Übungsleistungen im fachbezogenen Teil des Lehrgangs.

Das Unterrichtskonzept beruht

Möglichkeit einräumt, im Wunschbereich (Metall, Holz, Elektro, Textil, Gartenbau usw.) das Wissen und Können in Grundkenntnissen und -funktionen zu erweitern und zu vertiefen.

Was die methodische und didaktische Gestaltung des Unterrichts angeht, so muß zu allererst das Grundprinzip des Lehrens und Lernens in den Lehrgängen herausgestellt werden: die unmittelbare Verknüpfung von Fachtheorie und Fachpraxis. Auf diese Weise wird durch die praktische Arbeit das Vorstellungsvermögen der Jugendlichen verstärkt. Sie begreifen deshalb schneller und gründlicher auch theoretische Sachverhalte.



sonst tun sollen, nachdem sich die Schulen nach 9 Schuljahren für nicht mehr zuständig erklärten? Die nach langen Jahren des Schattendaseins quantitativ wie qualitativ, sachlich wie personell unterbesetzten Berufsschulen waren und sind mit dieser Aufgabe erst recht überfordert. So ist als Vorreiter für das gesamte Bundesgebiet das Arbeitsamt Dortmund nach den ersten Anzeichen der Rezession von 1967 in die Lücke gesprungen, um mit einem einjährigen Lehrgang verhaltensgestörten, milieugeschädigten, konzentrationsschwachen, Entwicklungsrückständigen Jugendlichen einen dem Leistungsvermögen und Interesse angemessenen soliden Einstieg in ein erfolgreiches Berufsleben zu ermöglichen. Daraus entstand in den folgenden Jahren in vielen Arbeitsamtsbezirken ein System von Lehrgängen mit dem Ziel, Jugendliche zur Berufsreife zu führen bzw. sie optimal in das Arbeitsleben einzugliedern.

Es ist nicht eigentliche Aufgabe der Bundesanstalt für Arbeit, Jugendliche zur Berufsreife zu führen. Aber die Arbeitsämter stehen nun einmal Jahr für Jahr vor der Aufgabe, sich um die Unterbringung dieser Jugendlichen in Arbeit und Beruf bemühen zu müssen. Das Engagement der Arbeitsämter für diesen Personenkreis ist jedoch nur so lange zu vertreten, bis das allgemeinbildende Schulwesen in der



ihrer Anlage, neben der Erlangung der Berufsreife die soziale Integration und Stabilisierung anzustreben, sehr bewährt. Es wurden Erfahrungen gesammelt, aus denen Schulen und Berufsschulen für ihre eigene künftige Arbeit mit lernbehinderten, milieugeschädigten und verhaltensgestörten Jugendlichen wichtige Schlüsse ziehen können.

Dazu sei einiges zum Inhalt und Ablauf der Förderungslehrgänge gesagt:

Fast 50% der Lehrgangsplätze im Arbeitsamtsbezirk Dortmund sind mit einer Internatsunterbringung der Jugendlichen gekoppelt. Das Herauslösen der Jugendlichen aus dem familiären Alltagsmilieu er-

auf der Idee, die Jugendlichen mit einem möglichst vielseitigen Angebot von typischen grundlegenden Werkstoffen, Werkzeugen und Arbeitsvorgängen vertraut zu machen. Insbesondere im Umgang mit verschiedenen Arbeitsobjekten, bei der Bearbeitung und Verformung unterschiedlicher Werkstoffe und durch das „Erforschen“ einfacher technischer Zusammenhänge ergeben sich für den einzelnen Jugendlichen zahlreiche Anhaltspunkte für Begabungen und Fähigkeiten, die auf die spätere Ausbildungs- oder Arbeitsplatzentscheidung systematisch vorbereiten. So ist nur logisch, daß die Endphase des Lehrgangs den Jugendlichen die

32 Jungen, die aus den verschiedensten Gründen keinen schulischen Abschluß erreichten, haben vor wenigen Wochen in den Lehrwerkstätten der Hüttenwerke einen einjährigen Lehrgang begonnen, der ihre Berufschancen erhöhen soll. Unsere Bilder entstanden am ersten Tag, als Walter Saewe über Arbeitssicherheit informierte, als die Jungen ihre Arbeitskleidung empfangen und als Ausbilder Karl-Heinz Gehring ihnen die ersten hölzernen Anfertigungsbeispiele zeigte

Viele Jugendliche nutzen die gebotene Chance

Außerdem erweist es sich als außerordentlich anregend, daß die Bearbeitung von Werkstoffen soweit wie möglich in künstlerischer Form erfolgt. Dadurch wird bei vielen Jugendlichen eine unerwartete Ausdauer und Zielstrebigkeit erreicht, die erfahrungsgemäß positive Auswirkungen auf die Einstellung zur Arbeit überhaupt mit sich bringt. So kann Arbeit am ehesten als Form der Selbstverwirklichung des Menschen verstanden werden, da ihr produktiver Nutzen sichtbar wird, die eigene Phantasie mit eingebracht werden kann, ein

Erfolgs-erlebnis damit verbunden und der Leistungsdruck auf ein Mindestmaß beschränkt ist. Zum Teil ziehen Absolventen von Förderlehrgängen gerade aus dieser Erfahrung den entscheidenden Gewinn für die spätere Ausbildung und das Arbeitsleben, da viele Betriebe Fleiß und Ausdauer der Jugendlichen schätzen gelernt haben.

Selbstverständlich werden in den Lehrgängen auch allgemeine Bildungsinhalte vermittelt, da die Einübung von berufswichtigen Fähigkeiten noch nicht das vorhandene schulische Defizit ausgleicht. Es muß im Gegenteil festgestellt werden, daß in der Regel berufswichtige Fähigkeiten um so eher und besser erlernt werden, je mehr es gelingt, schulische Lücken aufzufüllen und das allgemeine geistige Vermögen zu steigern. Deshalb sollte auch dem Nachholen des Volksschulabschlusses, obwohl nur möglicher Nebeneffekt eines Förderlehrganges, die nötige Beachtung geschenkt werden. In den Dortmunder Internatslehrgängen erreichen im Durchschnitt mehr als die Hälfte der Teilnehmer den Volksschulabschluß, ein Beweis auch für die Jugendlichen, daß sie Bildungschancen durchaus wahrzunehmen wissen.

Sicher gibt es im Zusammenhang mit den Lehrgängen nicht nur positive Aspekte. So wäre z. B. zu begrüßen, wenn, da ein Förderlehrgang insgesamt praktisch ein dauernder „Berufswahlunterricht“ ist, von der personellen Kapazität der Berufsberatungen her eine lehrgangsbegleitende Berufsaufklärung, eingebettet in ein Arbeitslehrekonzept zur Vermittlung gesellschaftlicher und politischer Zusammenhänge in bezug auf die Arbeitswelt, möglich wäre. Damit könnte in Ansätzen, für einen Personenkreis, der dessen vielleicht am dringendsten bedarf, eine Vorstellung verwirklicht werden, die heute schon längst für alle Schüler Geltung haben sollte.

Zum Abschluß mag man vielleicht noch nach der Effektivität solcher aufwendiger Förderungsmaßnahmen fragen. Ein Argument ist für das Dortmunder Arbeitsamt die Tatsache, daß unter den zur Zeit gemeldeten 390 jugendlichen Arbeitslosen niemand zu finden ist, der einmal an einem Förderungs- und Eingliederungslehrgang teilgenommen hat. Und die Zahl der Arbeitslosen liegt, obwohl 390 wahrlich kein Pappenstiel sind, weit unter der durchschnittlichen Quote der Jugendarbeitslosigkeit im Ruhrgebiet.

Wilhelmus Bunte gestorben



Unerwartet verstarb am 29. September 1974 während eines Ferienaufenthaltes in Spanien Wilhelmus Bunte, Mitglied des Aufsichtsrates der ESTEL NV. Wilhelmus Bunte, der am 24. April 1924 in Utrecht geboren wurde, war Angestellter bei Hoogovens und Mitglied des zentralen Unternehmensrates. Seit

Gründung von ESTEL gehörte er dem Aufsichtsrat der Gesellschaft als Arbeitnehmervertreter an. Wilhelmus Bunte hat zum Zusammenschluß von Hoesch und Hoogovens einen wichtigen Beitrag geleistet und – stets bewußt seiner sozialen Verpflichtung – die Entwicklung des Unternehmens gefördert.

Helmut Buschmann Geschäftsführer der Hoesch Wohnungsgesellschaft mbH



Für Paul Janßen, der, wie in Heft 8/1974 berichtet, Ende August 1974 in den Ruhestand trat, wurde Helmut Buschmann zum technischen Geschäftsführer der Hoesch Wohnungsgesellschaft mbH berufen. Helmut Buschmann, geboren am 26. Juni 1930 im ostfriesischen Blomberg, absolvierte nach der Mittleren Reife die Maurerlehre und schloß das darauf folgende Studium an der Staatsbauschule Nienburg (Weser) mit dem Staatsexamen ab. Er begann seine berufliche Praxis als Bauleiter und trat 1960 in die Dienst der Neubauabteilung/West-

falenhütte. 1969 wechselte er als Bauleiter zu den Hoesch AG Liegen-schaften, und 1971 übernahm er die Leitung der Neubauabteilung unserer Wohnungsgesellschaft. 1972 erhielt er Prokura, am 1. April 1974 wurde er zum Geschäftsführer bestellt.

Hoesch modernisiert Werks- wohnungen

Rund 160 werkseigene Wohnungen wird die Hoesch Werke AG im Raum zwischen Borsigplatz und Westfalenhütte modernisieren. Es handelt sich hierbei um Althausbesitz bzw. um Häuser, die nach dem Krieg wieder aufgebaut worden sind. Die Wohnungen entsprechen nicht mehr den heutigen Vorstellungen, es sollen daher Bäder, Toiletten und Gasheizungen eingebaut und in einigen Fällen der Grundriß verbessert werden. Die Hoesch Wohnungsgesellschaft mbH, die mit der Durchführung der

Maßnahmen beauftragt wurde, wird baldmöglichst mit den Arbeiten beginnen. Mit dieser Modernisierung werden die bereits vor Jahren begonnenen Arbeiten zur Verbesserung des Althausbesitzes der Hoesch Werke AG energisch fortgesetzt.

Export nach Jugoslawien wächst

Eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung des Geschäftes mit Jugoslawien verzeichnete die Hoesch Werke AG auf der Internationalen Herbstmesse in Zagreb. Nach Auskunft des Unternehmens wurden in letzter Zeit vor allem die Lieferun-

gen für den jugoslawischen Schiffbau, die Automobil- und Konservenindustrie sowie für die Haushaltgeräteindustrie in erheblichem Umfang verstärkt. Auch die Zusammenarbeit mit der Bau- und Elektroindustrie hat merkliche Impulse erfahren. Verstärktes Interesse zeigten die jugoslawischen Verbraucher auch an Verpackungsmaschinen und Stahlband. Im Zuge dieser Entwicklung mißt Hoesch der Messe in Zagreb als einer der wichtigsten jugoslawischen Handelsplätze zunehmende Bedeutung bei. Der Ausstellungsbeitrag der Hoesch Werke ist auf das zur Zeit gefragte Lieferprogramm zugeschnitten. In verstärktem Maße sind auch Maschinenteile, Kaltbandspezialitäten und Spezialprofile gefragt.

Das grüne PARADIES

von Marie-Luise Fegel

HOESCH MITARBEITERINNEN HABEN HOBBIES

Eine reine Männergesellschaft ist die Stahlindustrie schon lange nicht mehr: Allein bei Hoesch arbeiten rund 4 500 Frauen, so daß fast jeder zehnte Mitarbeiter eine Frau ist. Haben wir in den vergangenen Jahren die vielseitigen Berufe vorgestellt, in denen Frauen bei Hoesch tätig sind, beginnen wir heute eine neue Reihe über die Hobbies unserer Kolleginnen – über Beschäftigungen in der Freizeit, die (auch Männer) anregen können.

Ich wollte so gern einen Garten haben!" Marie-Luise Fegel zögerte nicht lange und bewarb sich in einem Kleingartenverein in Dortmund. Nach einem Jahr klappte es. Allerdings war der Vereinsvorsitzende skeptisch: „Können Sie denn einen Garten in Ordnung halten?“ Er wußte, Marie-Luise Fegel war berufstätig, und bislang hatte sich noch keine alleinstehende Frau um einen Garten beworben.

Heute ist von Skepsis keine Rede mehr. Marie-Luise Fegel gehört zu der großen Gemeinschaft im Kleingartenverein „Am Nußbaumweg“, wo nicht wenige Hoesch-Mitarbeiter einen Garten pflegen. Tagsüber arbeitet sie bei den Hüttenwerken als Sachbearbeiterin in der Forschung und Qualitätskontrolle. Bei Dienstschuß um vier Uhr geht sie nicht erst nach Hause: „Eine halbe Stunde hier draußen im Liegestuhl, da bekomme ich Sauerstoff, und danach habe ich Lust mich zu bewegen.“

Von den 360 Quadratmetern ihres Gartens ist etwa ein Drittel Rasen mit einigen Obstbäumen, zwei Drittel sind Nutzgarten. Auf der einen Seite des Weges, der zur Laube führt, wachsen Erdbeeren und Kartoffeln, auf der anderen steht das Gemüse: Erbsen, Bohnen, Gurken, Zwiebeln und Möhren, Rotkohl, Kohlrabi und Rosenkohl.

Der Samen für die Blumen – Tagetis, Salvien, Zinnien und Asten – wird im Mistbeet ausgesät. Hier werden auch die Gemüsepflanzen herangezogen, pikiert und ins Freiland gepflanzt. Eine Kletterrose rankt am selbstgebauten Staket – und Edelrosen säumen die Wege.

Das alles macht Spaß: „Es ist auch Gymnastik – Unkraut jäten, Rosen ausschneiden, Hacken, Umgraben.“ Marie-Luise Fegel hat vor

Marie-Luise Fegel in der ►
Abteilung Forschung und
Qualitätskontrolle der Hoesch
Hüttenwerke im Gespräch mit
Horst-Hermann Derenthal



zehn Jahren den Garten ziemlich verwildert übernommen und neugestaltet – Rasen gesät, Bäume gefällt, weil sie zuviel Sonne wegnahmen, und eine Baumgruppe neu gesetzt. „Ahnung, wie man das macht, hatte ich nicht. Die Kenntnisse las ich mir in einem ‚Ratgeber für Gärtner‘ zusammen. Und da erfuhr ich, daß auch Pflanzen gegenseitige Sympathien und Antipathien haben, daß sich beispielsweise Blumenkohl und Sellerie leiden mögen, daß Zwiebeln und Möhren zusammenpassen und daß sich Tomaten und Kartoffeln nicht vertragen. Als ich anfang, fehlten die

Gemeinsam stöhnt man über das Ungeziefer und preist das Geheimrezept, das dagegen helfen soll: braune Schmierseife in Wasser aufgelöst mit einem Schuß Petroleum.

Den Sommer über ist jedenfalls nicht an Urlaub und an Verreisen zu denken. Erst wenn Gemüse und Obst im Gefrierschrank liegen, wenn das rote glasklare Johannisbeer-Gelee im Glas ist – ist der Zeitpunkt gekommen. Und wenn es dann wieder nach Hause geht – Marie-Luise Fegel ist nie sehr traurig, denn mit ihrem Garten hat sie einen Zufluchtsort abseits der Stadt.



Blumen. Keine einzige Rose war da! Die Laube war ziemlich verkommen, so daß auch gemauert und geputzt werden mußte. Außerdem war die Wasserleitung zum Haus hin zu legen.“

Die Laube ist Ferienhaus in allen Jahreszeiten – mit Eckbank und Tisch, einem Schränkchen, Herd und Geschirr. Hier schmeckt das Abendbrot mit Radieschen und frischen Frühlingszwiebeln gleich mit dem Grün auf die Wurst geschnitten. Hier findet man Unterschlupf bei Gewitter und Regen. Hier trinkt man sonntags Kaffee mit dem Besuch, der später mit vollen Taschen nach Hause fährt.

„Und wenn irgendwo im Gelände gegrillt wird – dann bei mir!“ Marie-Luise Fegel hat viele Bekannte im Kleingartenverein, mit denen sie sich trifft. Der Spaß, den man zusammen hat, ist die eine Seite, die andere, daß mancher Rat abfällt.

UNSERE JUBILARE

40

Hoesch Werke AG

15. 11. 1974

Wilhelm Göge

Hoesch AG Bergbau (alt)

Hoesch

Hüttenwerke AG

19. 11. 1974

Emil Schaumann

Werk Westfalenhütte

Siemens-Martin-Stahlwerk

27. 11. 1974

Heinz Neumeier

Werk Phoenix

Mechanische

Reparaturbetriebe

30. 11. 1974

Otto Schewinski

Werk Westfalenhütte

Hochofenbetrieb

Hoesch

Siegerlandwerke AG

2. 11. 1974

Jakob Schlöder

Werk Trier

7. 11. 1974

Josef Weber

Werk Eichen

Magazin

Hoesch Werke Hohen-

limburg-Schwerte AG

5. 11. 1974

Paul Feldmann

Federnwerk Lütringhausen

Stabfedern u. Stabilisatoren

Hoesch Rothe Erde-

Schmiedag AG

16. 11. 1974

Karl Twitting

Werk Eckesey

Arbeitsvorbereitung

25

Hoesch

Hüttenwerke AG

1. 11. 1974

Fritz Brackemann

Werk Westfalenhütte

Verkauf Spundwand

3. 11. 1974

Wolfgang Hauck

Werk Westfalenhütte

Forschung und

Qualitätskontrolle

7. 11. 1974

Horst Gorczytza

Werk Westfalenhütte

Energiebetriebe

21. 11. 1974

Heinrich Kaiser

Werk Union

Technische Sozialbetriebe

25. 11. 1974

Reinhold Zumklei

Werk Union

Siemens-Martin-Stahlwerk

25. 11. 1974

Karl-Heinz Kirchhoff

Werk Union

Mechanische

Erhaltungsbetriebe

25. 11. 1974

Otto Böhm

Werk Westfalenhütte

Energiebetriebe

26. 11. 1974

Heinz Grai

Werk Phoenix

Technische Sozialbetriebe

27. 11. 1974

Kurt Schweigel

Werk Westfalenhütte

Energiebetriebe

28. 11. 1974

Artur Giesen

Werk Union

Profilwalzwerke

Hoesch

Siegerlandwerke AG

19. 11. 1974

Paul Becher

Werk Wissen

Werksrechnungsstelle

19. 11. 1974

Paul Krämer

Werk Wissen

Sortierhaus

19. 11. 1974

Raimund Nilius

Werk Wissen

Sortierhaus

24. 11. 1974

Heinrich Brücher

Werk Wissen

Sortierhaus

26. 11. 1974

Alfons Schneider

Werk Wissen

Bandverzinnung

28. 11. 1974

Ewald Hild

Werk Wissen

Sortierhaus

Hoesch Werke Hohen-

limburg-Schwerte AG

22. 11. 1974

Gustav Zimmermann

Warmwalzwerk Hohenlimburg

Qualitätsstelle

25. 11. 1974

Johann Kresmer

Zieherei Hohenlimburg

Ring-Stab-Fertigung

28. 11. 1974

Franz Ratojcjak

Warmwalzwerk

Zurichterei

Hoesch

Röhrenwerke AG

2. 11. 1974

Fritz Lichte

Werk Hamm

Prod. Präzisrohre

7. 11. 1974

Theodor Eickenbusch

Werk Hamm

Prod. Präzisrohre

18. 11. 1974

Rudolf Spiekerhoff

Werk Hamm

Prod. Mittelrohre

Hoesch Maschinen-

fabrik Deutschland AG

1. 11. 1974

Fritz Siemon

Offertbüro

Dittmann

& Neuhaus AG

3. 11. 1974

Alfred Fischer

Blattfedern Endbearbeitung

Hoesch

Packband GmbH

7. 11. 1974

Josef Borchert

Öfen 1-4

DIE GESELLSCHAFTEN DER HOESCH WERKE AG

INLAND

Hütten- und Walzwerke

Hoesch Hüttenwerke AG Dortmund

Hoesch Siegerlandwerke AG Siegen

Trierer Walzwerk, Zweigniederlassung der Hoesch Siegerlandwerke AG Wuppertal und Trier

Hoesch Werke Hohenlimburg-Schwerte AG Hohenlimburg

Döhner AG Letmathe

Weiterverarbeitung

Hoesch Röhrenwerke AG Hamm

Hoesch Rothe Erde-Schmiedag AG Dortmund

Schwinn AG Homburg/Saar

Hoesch Maschinenfabrik Deutschland AG Dortmund

Dittmann & Neuhaus AG Herbede/Ruhr

Blefa AG Kreuztal, Kr. Siegen

Hoesch Packband GmbH Schwelm

Handel und Export

Hoesch Handel AG Dortmund

Dortmunder Eisenhandel GmbH Dortmund

Schulte & Schemmann Hamburg

Titan Verpackungssysteme GmbH Schwelm

Angenendt Verpackungssysteme GmbH Achern

Schrottverwertung Celler GmbH Dortmund

Hoesch Brennstoffhandel GmbH Essen

Sonstige Beteiligungsgesellschaften

O & K Orenstein & Koppel AG Berlin/Dortmund

Rheinisch-Westfälische Kalkwerke AG Dornap

**WERK
und
WIR**

Eine Zeitschrift für die Mitarbeiter der Hoesch Werke Aktiengesellschaft. Herausgeber: Hoesch Werke Aktiengesellschaft Dortmund ● Verantwortlich für WERK UND WIR

Hoesch Werke Aktiengesellschaft: Walter Hölkeskamp ● Verantwortlicher Redakteur: Erhard Jahn. Redaktion: Annemarie Stenderhoff ● Grafische Gestaltung: Jutta von Wolff ● Anschrift der Redaktion: Dortmund, Bornstraße 166, Telefon 84 41, Fernschreiber 0822294/0822123 ● Druck: W. Girardet, Essen ● Verantwortlich für WERK UND WIR, Ausgabe HÜTTENWERKE, Seiten 145-160, Dr. Günter Sieber ● Redaktion: Dipl.-Kfm. Josef Lüftner (verantwortlich) und Alex Forster ● Anschrift der Redaktion: Dortmund, Eberhardstraße 12, Telefon 8441, Fernschreiber 0822123/0822294 ● Druck: Westfalendruck Dortmund ● WERK UND WIR erscheint monatlich und wird kostenlos an alle Belegschaftsmitglieder abgegeben.

Dolomitwerke GmbH Wülfrath

Vereinigte Drahtseilwerke GmbH Dortmund

Gesellschaft für Metall Praecis-Formung mbH Westhofen

Hydropneumatik Federungselemente GmbH München

VACMETAL Gesellschaft für Vakuum-Metallurgie mbH Dortmund

Hoesch Liegenschaften GmbH Dortmund

Hoesch Wohnungsgesellschaft mbH Dortmund

Industriewerte Versicherungskontor GmbH Dortmund

Mathematischer Beratungs- und Programmierungsdienst GmbH Dortmund

AUSLAND

Weiterverarbeitung

Schwinn Sàrl Hénin-Beaumont (Pas de Calais/Frankreich)

Hoesch Argentina SAlYC Buenos Aires (Argentinien)

Hoesch Scripelliti SA Indústria de Molas São Paulo (Brasilien)

Forjaria São Bernardo SA São Bernardo do Campo (Brasilien)

Suspensiones Automotrices SA Tlalnepantla (Mexiko)

Lesjöfors AB Lesjöfors (Schweden)

Rotek Incorporated Ravenna (Ohio, USA)

Handel

Hoesch America Inc. Atlanta (Georgia, USA)

Hoesch Belgique SA Hoesch België NV Brüssel (Belgien)

Hoesch France Sàrl Paris (Frankreich)

Hoesch Handelsges. mbH Wien (Österreich)

Hoesch Italiana SpA Milano (Italien)

Hoesch Limited Morden (Surrey/Großbritannien)

Hoesch Nederland NV Den Haag (Niederlande)

Hoesch SA Madrid (Spanien)

Hoesch Zürich AG Zürich (Schweiz)

Nippon Roballo Comp. Ltd. Tokyo (Japan)

Roballo Engineering Company Ltd. London (Großbritannien)

Roballo France Sàrl Neuilly-sur-Seine (Frankreich)

Rothe Erde Italiana SpA Milano (Italien)

Rothe Erde-Schmiedag Ges. m. b. H. Wien (Österreich)

Titelseite: Lotte Hertling; Rückseite: Erich Kreuzner, beide Dortmund. Schwarzweißaufnahmen: Emil Ahring, Helmut Hering, Lotte Hertling, Hans-Joachim Jahnke, Manfred Kampmann, Erich Kreuzner, Erhard Pankau, Robert Sack, Günter Steininger, Anni Wölk, Gustav Adolf Wüstenfeld, alle Dortmund; Archiv Karl Neuhoff; Presseamt der Stadt Dortmund; WTAG, Dortmund, und Werks- und Privatfotos. Zeichnungen: Karl-Heinz Jahn, Dortmund.

FOTO WETT BEWERB

Sachaufnahmen

- 1 Helmut Freitag
Hoesch Hüttenwerke AG
- 2 Günter Waltner
Hoesch Hüttenwerke AG
- 3 Otto Wolff
Hoesch Siegerlandwerke AG
Zweigniederlassung Trierer Walzwerk
- 4 Horst Steinbach
Hoesch Rothe Erde-Schmiedag AG
- 5 Gerd Hinzmann
Hoesch Hüttenwerke AG
- 6 Heinz Stief
Hoesch Hüttenwerke AG

Für den Fotowettbewerb können unsere Belegschaftsmitglieder und Pensionäre bis zum 3. November Fotos zu dem Thema „So erholen wir uns“ und bis zum 3. Dezember Fotos zu dem Thema „Kirmes, Jahrmarkt und Zirkus“ einreichen.

WERK UND WIR Fotowettbewerb '74

Januar	Gruppen
Februar	Die schnelle Kamera
März	Kinder unbeobachtet
April	Wintervergnügen
Mai	Glanz liegt über vielem
Juni	Als der Frühling kam
Juli	Altsein heute
August	Große und kleine Tiere
September	Kinder unbeobachtet
Oktober	■ Sachaufnahmen
November	So erholen wir uns
Dezember	Kirmes, Jahrmarkt und Zirkus

Für jedes veröffentlichte Bild erhält der Einsender eine Prämie von dreißig Mark. Die eingereichten Bilder sollen – um eine gute Wiedergabe im Druck zu ermöglichen – möglichst nicht zu klein und auf weißem Hochglanzpapier vergrößert sein. Bitte vergessen Sie nicht, auf jedem Bild Ihren Namen, Ihre Anschrift und das Werk, in dem Sie beschäftigt sind, anzugeben. Unsere Anschrift lautet: Fotowettbewerb WERK UND WIR, Hoesch Werke AG, 46 Dortmund, Eberhardstraße 12.

